

Stenographischer Bericht

über die

25. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

im großen Saale des Rathauses zu Koblenz

am 7. April 1948

Tagesordnung:

1. Bestätigung der Bestimmung des stellv. Ministerpräsidenten gem. Art. 105 Abs. 2 der Verfassung (Drucksache Abt. II - Nr. 337)
2. 1. Beratung eines Gesetzes über die Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz (Drucksache Abt. II - Nr. 290)
3. 2. und 3. Beratung des Gesetzes zur Versorgung der Opfer des Krieges (Landesversorgungsgesetz), (Drucksache Abt. II - 260 und 325)
4. 1. Beratung des Gesetzes zur Ausführung des Artikels 74 der Verfassung (Drucksache Abt. II - Nr. 341)
5. a) 1. Beratung des Gesetzes über den 18. Mai 1948 als gesetzlicher Feiertag (Drucksache Abt. II - Nr. 342)
5. b) 1., 2. und 3. Beratung des Gesetzes über die Feiertage (Drucksache Abt. II - Nr. 345)
6. Antrag der Fraktion der KPD. betr. Beschlagnahmeaktion von Motorrädern (Drucksache Abt. II - Nr. 278)
7. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Landesgesundheitsrat. Berichterstattung: Sozialpolitischer Ausschuß (Drucksache Abt. II Nr. 190)
8. a) Antrag der Fraktion der SPD. betr. Landespolizeiverwaltungsgesetz (Drucksache Abt. II - Nr. 183)
8. b) Urantrag der Fraktion der CDU. betr. Gesetz über die Organisation der Polizei (Drucksache Abt. II - Nr. 99)
9. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Vergütung bei Ablieferung von Häuten (Drucksache Abt. II - Nr. 156) Berichterstattung: Wirtschaftl- und Verkehrsausschuß
10. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Versorgung der berufstätigen Frauen und werdenden Mütter (Drucksache Abt. II - Nr. 111)
11. Antrag der Fraktion der DP. betr. Requisitionen (Drucksache Abt. II - Nr. 63)
12. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Ingangsetzung der Marmeladenherstellung (Drucksache Abt. II - Nr. 282)
13. 1. Beratung eines Antrages der Fraktion der CDU. betr. Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Parteien (Drucksache Abt. II - Nr. 283)
14. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Rückgabe des Altenteiles an durch das Erbhofgesetz geschädigte Bauern (Drucksache Abt. II - Nr. 284)
15. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Aufhebung der Landesverfügung über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft (Drucksache Abt. II - Nr. 285)
16. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Sofortmaßnahmen zur Lieferung von Rebschädlingsbekämpfungsmitteln (Drucksache Abt. II - Nr. 288)
17. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Wiederherstellung von Wohnungen (Drucksache Abt. II - Nr. 292)

18. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Zuteilung von Fett und Nahrungsmitteln an werdende und stillende Mütter (Drucksache Abt. II - Nr. 304)
19. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Aufhebung des Präsidialerlasses über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 26. November 1946 (Drucksache Abt. II - Nr. 305)
20. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Zuteilung an Teilselbstversorger (Drucksache Abt. II - Nr. 306)
21. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Saatkartoffeln an Kleinstanbauer (Drucksache Abt. II - Nr. 307)
22. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Berufsschulpädagogisches Institut (Drucksache Abt. II - Nr. 308)
23. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Sonderzuteilung an Normalverbraucher über 70 Jahre (Drucksache Abt. II - Nr. 309)
24. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Besoldung der Revierförster (Drucksache Abt. II - Nr. 310)
25. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Hofkontrollen auf Höfen, die das Ablieferungssoll erfüllt haben (Drucksache Abt. II - Nr. 311)
26. Antrag der Fraktion der DP. betr. Stadtgymnasium Bernkastel-Cues (Drucksache Abt. II - Nr. 313)
27. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Bestimmungen zu den Artikeln IV bis VI des Kontrollratsgesetzes Nr. 45 (Drucksache Abt. II - Nr. 314)
28. Große Anfrage der Fraktion der SPD. betr. Holzeinschlag (Drucksache Abt. II - Nr. 291)
29. Große Anfrage der Fraktion der SPD. betr. Viehwirtschaft (Drucksache Abt. II - Nr. 312)
30. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Kartoffelerfassungskosten (Drucksache Abt. II - Nr. 315)
31. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Überprüfung der Verkehrsverhältnisse auf dem Hunsrück (Drucksache Abt. II - Nr. 320)
32. Antrag der Fraktion der SPD. betr. zusätzliche Viehlieferungen in den Monaten November und Januar und Anrechnung auf die Ablieferungsaufgaben (Drucksache Abt. II - Nr. 323)
33. Antrag der Fraktion der SPD. betr. Lieferung von gleichwertigen Lebensmitteln bei Ausfall von Kartoffeln und Gewährung von Schwerarbeiterzulagen an Landwirte (Drucksache Abt. II - Nr. 324)
34. 1. Beratung eines Gesetzes über die Bestellung von Verteidigern vor den Militärgerichten und die den Verteidigern zustehenden Gebühren (Drucksache Abt. II - Nr. 329)
35. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Verunreinigung von Flüssen, insbesondere Sieg und Heller (Drucksache Abt. II - Nr. 330)
36. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Senkung der Gebühren bei Notschlachtungen (Drucksache Abt. II - Nr. 331)
37. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Erlaß eines Lichtspielgesetzes (Drucksache Abt. II - Nr. 332)
38. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Urbarmachung brachliegenden Geländes (Drucksache Abt. II - Nr. 333)
39. Antrag der Fraktion der CDU. betr. Einsetzung des Rechtsausschusses als parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Immunitätsangelegenheiten (Drucksache Abt. II - Nr. 336)
40. Beantwortung von Kleinen Anfragen.
41. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Landesversicherungsanstalt Speyer
42. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Besichtigung der Heil- und Pflegeanstalt Klingenstein.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Bökenkrüger, Feller, Junglas, Steffan, Stübinger, Dr. Süsterhenn.

Es fehlten:

die Abgeordneten Dr. Dr. Christoffel, Dr. Fuehrer, Dr. Hoffmann, Dr. Lichtenberger, Seppi, Selzer, Wagner (entschuldigt), der Abgeordnete Eiden unentschuldigt.

Rednerverzeichnis:

Präsident Diel	546, 550, 552, 553, 555, 556, 557, 558, 559 561, 562, 565, 567, 570, 571, 576, 577, 578, 579, 580
1. Vizepräsident Röhle	580
Ministerpräsident Altmeyer	546, 557
Dr. Zimmer (CDU.)	550, 556
Bögler (SPD.)	552
Dr. Neubronner (DP.)	553, 571
Müller (KPD.)	553, 558
Staatsminister Feller	556
Schmidt, Otto (SPD.)	557
Buschmann (KPD.)	557
Staatsminister Stübinger	559
Demmerle (CDU.)	561
Lorenz (SPD.)	562
Baumgärtner (KPD.)	565
Ministerialdirektor Schmidt, Otto	567
Staatsminister Steffan	571
Staatssekretär Dr. Wuermeling	571
Wolters (CDU.)	576, 580
Breitbach (DP.)	576
Jacobs (SPD.)	577
Hartmann (CDU.)	577
Dr. Habighorst (CDU.)	577
Kuhn (SPD.)	578
Dr. Ritterspacher (CDU.)	578
Dr. Haberer (CDU.)	580
Hermans (CDU.)	580
Wohlleben (DP.)	580

**25. Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz
am 7. April 1948**

Beginn der Sitzung 9.40 Uhr.

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Beisitzer sind Frau Dr. Gantenberg und Abgeordneter Steger. Die Rednerliste führt Herr Steger.

Entschuldigt fehlen die Herren Abgeordneten Wagner, Frau Dr. Führer, Dr. Christoffel, Herr Selzer, Dr. Lichtenberger, Dr. Nowack und Frau Seppi.

Es ist eingegangen eine Eingabe der Gemeinde Bretzenheim betr. die zukünftige Verwertung der Baracken des dortigen Gefangenenlagers. Da diese Eingabe über den Rahmen einer Petition erheblich hinausgeht, so überweise ich diese Eingabe an den Haushalts- und Finanzausschuß. Der Abgeordnete Hartmann hat sich bereit erklärt, die Berichterstattung und auch die Besichtigung zu übernehmen. Ich werde Ihnen die Eingabe zuleiten.

Es ist weiter eingegangen ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten folgenden Inhalts:

„Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 6. November 1947 das Landesgesetz über die Errichtung von Arbeitsgerichten und über das Verfahren in Arbeitsstreitigkeiten verabschiedet. Die französische Militärregierung hat dieses Gesetz nunmehr genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben mit der Bedingung, daß es in § 40 Absatz 3 lautet:

„Wird für den 3. Rechtszug in Arbeitssachen ein Gericht errichtet, dessen örtliche Zuständigkeit nicht nur das Land Rheinland-Pfalz umfaßt, so gehen die Aufgaben des Obersten Arbeitsgerichtes an dieses über.“

Dieser Passus soll gestrichen werden. Ich gebe dem Haus davon Kenntnis.

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat hat sich gestern mit der Tagesordnung für heute beschäftigt und dabei beschlossen, dem Plenum des Hauses vorzuschlagen: 1. die Ziffern 8 b und 37 zurückzustellen, also von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, 2. zu Punkt 4 und 5 die 1. Beratung des Gesetzes zur Ausführung des Art. 74 der Verfassung sowie des Gesetzes über den 18. Mai als gesetzlichen Feiertag, nicht nur in erster, sondern in 1., 2. und 3. Lesung zu verabschieden. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag des Ältestenrates Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann wird nämlich dementsprechend verfahren.

Es ist weiter noch eingegangen ein Gesetzentwurf der Regierung über die gesamten Feiertage (Drucksache II/345). Die Drucksache ist verteilt. Ich darf dem Haus vorschlagen, diesen Gesetzentwurf mit dem Punkt 5 der Tagesordnung über die Bestimmung des 18. Mai als gesetzlichen Feiertag zu verbinden und ebenfalls in 1., 2. und 3. Lesung zu erledigen. Widerspruch erhebt sich nicht; es ist entsprechend beschlossen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Punkt der Tagesordnung, eine Vorlage, nach welcher der Herr Ministerpräsident den Herrn Innenminister zu seinem Stellvertreter bestimmt hat. (Drucksache II/337.) Auf Grund des Art. 105 der Verfassung bedarf diese Bestimmung der Zustimmung des Landtages. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche zustimmen wollen, die rechte Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke; bitte um die Gegenprobe. Ich darf feststellen, daß Punkt 1 einstimmig angenommen ist.

Meine Damen und Herren! Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage haben eine neue Phase welt-politischen Geschehens eingeleitet. Diese Ereignisse sind für unser Land und für die Zukunft unseres Volkes von außerordentlicher Bedeutung. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß in Verbindung mit diesen Ereignissen der Weg unseres Volkes in Zukunft, im Anfang vielleicht unter Überwindung erheblicher Schwierigkeiten und Nöte, aber doch in der Grundlinie stetig und sicher, aufwärts führt. Der Herr Ministerpräsident beabsichtigt, über die politische Situation und über die Absichten der Regierung eine Erklärung abzugeben. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Altmeier:

Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Abgeordnete! Ich habe den Herrn Präsidenten gebeten, mir zu Beginn der diesmaligen Landtagssession Gelegenheit zu geben, vor dem Hohen Hause zu den verschiedenen politischen Fragen Stellung zu nehmen, wie sie sich für jeden ergeben, der offenen Auges die Entwicklung der politischen Situation im europäischen Raum während der letzten Wochen beobachtet hat. Weiterhin war ich mir darüber klar, daß ich dem Hohen Hause und damit unserem Volke wie immer beim Zusammentritt des Landtages auch jetzt, da wir in die schwierigste Zeit der Ernährung hineinkommen, eine Übersicht über den Stand unserer Ernährung geben muß.

Meine Damen und Herren! Ich kann dabei auf meine früheren mehrfachen Ausführungen Bezug nehmen, die darin gipfelten, 1. alle Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, um die Erfassung und Verteilung der eigenen Lebensmittelgüter sicherzustellen; 2. die notwendigen ständigen Verhandlungen mit der Militärregierung zu führen; 3. alles zu tun, um Exportmöglichkeiten zu schaffen und auf diesem Gebiete zu größerer Freiheit zu gelangen, und schließlich 4. zu betonen, daß wir uns aus eigener Kraft nicht ernähren können, vielmehr der Hilfe der übrigen Welt bedürfen, wenn wir in Ruhe und Ordnung an unsere Wiederaufbauarbeiten herangehen sollen.

Meine Damen und Herren! Jeder von uns weiß, daß diese immer wieder aufgezeigten Ernährungsschwierigkeiten um so mehr wachsen, je mehr wir uns dem Schluß des Wirtschaftsjahres zuwenden. Aus zahllosen Briefen und Berichten, aus dem Munde der täglich bei mir vorsprechenden Deputationen aus unseren Städten und Betrieben sind mir wie Ihnen die Ernährungsnot hinreichend bekannt, so daß es weiterer Ausführungen darüber nicht bedarf. Wir alle waren uns angesichts des schlechten Ernteausganges der großen Schwierigkeiten, über das Erntejahr hinwegzukommen, ja von vornherein klar. Der Landtag hat sich ebenso wie die Landesregierung laufend mit den Ernährungsfragen beschäftigt, und wir alle wissen, wie sehr jede aufbauende, gesetzgeberische Arbeit immer wieder überschattet war und wird durch die Ernährungsnot. Dabei bedeutet es für uns keinen Trost, wenn wir einen Blick zu den benachbarten deutschen Ländern werfen und dort den gleichen - oder gar wie im Ruhrgebiet - noch größeren Schwierigkeiten begegnen. Ich kann es mir versagen, meine Damen und Herren, auf Einzelheiten, insbesondere hinsichtlich der Tätigkeit der Landesregierung zur Sicherung der Ernährung bis zum Anschluß an die neue Ernte einzugehen, da ich den Herrn Landwirtschaftsminister gebeten habe, dies im Laufe des heutigen Tages eingehend zu tun. Wenn ich unser Volk dabei aber um eine objektive Beurteilung und um eine ehrliche Anerkennung der tatsächlichen Leistungen der Landes-

regierung bitte, und wenn ich darum ersuche, nicht jedem Schwätzer oder Hetzer in diesen Tagen und Wochen zu erliegen, der die Ernährungsnot zu einem unterirdischen Kampf führt, so weiß ich andererseits, wie schon eingangs betont, um die Ernährungsnot unserer Familien, nachdem die Kartoffelrationen verbraucht sind. Ich darf darauf hinweisen, daß die Ernährungslage auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der französischen Zone, die am 17. März in Anwesenheit des Herrn Generals Koenig in Baden-Baden stattfand, mir Gelegenheit gab, die Situation aufzuzeigen. Ich möchte meine hierbei gemachten Ausführungen nachstehend, wenn auch stichwortartig, wie folgt zusammenfassen:

Die Kartoffelvorräte sind erschöpft. Die Saatkartoffelreserven sind durch die Speisekartoffelversorgung wesentlich angegriffen, wodurch die weitere Sorge um ausreichendes Saatgut eingetreten ist. Für die fehlenden Speisekartoffeln bedarf es bis zur neuen Ernte eines Ersatzes in Hülsenfrüchten und Nährmitteln. Es darf durch die Ernährungsschwierigkeiten keine wirtschaftliche Produktionsminderung eintreten, wodurch der wirtschaftliche Kreislauf gestört und ein weiteres Absinken möglicher Lebensmitteleinfuhren zu verzeichnen wäre. Die Europahilfe des Marshallplanes setzt ja, meine Damen und Herren, das möchte ich mit aller Deutlichkeit herausstellen, gegenüber einer merklichen Erhöhung des Lebensstandards den Unternehmungsgeist der eignen Bevölkerung voraus. Ihr Gelingen und ihre programmatische Abwicklung wird von dem Eifer abhängen, den wir selbst zur Erfüllung der vorgesehenen Ausfuhr einzusetzen in der Lage sind. Daraus aber ergibt sich wiederum die Notwendigkeit, der von Herrn General Koenig angekündigten Erweiterung der Freiheiten und Vollmachten der deutschen Dienststellen mit dem Ziel, durch den Austausch unserer Industrieprodukte unerläßliche Einfuhren selbst tätigen zu können. Die am Marshallplan teilnehmenden Nationen verpflichten sich ja zu weitgehender gegenseitiger Hilfe. Und daraus wiederum ergibt sich die Notwendigkeit, daß jedes Land die Güter, die es selbst nicht gebraucht, einbringt und den anderen Staaten zur Verfügung stellt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß die Militärregierung von Koblenz, die in Baden-Baden durch den Herrn Kabinettsdirektor Julitte vertreten war, diese von mir gemachten Ausführungen weitgehend unterstützt hat, und daß sowohl der Herr Landwirtschaftsminister als auch ich in ständigen Besprechungen und Verhandlungen mit der Militärregierung wegen der Lebensmittelversorgung stehen. Ich habe noch gestern abend in einer längeren Aussprache mit dem Herrn Generalgouverneur Gelegenheit gehabt, diese Ernährungsprobleme eingehend zu erörtern, und mir dabei einen Überblick über die getätigten und demnächst beabsichtigten Lebensmitteleinfuhren verschafft. Ich habe dabei erneut die Zuversicht erlangt, daß der Herr Generalgouverneur uns jede mögliche Hilfe zur Überwindung der Ernährungsschwierigkeiten angedeihen läßt. Aber immerhin, meine Damen und Herren, gibt sich die Regierung keiner Täuschung hin, daß die Ernährungslage in den nächsten vier Monaten ernst und schwierig ist. Würden die Mitglieder der Regierung nur daran denken, und würden sie nur bedacht sein, sich ihre persönliche Sicherheit und Ruhe unter allen Umständen zu erhalten, um sich für den Fall kommender Wahlen ihre Posten nach Möglichkeit zu sichern, so wäre ihre Entscheidung leicht getroffen. Dann würden sie das tun, was ihnen immer wieder von solchen, die außerhalb der Verantwortung stehen, zugerannt wird, nämlich sich durch Abgang

aus ihren Ämtern den Schein ihrer Verantwortung für vieles von dem, was heute geschieht, vom Halse schaffen. Aber, meine Damen und Herren, der „harte, nüchterne Wirklichkeitssinn“, welcher dieser Tage in einem Zeitungsartikel der Landesregierung abgesprochen wurde, ist bei ihr stärker als jene „romantische Verschwommenheit“, von welcher in dem eben zitierten Artikel gleichfalls die Rede ist und die dadurch zum Ausdruck kommt, daß man Parolen wie „den Kram hinwerfen“ so unter der Hand Gifftropfen gleich in unser Volk hineinträufelt. Die Landesregierung ist überzeugt, daß sie von den gewählten Vertretern des Volkes berufen worden ist, um unter Zurücksetzung ihrer persönlichen Interessen, ja auch unter Verzicht auf manche Chance im taktischen Spiel der Politik die sachliche Arbeit für die Wiedergesundung unseres Volkes zu leisten. Daher, meine Damen und Herren, hält sich die Regierung für verpflichtet, gleich dem Kapitän eines in Seenot befindlichen Schiffes auf ihrem Posten auszuhalten, anstatt sich als erste in das bequeme Rettungsboot einer Flucht aus der Verantwortung zu begeben und Schiff und Besatzung, das wäre in diesem Falle unser armes Volk, steuerlos seinem Schicksal zu überlassen. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Wenn man die Landesregierung wegen dieser Haltung zu diffamieren sucht, mit liederlichen Bemerkungen über das Kleben am Posten und ähnlichem, so nimmt sie das hin in dem Bewußtsein, bisher im Rahmen ihrer Möglichkeit nach besten Kräften ihre Pflicht getan zu haben. Es wird ja heute leider schon wieder von den meisten, die mit den gegenwärtigen Zuständen auf dem Gebiet der Ernährung und Versorgung und manchem anderen unzufrieden sind, übersehen, daß die katastrophalen Verhältnisse von heute ihre Wurzeln nicht in der Tätigkeit oder Untätigkeit derer haben, die seit dem totalen Zusammenbruch vor drei Jahren auf deutscher Seite die Verantwortung als eine schwere Last und Bürde tragen, sondern daß es Hitler und seine Clique gewesen sind, die in verbrecherischer Weise den Weltkrieg vom Zaune gebrochen und mit dem deutschen Volk auch ganz Europa in ein Meer von Blut und Tränen, in ein politisches, wirtschaftliches und nicht zuletzt auch geistiges Chaos gestürzt haben. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Wenn unsere Städte, unsere Wirtschaft und unser Verkehrswesen heute in Trümmern liegen, wenn es der Landwirtschaft an Geräten und Betriebsmitteln fehlt, wenn die landwirtschaftlichen Überschussgebiete des Ostens heute durch einen Eisernen Vorhang von uns getrennt sind, wenn unsere Währung völlig zerrüttet ist, dann ist das letztlich die Schuld derer, die Deutschland und die Welt in diese Katastrophe hineingetrieben haben. Das sollten sich alle die vor Augen halten, die heute glauben, billige Kritik an den Maßnahmen der Regierung üben zu können, und dabei - ich muß sagen - mit einer ruchlosen Leichtfertigkeit Vergleiche ziehen, etwa in der Art. „wie herrlich“ es ihnen im Dritten Reich im Gegensatz zu heute gegangen sei.

Meine Damen und Herren! Schon einmal, nach dem ersten Weltkrieg, haben weite Kreise des deutschen Volkes in ihrer politischen Kurzsichtigkeit sich von einer raffinierten nationalistischen Propaganda einfangen lassen und die demokratischen Politiker der Weimarer Republik mit der Konkursmasse des verlorenen Krieges belastet, die der Demokratie als unheilvolles Erbe hinterlassen worden war. Auch damals wurden die Männer, die aus der Verantwortung gegenüber der Zukunft ihres Volkes die schwierige und undankbare Aufgabe der politischen Neuordnung und der wirtschaftlichen Existenzsicherung unseres Volkes übernommen hatten, als „Erfüllungspolitiker“ beschimpft und als national-würdelose Figuren in Verruf gebracht,

weil sie eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs mit unseren ehemaligen Gegnern verfolgten. Diese Haltung unseres Volkes trieb folgerichtig zur Machtergreifung Hitlers und damit zu der totalen Katastrophe, deren Bergeslast von Schutt und Trümmern auf allen Gebieten uns heute zu erdrücken droht. Auch heute, meine Damen und Herren, schießen an vielen Stellen Giftpflanzen eines neuen Nationalismus üppig ins Kraut. Dieser neue Nationalismus stellt aber im Gegensatz zu den Jahren nach 1918 keine nur innerdeutsche Reaktion auf den verlorenen Krieg dar, sondern wird bewußt unter Ausnutzung aller gegenwärtigen Schwierigkeiten von den politischen Kräften des Ostens in unser Volk hineingetragen. Wenn von dort immer vernehmbarer der Kampf ruft zu uns herüberdringt, „ein Volk, ein Reich, eine Einheitspartei!“, dann muß jeder bei uns wissen, was die Stunde geschlagen hat. (Sehr gut!) Ein neuer totaler Imperialismus droht vom Osten her die deutschen Westzonen und ganz Europa zu überfluten. In dieser Lage sind klare Entscheidungen notwendig. Wir stehen vor der Wahl, ob wir, die wir uns zum Gedanken der Freiheit der Person, der Menschenwürde und Menschenrechte bekennen, den Bestand der christlich-abendländischen Kultur in der europäischen Gesittung verteidigen, oder ob wir aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen wollen, indem wir uns im Namen einer sogenannten Volkodemokratie von einer neuen totalitären Diktatur zu Staatsklaven herabwürdigen lassen. (Sehr gut!) So selbstverständlich, meine Damen und Herren, für uns auch in dieser Stunde wie immer das Bekenntnis zur deutschen Einheit ist, so entschieden lehnen wir es ab, uns diese Einheit von ferngesteuerten Volkskongressen beschern zu lassen und den Preis unserer Freiheit dafür zu bezahlen. Wer, so muß einmal mit aller Deutlichkeit gefragt werden, stört denn diese deutsche Einheit? Käme die Hilfe des Marshall-Planes nicht allen Zonen und damit dem gesamten deutschen Volke zugute, wenn die Einheit Deutschlands durch die Politik der SED, in der Ostzone nicht gehindert würde? Darum gilt es, diese vom Osten her vollzogene Trennung in Ost und West, die wir auf das tiefste und schmerzlichste beklagen, durch Wiederherstellung der deutschen Einheit vom Westen her zu beseitigen. Das scheint mir die deutsche und europäische Aufgabe des Westens in dieser Stunde zu sein. (Zuruf des Abg. Buschmann: Zusammen mit Franco!)

Meine Damen und Herren! Das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz hat die weltpolitische Lage geklärt, und den bisher mühsam verkitteten Riß zwischen Ost und West breit klaffen lassen. Die Vorgänge in den osteuropäischen Ländern, insbesondere der zweite Prager Fenstersturz, haben der ganzen Welt gezeigt, wohin der politische Kurs geht. Die Westmächte haben aus diesen Ereignissen die Folgerung gezogen und mit dem Marshall-Plan eine großzügige Wirtschaftshilfe für Westeuropa eingeleitet. Die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben mit überwältigender Mehrheit einen Betrag von 8 Milliarden Dollar für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas unter Einbeziehung der drei deutschen Westzonen zur Verfügung gestellt. Für die Westzonen allein ist bisher ein Betrag von 1,6 Milliarden vorgesehen, mit dem Deutschland vor allen anderen Ländern Europas an der Spitze der Kreditnehmer steht. Die Einbeziehung Deutschlands in den Marshall-Plan zeigt, daß unsere bisherige Isolierung in der Welt sich zu lockern beginnt und daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß Europa und die Welt ohne ein gesundes und lebensfähiges Deutschland nicht existieren können. Wir haben Europa nötig und Europa uns. Und nur durch die einträchtige Zusammenarbeit aller euro-

päischen Völker und der amerikanischen Welt, die sich ebenso wie Europa zu dem unveräußerlichen Grundsatz der menschlichen Freiheit bekennt, kann die Not der Gegenwart überwunden und auch das Dasein unseres Volkes wieder lebenswert gemacht und menschenwürdig gestaltet werden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen wir im Anbruch einer neuen Epoche der europäischen Geschichte. Der Gedanke der überstaatlichen Zusammenarbeit steht im Begriff, die Enge des bisherigen nationalstaatlichen Denkens zu überwinden. Der Zollunion zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ist ein ähnliches Abkommen zwischen Frankreich und Italien gefolgt. Darüber hinaus haben Frankreich und England mit den Benelux-Staaten ein politisches Bündnis geschlossen, das den Kern der von Bevin proklamierten Westeuropäischen Union bildet. Zeigte noch das englisch-französische Abkommen von Dünkirchen die Isolierung Deutschlands von der übrigen Welt, so können wir beim Vergleich dieses Abkommens mit dem Fünferpakt zu unserer größten Freude feststellen, daß die Zeit der über uns verhängten politischen Quarantäne ihrem Ende zuzugehen scheint. Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen der verantwortlichen Staatsmänner in aller Welt, welche die gleichberechtigte Einbeziehung Deutschlands in die Westeuropäische Union fordern. Mit Befriedigung und Freude habe ich gelesen, daß der französische Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten, Schneiter, sich offen dazu bekannt hat: „Ein erneuertes, politisch dezentralisiertes und wirtschaftlich blühendes Deutschland muß seinen Platz in einer auf dem freien Handelsaustausch und auf der Interessengemeinschaft aufgebauten europäischen Organisation wiederherhalten.“ Und der amerikanische Präsident Truman hat erklärt: „Deutschland bildet den Eckstein des europäischen Wiederaufbaues.“ Damit, meine Damen und Herren, ist für uns Deutsche eine völlig neue politische und wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet. Schon gewähren uns die ersten Schritte dieser neuen Entwicklung weitere Möglichkeiten. Wenn für die neue Sechzehner-Konferenz der am Marshall-Plan beteiligten Länder erstmals die Zuziehung deutscher Vertreter, und sei es zunächst auch nur als Sachverständige, eine beschlossene Tatsache ist, wenn darüber hinaus zufolge mir gewordener Mitteilungen die Möglichkeit besteht, daß auch die Regierungschefs deutscher Länder - auch unserer Zone - an den Pariser Verhandlungen teilnehmen sollen, so heißt das nicht mehr und nicht weniger, als daß dem deutschen Volk jetzt die Türen ins Freie geöffnet werden und daß wir im Begriff stehen, aus unserer bisherigen Stellung als bloßes Objekt der internationalen Politik hinauszutreten und selbstverantwortlich handelnd in sie eingeschaltet zu werden. Es wäre allerdings, meine Damen und Herren, verfehlt, wollten wir uns verhehlen, daß der Weg zur Wiedergewinnung voller politischer Handlungsfreiheit noch weit und mühevoll sein wird. Was in den Jahren des Hitlerreiches und des totalen Krieges nicht nur an materiellen Gütern aller Art, sondern viel mehr noch an Verständnis, an Glauben und Vertrauen in Deutschland und der Welt zerschlagen worden ist, kann nicht in kurzer Zeit in den friedensmäßigen Zustand zurückgeführt werden. Wie wir uns leidenschaftlich gegen den Vorwurf der Kollektivschuld des deutschen Volkes, an der materiellen und geistigen Verwüstung Europas zur Wehr setzen, so müssen wir uns selbst eingestehen, daß wir uns selbst und der Welt durch die Tat den Beweis zu erbringen haben, daß der gute Kern, daß die wertvollen Eigenschaften des deutschen Menschen und unseres Volkes nur verschüttet, aber unter dem Schutt unversehrt vorhanden sind und uns einen Anspruch darauf sichern, als

gleichgeachtete Mitglieder nicht nur der europäischen, sondern der ganzen Völkergemeinschaft behandelt zu werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich hier namens der Landesregierung erkläre, daß wir volles Verständnis dafür haben, daß das deutsche Volk, vertreten durch seine gewählten Organe, seine volle Handlungsfreiheit nur Schritt um Schritt zurückgewinnen kann, so möchte ich andererseits doch mit dem gleichen Freimut aus der täglichen Erfahrung unserer Arbeit heraus darauf hinweisen, daß die Einengung der Handlungsfreiheit der deutschen Regierungsorgane auf manchen Gebieten nachteilige Folgen für das Ansehen unserer im Werden begriffenen Demokratie bereits gehabt hat und noch haben kann. (Sehr gut!) Ich denke dabei an die Fragen, die sich aus der Kompetenzabgrenzung zwischen Militärregierung und deutscher Regierung ergeben. Auf der kürzlich in Baden-Baden abgehaltenen Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder der französischen Zone hat General Koenig erklärt, Frankreich beabsichtige, den deutschen Regierungen einen immer größeren Anteil der wirtschaftlichen Verantwortung zur Wiederregelung der sonstigen Probleme zu überlassen, von denen das Wohl der Bevölkerung abhängt. Schon vorher hat der Herr Staatssekretär Schneider bei seinem Deutschlandbesuch die Absicht der französischen Regierung angekündigt, das System der Militärregierung durch das System der bloßen Militärkontrolle zu ersetzen. Pressemeldungen zufolge will die französische Militärregierung nunmehr einen Abbau in ihrer Zone durchführen und ihre bisher bestehenden 29 Verwaltungszweige auf 13 herabsetzen. Wir können eine derartige Entwicklung nur auf das Wärmste begrüßen. Habe ich doch bereits bei der Vorstellung der Landesregierung in der Regierungserklärung damals betont, daß wir es für eine unserer wichtigsten Aufgaben halten, die durch die Verordnung Nr. 95 des Herrn Generals Koenig vorgenommene Kompetenzabgrenzung zu klarer und praktischer Durchführung zu bringen. Die von uns ständig geführten Verhandlungen über diesen Fragenkreis - ich habe das gelegentlich der Haushaltsberatungen an dieser gleichen Stelle bereits ausgeführt - haben in mancher Beziehung erfreuliche Ergebnisse gezeitigt, wenn ich auch offen erklären darf, daß auf anderen Gebieten, so zum Beispiel auf dem Gebiet des Erziehungswesens, ein befriedigender und verfassungsmäßiger Abschluß noch nicht erzielt ist. (Hört, hört!) Meine Damen und Herren! Es darf nicht der Eindruck entstehen, als herrsche nur eine Scheindemokratie, eine demokratische Fassade, hinter der andere Kräfte die wirklichen Entscheidenden sind, als die, die nach außen die Verantwortung tragen. (Sehr gut!) Wenn der Freiheitsgedanke in unserem Volke Wurzel schlagen soll, dann muß den verfassungsmäßig bestimmten Organen in einem klar umrissenen Bereich wirkliche selbstverantwortliche Handlungsfreiheit immer mehr eingeräumt werden. Und ich bin fest davon überzeugt, daß eine solche klare Abgrenzung der Kompetenzen der Verantwortlichkeit sich als äußerst fruchtbar für die vertrauensvolle Zusammenarbeit erweisen muß, die wir alle, die Militärregierung ebenso wie die Landesregierung, nach Kräften zu pflegen suchen, auf die wir aber auch angewiesen sind, wenn unsere beiderseitigen Bemühungen sinnvoll, das heißt, von dauerndem Nutzen für unsere beiden Völker sein sollen. Ich erkläre Ihnen hier, meine Damen und Herren, daß wir unsere Bemühungen zur Lösung dieser Frage unbeirrt und unermüdet fortsetzen werden. Ich darf aber zugleich zu meiner Freude der Gewißheit Ausdruck verleihen, daß das Wohlwollen und das Verständnis, das die Landesregierung bisher bei dem Herrn General-

gouverneur Hettier de Bois Lambert und seinen maßgeblichen Mitarbeitern im Generalgouvernement in Koblenz gefunden hatten, einen endgültigen Erfolg unserer Bemühungen verbürgen.

Ich habe, meine Damen und Herren, im Verlauf meiner Ausführungen bereits mehrfach an die Selbstbestimmung und die Selbstdisziplin unseres Volkes appelliert und ich wiederhole gerade an dieser Stelle den Aufruf, die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit nüchtern, ehrlich und mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Anstrengungen für eine bessere Zukunft zu betrachten. Die gegenwärtige Lage scheint mir denkbar ungeeignet, von irgendeiner Seite zu Zwecken politischer Taktik ausgebeutet zu werden. Es ist natürlich leicht, dem politischen Gegner die Schuld an all dem zuzuschreiben, worunter heute unser Volk, vor allem in seinem wirtschaftlichen Leben, zu leiden hat. Schwere scheint es schon zu sein, nicht nur den Splitter im Auge der politisch Andersdenkenden, sondern auch den Balken im eigenen Auge zu sehen. Ich habe bereits an anderer Stelle Ausführungen aus einem Leitartikel zitiert, der mir ein Musterbeispiel dafür zu bieten scheint, wie man heute nicht gegenüber dem politischen Gegner, geschweige denn gegenüber dem Koalitionspartner, verfahren sollte. Ich könnte ähnliche Beispiele aus der übrigen Parteipresse aufführen, die ich, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, für gleich bedauerlich halte. Es scheint mir aus derartigen Erklärungen ein Geist der Kleinlichkeit und des Rechens nur auf den eigenen Vorteil zu sprechen (Sehr gut!), der, würde er sich allgemein durchsetzen, unserem Volk nicht nur die Achtung vor sich selbst, sondern auch die Achtung vor der Weltöffentlichkeit kosten müßte. Wir sollten uns bewußt sein, daß aller Nutzen auch jedes einzelnen Nutzen ist, daß wir alle aufeinander angewiesen sind, daß wir in demselben Boot sitzen, mit dem wir gemeinsam entweder das rettende Land erreichen oder elend untergehen werden. Das gilt auch für jeden einzelnen in unserem Volk. Ich rufe deshalb alle, vor allem aber jeden, der, gleich auf welche Art, berufen ist, in der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken, auf, das, was uns alle verbindet, über das zu stellen, was uns trennt, und nicht in unbesonnener Kritikasterei ständig in alten Wunden zu wühlen oder neue aufzureißen.

Lassen Sie mich nach diesen Abschweifungen auf das Gebiet der Innenpolitik, zum Schluß noch einmal auf die großen Fragen der Deutschlandpolitik und des Marshall-Planes zurückgreifen. Sie, meine Damen und Herren, haben anlässlich der Haushaltsberatungen gegen die Stimmen der Kommunistischen Partei, im übrigen aber einstimmig, eine Resolution gefaßt, welche die Vereinigung der Westzonen forderte. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Herr General Koenig auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten der französischen Zone uns eröffnet hat, zunächst werde die wirtschaftliche Koordinierung der französischen Zone mit den anderen Westzonen in Angriff genommen, um eine planvolle Zusammenarbeit im Rahmen der Verwirklichung des Marshallplanes einzuleiten. Wir sind überzeugt, daß dies nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung zunächst der wirtschaftlichen, dann aber auch der politischen Einheit wenigstens der drei Westzonen sein wird. Die mit der Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan eingetretene Wende in der politischen Gesamtentwicklung erfordert mit geradezu naturgesetzlicher Notwendigkeit die Schaffung eines gemeinsamen Organes, das legitimiert ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen uns immer deutlicher, daß Sowjetrußland den Eisernen Vorhang, den es um seine Besatzungszone gelegt hat, fester denn je ge-

schlossen hält. Die vorläufige Einstellung der Kontrollratsarbeit infolge der passiven Resistenz der Sowjetdelegation bedeutet fast eine krisenhafte Zuspitzung der Situation. Angesichts der dadurch in der Bevölkerung weit verbreiteten Beunruhigung möchte ich jedoch meiner Überzeugung dahingehend Ausdruck verleihen, daß eine Krise noch lange keinen Krieg zu bedeuten braucht. Jedenfalls hat das deutsche Volk, um das an dieser Stelle zu wiederholen, ja wirklich kein Interesse an einem kriegerischen Zusammenstoß der Mächte. Es weiß zu genau, daß es bei einem solchen heute nichts zu gewinnen, sondern nur noch das Letzte zu verlieren hat, was ihm aus der letzten politischen Katastrophe verblieben ist. (Sehr richtig!) Wir dürfen uns unter keinen Umständen durch Kriegsfurcht und Kriegsgerede in unserem Bemühen um den Wiederaufbau stören lassen. Im Gegenteil! Die Anspannung aller Kräfte für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland und Europa, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft und Ernährung, scheint mir einer der wesentlichsten Beiträge zur Bannung einer eventuellen Kriegsgefahr zu sein. So sehr wir an unserer Verbundenheit mit unseren Brüdern in der Ostzone festhalten, die erneut dem totalen Zwang der Diktatur ausgesetzt sind, so darf uns das doch nicht davon abhalten, in den drei Westzonen ein neues System einer wirtschaftlichen und auch politischen Ordnung zu schaffen, wobei aber auch die Tür für den Osten auf alle Fälle weit geöffnet bleibt, damit zur gegebenen Zeit bei Änderung der politischen Lage auch die Ostgebiete, in denen wir, meine Damen und Herren, die Oder-Neiße-Linie niemals als Grenze anerkennen werden, beim Lebenszusammenhang des deutschen Volkes wieder eingegliedert werden. Der Demonstration der falschen Einheit aus dem Osten setzen wir die Demonstration der echten Freiheit entgegen. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Wir stehen in einer Stunde größter und wichtigster Entscheidungen; Entscheidungen über die Entwicklung der deutschen Zukunft. In dieser Stunde müssen alle, die sich zum Gedanken der Demokratie, zum Gedanken der persönlichen Freiheit, zur christlich-abendländischen Kultur und zu einem Aufbau in diesem Geist bekennen, zusammenstehen, um auf der Grundlage der durch den Marshall-Plan uns gebotenen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten mit letzter Anstrengung dafür zu arbeiten, daß das Europa-Hilfsprogramm zu einem Erfolg führt, daß es unserem Volke die Sicherung seiner wirtschaftlichen und die Wiedergewinnung der politischen Handlungsfreiheit ermöglicht im Rahmen eines geeinten, eines friedlichen und eines freiheitliebenden Europa. (Bravo und Händeklatschen.)

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Sie haben die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten gehört. Ich stelle die Erklärung zur Besprechung. Das Wort hat der Abg. Dr. Zimmer (CDU).

Abg. Dr. Zimmer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Monaten mit immer stärkerer Spannung die Entwicklung der weltpolitischen Lage verfolgt. Die Beziehungen der Mächte, die 1945 als Sieger den Krieg der menschenmordenden Waffen beendeten, die seither als Kontrollratsmächte Deutschland besetzt halten und das deutsche Volk beherrschen, diese Beziehungen sind, wie der Herr Ministerpräsident soeben ausgeführt hat, offenbar in eine krisenhafte Zuspitzung gekommen. Der Herr Ministerpräsident hat aus tiefstem sittlichem Ernst namens der Regierung zur Lage Stellung genommen. Er hat

in klaren und unmißverständlichen Ausführungen die Ziele der Regierungspolitik im Hinblick auf die neue Lage herausgestellt. Hierbei führten seine Gedankengänge bis zu dem Punkte, der uns heute allerdings vor eine ernste und klare Entscheidung stellt, die Entscheidung für oder gegen den Marshall-Plan. Namens der Regierung hat er sich klar für den Marshall-Plan entschieden. Ich stelle namens der Fraktion der CDU fest, daß wir mit den damit herausgestellten Zielen der Politik für unser Land in vollem Umfang einverstanden sind. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, im Augenblick an dieser Stelle das Für und Wider abzuwägen, zu erörtern und zu untersuchen, was zu dieser Entscheidung führte. Es erscheint jedoch notwendig, auf einige Punkte hinzuweisen:

1. Der Weg des Marshall-Planes kann nach unserer Überzeugung nur dann zu einem dauernden Erfolg führen, wenn er hinsichtlich Deutschlands getragen wird von der verantwortungsfreudigen, tätigen und umfassenden Mitarbeit aller deutschen Schaffenden und aller deutschen Regierungen, soweit diese in ihrer Entschlußfassung nicht gehemmt sind.

2. Die breiten Schichten des schaffenden Volkes müssen baldigst physisch und geistig in die Lage versetzt werden, wiederum vollwertige Mitglieder in den einzelnen Betrieben, im wirtschaftlichen Aufbau des Landes und damit in der gesamten Volkswirtschaft zu werden. (Sehr richtig!) Der jetzige Zustand ist unhaltbar. (Sehr richtig!) Wenn wir in die Betriebe hineinschauen, ob Behörden oder Werkstätten, ist es bewunderungswürdig, daß Menschen bisher unter Aufbietung ihrer letzten Kraft überhaupt bis an diesen Punkt gekommen sind. (Sehr gut!) Man kann von uns unmöglich Mitarbeit an Europa verlangen, wenn unsere Menschen nicht endlich wieder physisch in die Lage versetzt werden, eine normale Arbeitskraft herzugeben. (Sehr gut!) Ebenso aber ist es unverantwortlich, wenn man an diese begreiflichen Mißstimmungen anknüpft, an die Kritik, die diese Menschen täglich aussprechen und aussprechen müssen und wenn diese Kritik dann mißbraucht wird. Wir müssen unterscheiden, jene, die hungern und Not leiden und trotzdem arbeiten, sie haben ein Recht, unzufrieden zu sein. Aber es ist die Aufgabe der politischen Verantwortlichen, diese Unzufriedenheit an die richtige Adresse zu wenden (Sehr richtig!), und das hat der Herr Ministerpräsident getan. Es kann nicht oft genug gesagt werden: Es ist unverantwortlich, es ist eine politische Brunnenvergiftung, wenn man einfach von den zwölf Jahren der Menschenverführung nichts mehr wissen will (Sehr richtig!), und es wäre gut, wenn man auch die Jahre, die vor 1933 liegen, gelegentlich unter die Lupe nehmen würde. (Sehr richtig!) Wer hat damals die Not der darbenenden Menschen mißbraucht und damit die politischen Geschäfte gemacht? (Sehr gut!) Das waren Leute, die heute zum Teil noch auf dem gesicherten Altenteil sitzen. Auch damals hat man uns als knieweiche Erfüllungspolitiker bei der idealistischen Jugend, bei der vielfach kritiklosen Menge und bei den darbenenden Menschen in Mißkredit gebracht, und dadurch kam es, daß 14 Millionen damals freiwillig ohne Zwang Hitler ihre Stimme gegeben haben (Sehr richtig!), und damals sind die Demokratie und die Republik erdolcht worden, und nicht etwa 1933. Der Herr Ministerpräsident hat mit vollem Recht ausgeführt, daß damals die Erfüllungspolitiker den harten Weg entsagungsvoller Politik gegangen sind. Aber wir sollten heute, wenn es Politiker gibt, die wieder den entsagungsvollen Weg gehen müssen, entschlossen sein, mehr zu kämpfen, als es damals geschehen ist, damit es nicht wieder geht, wie es einem

Ebert, Stresemann oder vielleicht auch einem Brüning ergangen ist, die sich verzehrt haben an der Politik, während andere sich an dem Volksvermögen gemästet haben.

Ein drittes: Der Marshall-Plan muß bei seiner Durchführung in Deutschland den fortschrittlichen Auffassungen Rechnung tragen, die wir bei der Durchführung unserer demokratischen Sozial- und Wirtschaftspolitik entsprechend unserer Verfassung zur Anwendung bringen müssen. Es wäre vollkommen falsch, wenn man uns unterstellen wollte, daß wir mit fliegenden Fahnen, mit verbundenen Augen dem Marshall-Plan als ein „Nur-Geschenk“ nachlaufen würden. Auch wir beurteilen Sinn und Zweck des Marshall-Planes absolut nüchtern, aber nicht demagogisch. Wir wollen wissen, daß die Anwendung des Marshall-Planes der verantwortlichen demokratischen Regierung Deutschlands und der deutschen Länder gestattet, eine soziale Wirtschaftspolitik zur Anwendung zu bringen, wie sie den Forderungen der breiten Schichten unseres Volkes in sozialer Hinsicht entspricht. (Sehr richtig!)

4. Der Marshall-Plan darf niemals zu einer definitiven Spaltung Deutschlands, darf niemals zu einer definitiven Aufreißung Europas in Ost und West führen. Er muß Ausgangspunkt für eine säkulare, für eine Neuordnung in ganz Europa werden oder mindestens dazu die Wege ebnen.

Wir haben mit großer Genugtuung in den letzten Monaten die Anfänge einer neuen konstruktiven Europapolitik durch die Bildung einer westeuropäischen Föderation und mehrere Zollunionen erlebt. Die Ausweitung dieser Gebilde sollte nur eine Frage der Zeit sein, und sie wird es nur dann sein, wenn die damit angebahnte geistige Revolution der Vorstellungswelt endgültig zum Durchbruch kommt. (Sehr gut!) Der Marshall-Plan darf, wie ich schon sagte, niemals die Zerreißung Deutschlands und des deutschen Volkes stabilisieren. Es darf nicht das geschehen, was zur Zeit mit dem Begriff des „Eisernen Vorhangs“ - zunächst vorübergehend, wie wir hoffen - geschehen ist. Das darf kein Dauerzustand bleiben! Wir wollen auch nicht, daß wir schlichte Anhängsel eines - auf die Dauer gesehen - „Westblocks“ bleiben. Vor uns steht eine neue Wende: Europa! Und in diesem neuwerdenden Europa steht ein deutsches Volk und ein Deutschland, das entschlossen einer neuen friedlichen Berufung nachgeht.

5. Die neue Friedensordnung Europas und der Welt, die wir erschennen, darf und kann nicht gegründet werden nach unserer Überzeugung auf der absoluten Souveränität der beteiligten Staaten, d. h. auf der bisher geübten Willkür - das nannte man Recht - der einzelnen Staaten, in jedem Falle selbst und ausschließlich darüber zu entscheiden, ob man Völker in den Krieg führen und hetzen konnte oder nicht. Nach unserer Überzeugung dürfen in Zukunft in der neuen Friedensordnung nicht mehr alle Einzelstaaten die letzten und höchsten Richter sein über die Frage Krieg und Frieden, über die Frage: Wollen wir annektieren und dann Millionen Menschen evakuieren und dem Elend preisgeben, Millionen Menschen durch halb Europa hetzen, wie es auch leider vom Nationalsozialismus in Deutschland geschehen ist? Diese Fragen verneinen wir. Wir stellen das Schicksal der Völker unter die allerletzte Instanz, die normale Instanz, die die neue Friedensordnung uns bringen muß. Der von unseren Vorfahren und vielleicht von uns selbst noch angebetete Götze der Staatsallmacht als Regulativ, als ausschließliches Regulativ der internationalen Beziehungen, muß vom Thron gestoßen werden, das Recht

muß an die Stelle der Macht treten, die Macht hat dem Recht zu dienen und nicht das Recht zu beherrschen, auch nicht in den Beziehungen der Völker. (Sehr richtig!) Aber das Recht darf nur aus dem Rechtsbewußtsein freier Menschen und freier Völker hervortreten und muß national und international verankert sein. Die Verankerung kann innerstaatlich bei den einzelnen Völkern nur durch wirkliche Demokratie sichergestellt sein. Wir sind überzeugt, daß es notwendig ist, daß die Staatsmänner allezeit und jederzeit Rede und Antwort stehen müssen für ihre Handlungen. Sie müssen stets absetzbar und abrufbar sein, denn die Völker als solche sehnen sich nicht nach Krieg und Auseinandersetzungen, sie wollen nur eines: Friede und Arbeit! (Sehr gut!)

Und so müssen wir die Frage aufwerfen, ob das, was wir in dieser rasch sich entwickelnden Zeit noch vor kurzem gefordert haben, ein Besatzungsstatut, ob das angesichts der neuen Ordnung des Marshall-Planes überhaupt noch angebracht ist. Wir glauben, diese Frage verneinen zu sollen. (Sehr gut!) Was jetzt in den vergangenen drei Jahren sich segensreich hätte auswirken können für die Beziehungen der Siegermächte zu dem unterworfenen Deutschland, ist nach unserer Meinung überholt. Was uns nötig ist, ist ein wirklicher Friede (Sehr gut!), ein Friede, der Staaten, der Völker und der Herzen. (Sehr gut! Anhaltender Beifall.) Und damit ist nicht vereinbar vieles, was unter der Rechtsform eines Besatzungsstatutes, ich möchte sagen beinahe zwangsläufig geschieht. Wir möchten, daß wir herauskommen aus den Begegnungen, aus den Zwischenfällen, aus den vielen Vorkommnissen, die auch wir bedauern. Aber es ist sehr billig, wie schon der Herr Ministerpräsident gesagt hat, dieser Unzufriedenheit dadurch Ausdruck zu geben: „Ach, werft der Besatzung doch den Bettel hin!“ Meine Damen und Herren! Es ist beinahe zu töricht, als daß man sich überhaupt mit solchen Dingen auseinandersetzen müßte. Ein Friedensstatut ist nach unserer Überzeugung deshalb nötig, nicht nur, damit der Marshall-Plan als konstruktive politische Neuordnung Wirklichkeit werden kann, sondern auch deshalb, damit die geistige Substanz, die wir heute Europa nennen, noch gerettet werden kann, denn sie ist nicht nur bei den Völkern bedroht, sie ist ja bei uns, bei jedem einzelnen von uns selbst bedroht, wenn er Not leidet, wenn er den Lichtblick nicht hat, wie und wann er aus der Not herauskommen soll. Die Bedrohung liegt also bei dem einzelnen Menschen. Ihnen muß wieder Hoffnung gegeben werden, damit die Hoffnungslosigkeit schwindet. Ich greife das Wort auf, was ich eben vorweggenommen habe, und scheue nicht, es auszusprechen: Die geistige Revolution, die im Umdenken angebrochen ist sie muß entschlossen von uns aufgegriffen werden. Drei Jahre nach diesem Kriege befindet sich das deutsche Volk in weiten Schichten in einem wahrhaft erbarmungswürdigen Zustand. Unnützlich, hierzu noch Einzelheiten auszuführen. Aber es muß an dieser Stelle auch einmal gesagt werden, auch auf die Gefahr hin, daß man wiederum als national Unzuverlässiger, vielleicht diesmal als „von der schwarzen Internationale“ gebrandmarkt wird, daß im Ausland in den letzten Monaten in zunehmendem Maße es hunderttausende und Millionen Menschen gegeben hat, die viel Segen und viel Gutes an den Deutschen gestiftet haben. (Sehr richtig!) Es waren Menschen, die hatten sich wiedergefunden, sie hatten abgestreift die Geschehnisse der früheren Jahre, alle Erinnerungen an das Böse, die sie mitgeschleppt haben, ohne staatlichen Zwang, aus freier Menschenliebe und aus tiefer Nächstenliebe haben sie sich uns zugewandt. In menschlicher Größe haben sie

uns in Millionen Einzelfällen die Hand gereicht. In dieser Haltung sehen wir nicht nur hoffnungsvolle Anfänge einer neuen Friedensgesinnung. Wir sehen darin gewissermaßen die kommende Garantie für die Stabilisierung der Neuordnung, denn diese Neuordnung muß getragen werden von einer breiten, die Menschenherzen erfassenden Friedensgesinnung, damit nicht wieder irgendwelche waghalsigen Staatsmänner in die Versuchung kommen könnten, die Völker ins Unglück zu führen, die Völker zu Entscheidungen zu führen, die verderblich für die Menschheit wären. Die Stunde der Entscheidung für das deutsche Volk ist in dieser Hinsicht gekommen. Der Weg, den wir heute einschlagen, entscheidet nach menschlichem Ermessen für die nächste und fernere Zukunft unseres Volkes. Wir bejahen die Entschlossenheit der Regierung, den Marshall-Plan in diesem Sinne zu unterstützen. Das waren die grundsätzlichen Bemerkungen, die ich namens meiner Fraktion soeben vorgetragen habe. Die neue Lage erfordert eine klare Stellung der Abgeordneten des Hauses zur Regierungspolitik. Man mag sie für richtig oder falsch halten. Aber eines ist nicht möglich und nicht mit politischer Logik zu vereinbaren, gleichzeitig mitzumachen in der Regierung und gleichzeitig Opposition zu machen. Und deshalb hat meine Fraktion dem Landtag folgende Entschliebung unterbreitet:

„Der Landtag begrüßt die Einbeziehung Deutschlands in die Organisation und das Wiederaufbauprogramm des Marshall-Planes. Der Landtag erwartet, daß die damit eingeleitete wirtschaftliche Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder die Überwindung der Wirtschafts- und Ernährungsnot des deutschen Volkes und eine Abwehr aller totalitären Bestrebungen ermöglicht.“

Wir bitten Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag zuzustimmen. Wir sind uns klar darüber, daß wir keinen leichten Weg gehen. Es wird uns in den kommenden Jahren nichts geschenkt werden. Härteste Anstrengungen werden von uns allen, vom ganzen Volke gefordert werden. Aber wir sagen ein „Dennoch“, denn nur dieser Weg führt nach unserer Überzeugung zu einem dauernden Frieden und zu echter Freiheit. (Anhaltender Beifall.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Bögl (SPD.).

Abg. Bögl:

Meine Damen und Herren! Namens der sozialdemokratischen Fraktion will ich mich auf einige wesentliche Feststellungen zur Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten beschränken. Die Nachkriegsentwicklung Europas ist in ein neues Stadium getreten. Nach dem Zusammenbruch waren alle demokratischen Kräfte von der Bedeutung der ihnen gestellten Aufgabe mehr denn je überzeugt und erfüllt von der Hoffnung, daß alle in gleicher Richtung wirkenden Kräfte von außen her dieses große Werk der politischen Neugestaltung Deutschlands tatkräftig unterstützen. Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre bisherige Mitarbeit an der Erreichung dieses hohen Zieles ihr volles politisches Gewicht in die Waagschale geworfen. Sie erblickt in dieser Arbeit nur die selbstverständliche Fortsetzung ihrer bisherigen Haltung und Arbeit. In dieser Haltung läßt sich die Sozialdemokratie auch nicht beirren, wenn unser deutsches Volk sich anschickt, in den nächsten Wochen die Periode seiner tiefsten Verarmung zu durchschreiten. Mehr denn je werden wir uns in diesen Wochen der fürchterlichen Hypothek, welche die junge Demokratie auf sich lasten fühlt, bewußt. Dabei sind wir uns der Tatsache klar

bewußt, daß die starken sozialen Spannungen wertvolle Kräfte am demokratischen Aufbau völlig lahmlegen. Die Hinneigung zur Verzweiflung bringt es von selbst in unserem Volk auf eine Verringerung der Widerstandskraft gegenüber den Ideen der Gewalt. Es wird Aufgabe einer späteren Geschichtsschreibung sein, festzustellen, wie weit die vom eigenen Ethos bestimmte Haltung der deutschen Sozialdemokratie in ihrer Bedeutung weit über alle materiellen Sicherungen hinausgehend, die Überbrückung dieses Zustandes voller Gefahren gewährleistet hat. (Sehr gut!) In dieser ersten Stunde tritt uns besonders die Entwicklung der letzten zwei Jahre in ihrer ganzen schicksalvollen Bedeutung plastisch vor Augen. Im Osten Deutschlands und an unserer Westgrenze standen die Vertreter totalitärer Staatsauffassung bereit, sich über Deutschland hinweg die Hand zu reichen. Diese durch hemmungslosen Chauvinismus entfachten Kräfte waren im Begriff, die letzten Reste abendländischer Kultur auszulöschen. Für die Entscheidung der Sozialdemokratie war die geschichtliche Stunde gekommen. Im vollen Bewußtsein der Bedeutung dieser Entscheidung blieb die Sozialdemokratie in dieser Stunde ihrer traditionellen demokratischen Haltung getreu, als sie es ablehnte, mit den Volksdemokraten auf deutschem Boden sich organisatorisch zu vereinigen. (Sehr gut!) So trug die Sozialdemokratie entscheidend dazu bei, daß die Grundlage für die Hilfeleistung anderer, mit dem Schicksal Europas verbundener Staaten geschaffen werden konnte. Unser in höchster Not sich befindendes deutsches Volk erblickt in seiner Gesamtheit in dieser Hilfe aus dem Marshall-Plan gegenwärtig die einzige Brücke zu einer neuen Existenz. Dieser Weg scheint uns um so weniger gefährdet, als die Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen Europas in erfreulichem Umfang Platz gegriffen hat. Bei dem Tempo der fortschreitenden politischen Entwicklung werden sich selbstverständlich Schlußfolgerungen recht schnell ergeben. Sie werden zwangsläufig zu einer Neugestaltung der Besatzungsmächte zum deutschen Volk führen müssen. Wir erblicken in der Hilfe aus dem Marshall-Plan den nach amerikanischer Kennzeichnung ausgelösten Funken, der die Maschinen der deutschen Wirtschaft wieder in Betrieb setzen kann. (Sehr richtig!) In der daraus sich ergebenden Gesundung der Wirtschaft und Steigerung der Erzeugung haben wir den besten Garanten für die zu schaffende deutsche Einheit. Diese Welthilfe muß die Grundlage für ein Gesamtdeutschland schaffen, diese Welthilfe muß der Beginn der europäischen Einheit sein. (Sehr gut!) Es ist mit dem Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, alle ursprünglich mit dem Marshall-Plan verknüpft gewesenen politischen Bedingungen ausgeschaltet zu haben. Diese Tatsache ist um so bedeutsamer, da auch die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Amerikas sich diese grundlegenden Auffassungen zu eigen gemacht hat. (Bravo und Händeklatschen!) Darin liegt zugleich der Beweis, daß die östliche Behauptung von der privatkapitalistischen Unterjochung ohne irgendwelchen Grund ist. (Sehr wahr!) Es besteht für uns keine Ursache, zu verhehlen, daß wir den privatkapitalistischen Liberalismus amerikanischer Prägung ebenso entschieden ablehnen wie die Demokratien nach östlichem Muster. (Bravo!) Unsere wirtschaftliche Zielsetzung aber, die Sozialisierung, wird vom Marshall-Plan keineswegs berührt. Wir erwarten, daß im Zusammenhang mit dieser Hilfeleistung eigene deutsche verwaltungsrechtliche, wirtschaftspolitische und politische Zuständigkeiten geschaffen werden. Den seit langer Zeit von den Besatzungsmächten gegebenen Erklärungen müssen endlich Taten folgen. (Sehr richtig! und

Händeklatschen.) Dabei sind wir davon überzeugt, daß der Aufbau Europas ohne die deutsche Gleichberechtigung nicht denkbar ist. (Sehr richtig!) Diese Stunde, meine Damen und Herren, erfordert von allen eine eindeutige Haltung, eine klare Entscheidung. Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt der vorgelegten EntschlieÙung zu. (Bravo und Händeklatschen.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Neubronner (DP).

Abg. Dr. Neubronner:

Meine Damen und Herren! In der Diskussion über den Marshall-Plan sind die tiefgehenden Gegensätze zwischen Ost und West deutlich sichtbar geworden, Gegensätze, die sich ja widerspiegeln auch in den innerpolitischen Verhältnissen fast aller beteiligten Länder. Wir stimmen der EntschlieÙung zu, die hier vorgetragen wird, denn wir sind der Auffassung, daß eine wirtschaftliche Gesundung und Belebung durch den Marshall-Plan auf alle Fälle in den drei Westzonen hervorgerufen werden wird, daß sie dazu führen wird, allmählich Not und Mangel zu beheben und im weiteren Verlauf auch die Freiheit der deutschen Wirtschaft wiederherstellt, daß sie auch insbesondere vor der Wareenseite her die Möglichkeit der Währungsreform schafft und untermauert. Aber, meine Damen und Herren, wenn dieser Marshall-Plan nicht verbunden wird mit der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit der drei Westzonen, nicht verbunden wird auch mit der politischen Einheit der drei Westzonen und mit der Schaffung einer entsprechenden Zentralgewalt für diese deutschen Gebiete, dann wird er ein Torso bleiben und wahrscheinlich als Fehlschlag enden. Denn diese deutschen Westgebiete sind wirtschaftlich und kulturpolitisch so eng miteinander verflochten, daß sie unmöglich weiterhin getrennt bleiben können durch Zonenschranken, die geradezu als fossile Überbleibsel einer längst vergangenen Epoche anmuten in einer Zeit, in der man sich um die westeuropäische Zollunion bemüht. (Sehr richtig.) Aber ein Weiteres! Dieser Marshallplan wird seine Wirkung, seinen Zweck, nicht erfüllen, seinen Zweck, uns vor dem Vordringen totalitärer Staatsideen aus dem Osten zu bewahren, wenn man uns hier nicht die Freiheitsrechte gibt.

Meine Damen und Herren! So wie die Dinge bis jetzt gelaufen sind, können sie unmöglich noch lange weitergehen, denn es gibt keine größere Gefahr für den demokratischen Gedanken in Deutschland als eine weitere Existenz der Scheindemokratie, wie wir sie heute haben. (Sehr richtig!) Ich frage mich oft, hat es denn überhaupt einen Sinn, wenn wir von einer Landesregierung und von Ministern reden. Sind die Landesregierung und die Staatsminister in der Lage, Verantwortung im Sinne der Verfassung gegenüber dem Parlament und dem ganzen Volk zu übernehmen, wenn sie letzten Endes nichts anderes sind als Befehlsempfänger oder Befehlsausführer einer Besatzungsmacht? Diese Zustände sind nicht mehr lange tragbar. Es ist ein dringendes Erfordernis, daß man auf Seiten der Besatzungsmacht endlich die ungeheueren Gefahr erkennt, die dem demokratischen Gedanken in Deutschland droht, wenn dieser Zustand nicht auf schnellstem Wege beendet wird.

Meine Damen und Herren! Es ist wahrscheinlich anzunehmen, daß nicht alle Parteien dieses Hohen Hauses der vorgelegten EntschlieÙung zustimmen werden. Sollte dies der Fall sein, und im weiteren Verlauf dieser Tatsache eine Änderung in der Zusammensetzung der derzeitigen Regierung sich ergeben, so ist für meine Fraktion damit eine neue Lage gegeben, die uns zu

neuen Entschlüssen zwingen wird. Ich möchte das hiermit für alle Fälle schon angekündigt haben. (Sehr gut!) Und im übrigen hoffe und wünsche ich, daß der Marshallplan all' die Hoffnungen erfüllt, die auf ihn gesetzt werden. (Beifall.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Müller (KPD).

Abg. Müller:

Meine Damen und Herren! Die Darlegungen des Herrn Ministerpräsidenten sind von entscheidender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung und tragen in sich eine große Konsequenz. Der Herr Ministerpräsident hat im Namen der Regierung die Erklärung abgegeben. Ich möchte fragen, in welcher Ministerratsitzung der Regierung die Richtlinien für diese Darlegungen festgelegt worden sind. Wir hätten gewünscht, daß Darlegungen von so entscheidender Bedeutung vorher im Ministerrat beraten worden wären. (Zwischenrufe: „Fernlenkung“, „Befehl“.) Der Herr Ministerpräsident hat den Marshall-Plan gegliedert in zwei Probleme, in eine politische Seite und eine wirtschaftliche Seite. Wollen wir beide untersuchen.

In seinen Ausführungen hat der Herr Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht, daß der Marshall-Plan die Möglichkeit gäbe, einen wirtschaftlichen Aufschwung unseres Gebietes zur Folge zu haben. Der Marshall-Plan ist nach den Ausführungen auch von Rednern anderer Parteien etwas, was mit gemischten Gefühlen betrachtet wird. Auch der Herr Abgeordnete Dr. Zimmer sprach davon, daß man das Für und Wider nicht untersuchen wolle, aber daß man nicht blind eben all dem folgen dürfe. Der Marshall-Plan hat die Aufgabe, den amerikanischen wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Er hat die Aufgabe, ihrer ungeheuren Mammut-Industrie, die sich während des Krieges entwickelt hat, die Möglichkeit zu geben, einen Absatzmarkt für ihre Produkte zu finden. Dieser Absatzmarkt soll Deutschland und soll Europa sein. (Zwischenruf: „Hätten wir es nur schon“ und Lachen.)

Wollen wir untersuchen, ob der Marshall-Plan für Deutschland von Vorteil ist. Amerika weist zur Zeit eine steigende Tendenz seiner Preise auf. Die Lebenshaltung ist dort bedeutend schlechter geworden. Wenn als Index von 1926 die Zahl 100 gesetzt wird, haben wir Ende März 1947 einen Index von 149 (Zwischenrufe: Schon überholt). Diese Tendenz hat sich in den letzten Monaten noch verschärft. (Zwischenruf: Umgekehrt. — Heiterkeit.) Der Preisindex hat sich bedeutend erhöht und dabei wurden die Löhne um 6 v. H. gesenkt, so daß wir heute mit Einschluß der allgemeinen Preisentwicklung eine Senkung des Realeinkommens von 26 v. H. haben. Die Kaufkraft des amerikanischen Volkes ist gesunken. Auch in Deutschland wird man versuchen, die Lebenshaltung noch weiter zu senken, um damit die Extra-Profite deutscher und ausländischer Unternehmer zu gewährleisten. In Amerika ist eine Anhäufung von Waren erfolgt im Werte von über 35 Milliarden Dollar, eine wertmäßige Anhäufung von Waren von mehr als 57 v. H. Es ist ganz natürlich, daß nun versucht werden soll, sie auf den Weltmarkt zu werfen. Aber diese Waren auf den deutschen und europäischen Markt geworfen, verhindern die Entwicklung der eigenen Produktion. Wenn Deutschland in die Lage versetzt werden muß, sein eigenes Volk zu ernähren, so müssen wir eigene Werte schaffen, müssen wir mit eigenen Mitteln die Betriebe errichten, die in der Lage sind, nach Deutschland Devisen hereinzubringen (Zwischenrufe). Aber wir wollen aus Amerika Anleihen nehmen, jedoch sind wir

gezwungen, für diese Gelder Waren in Amerika zu kaufen. Das wird unsere Industrie strangulieren und wird ihr keine Aufstiegsmöglichkeiten geben. Wir müssen unsere Kohle, die wir brauchen, als Grundlage für unsere Produktion, unsere Erze und andere Grundstoffe ins Ausland bringen und müssen Fertigwaren dafür übernehmen. Die Folge ist, daß dadurch die Wirtschaft in Deutschland verkümmern muß, die Folge wird sein, daß sich dadurch eine Verschlechterung unserer gesamten Wirtschaftssituation ergibt. Die Tatsache, daß vielleicht auf bestimmten Gebieten Waren nach Deutschland strömen werden, werden erkauf mit dem Niedergang der deutschen Wirtschaft und werden erkauf mit der Erschwerung der Lebensbedingungen in Deutschland selbst. Es ist eine Frage, die jeden, der wirtschaftlich und national denkt, vom Standpunkt der eigenen Wirtschaftsentwicklung mit Besorgnis erfüllen muß. Amerika hat die Absicht, seine Schwierigkeiten auf Kosten unserer deutschen Wirtschaft zu überwinden und seiner Wirtschaft die sozialen Spannungen fernzuhalten. Ich bitte Sie, zu beachten, daß in Amerika ein Streik den anderen ablöst, weil die Arbeiter sich wehren gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Wir in Deutschland werden an denselben Verschlechterungen, an den Wirtschaftskrisen in Amerika Anteil nehmen müssen und davon betroffen werden. Wenn die Wirtschaftskrise in Amerika steigt, wird man Teile der Industrie in Deutschland stilllegen. Es ist logisch und natürlich, daß wir von Maßnahmen des Trustsystems in Amerika betroffen werden.

Wenn Sie sich davon Vorteile versprechen, und Sie sich nach diesen Einflüssen orientieren, so werden Sie finden, daß diese Demokratie keine Demokratie ist. So werden auch Sie eine Demokratie in Westdeutschland wollen, die keine Demokratie sein wird. (Zwischenruf Abg. Buschmann [KPD]: Sehr richtig.) Sie kennen die Vorgänge, ich brauche sie nicht zu erläutern. Die Frage Griechenland, Türkei und Spanien. (Zwischenruf Abg. Hermans, CDU: Gott sei Dank..., nicht mehr hörbar durch entstehende Unruhe).

Gott sei Dank, für Sie ist es eine Freude, Herr Hermans, Franco wird gehalten... (Zwischenruf Abg. Buschmann [KPD]: „Der Gauleiter Hitlers ist heute der Gauleiter Marshalls“).

Wie gefährlich ist eine solche Orientierung. Wir wissen, warum Franco gehalten wird. Aus machtpolitischen Gründen betreffend Mittelmeer und anderen Bestrebungen Amerikas. Das sind Fragen, die unzweifelhaft zeigen, wie ernst die Probleme liegen.

Ich glaube, daß die Kapitalinvestitionen, die Herannahme von Vermögen nach Deutschland eine große Gefahr für unser Volk selbst bedeutet. Eine wirtschaftliche Hilfe soll nicht bedeuten eine politische und wirtschaftliche Strangulierung unserer Wirtschaft. Wenn nun Westdeutschland ein Staat werden soll, wie geplant ist, so bedeutet dies eine Zerreißen Deutschlands in zwei Zonen, aber ein Weststaat, in dem bisher jede Maßnahme zu einer Demokratie fehlt. Wir haben hier im Hause vor kurzer Zeit beraten über die Fragen der Wirtschaftsführung der Betriebe, über die Entnazifizierung, Fragen, die bei uns nicht verwirklicht werden können, weil die äußeren politischen Einflüsse stark sein werden. Sie, meine Damen und Herren, die Sie eine Entscheidung für den Marshall-Plan fällen werden, werden auch von den Auswirkungen dieser Politik in Mitleidenschaft gezogen werden. (Zwischenruf: Noch weniger zu sagen haben, als heute.)

Der Herr Ministerpräsident spricht von der Überflutung aus dem Osten, von totalitären Diktaturmaßnahmen, und daß sich unser Volk nicht herabwürdigen

lasse, Sklaven zu werden. Meine Damen und Herren, wenn es einen Staat gegeben hat, der dem deutschen Volk die Möglichkeit geben wollte, auf der Londoner Konferenz anwesend zu sein, so war es Sowjet-Rußland. (Zwischenruf: Volkskongreß.) Bitte, ich beziehe mich auf die Darlegungen des Herrn Außenministers Molotow vom 26. 11. 47 in London. Er hat dort gefordert:

1. Die Bildung einer demokratischen deutschen Zentralregierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Postdamer Konferenz.
2. Daß festgelegt wird, daß der Regierung Deutschlands auf der Friedenskonferenz die Möglichkeit geboten wird, ihren Standpunkt zum Friedensvertrag darzulegen.
3. Der Friedensvertrag muß von einer deutschen Regierung unterzeichnet und dem deutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden usw.

Also, eine Stellungnahme, die die Möglichkeit gegeben hätte, daß das deutsche Volk in der Lage wäre, über den Friedensvertrag zu bestimmen, ebenso auch über andere Probleme (Zwischenruf: Vielleicht hätte man darüber nicht zu bestimmen brauchen, wenn man nicht einen Pakt im September 1939 mit Nazi-Deutschland geschlossen hätte).

Sowjet-Rußland mußte die schwersten Opfer bringen (Zwischenruf: selber schuld), es hatte 15 000 000 Tote, 17 000 zerstörte Ortschaften und Städte (Unruhe im Saal, Glocke des Präsidenten).

Es ist dafür zu sorgen, daß Maßnahmen durchgeführt werden, die Ähnliches nicht mehr möglich machen. Dazu gehört die Entwicklung einer solchen Demokratie, in der das Volk die Entscheidungen trifft. (Sehr richtig!) Zwischenruf: Na, bitte! — Heiterkeit.

Entscheidung insofern, daß

1. die gewählten Vertreter des Volkes zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen Stellung nehmen und selbständige Entscheidungen treffen,
2. das Volk organisiert ist in seinen wirtschaftlichen Organisationen, sie zu Organen des Volkswillens machen,
3. die Wirtschaft von Demokraten geleitet wird.

Ich glaube, daß die Frage der Bodenreform eine Grundlage der Demokratisierung des gesamten staatlichen und politischen Lebens ist, daß damit die Vorsorge getroffen wäre, daß niemals mehr ein Teil des Volkes in der Lage ist, seine wirtschaftliche Machtstellung zum Schaden des Volkes auszunutzen.

Wenn man sagt, Deutschland bildet den Eckstein des Wiederaufbaues Europas, so muß man daran erinnern, daß der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Donally, auf einer Pressekonferenz in Washington erklärt hat, Deutschland müsse das Bollwerk des künftigen europäischen Bundes werden, d. h. daß unser Volk im Spannungsfeld aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Welt liegt, daß auf dem Rücken unseres Volkes alle Probleme ausgetragen werden. Die amerikanische Zeitung „Neue Zeitung“ in München vom 16. 11. 47 schreibt folgendes: „Die Aufteilung Deutschlands wird uns die Möglichkeit geben, ganz Westdeutschland in ein praktisch durchführbares System der West-Staaten einzubauen“. So hat sie damit die Richtschnur und Marschrichtung dieser Kreise festgestellt. Ich glaube, daß sich alle demokratischen Kräfte unseres Volkes zur Wehr setzen müssen. Ich bin der Meinung, daß wir in all den Problemstellungen uns darüber klar sein müssen, was der Marshall-Plan bedeutet.

Wir sehen darin

1. die Beseitigung der Beschlüsse von Potsdam und Jalta, die für Deutschland die Möglichkeit gegeben hätten, wiederum als freie und selbständige Nation sich zu entwickeln (Zwischenruf: Die Russen haben das verhindert).
2. Die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands.
3. Bedeutet der Marshall-Plan, daß die Demokratisierung unserer Wirtschaft unmöglich gemacht wird.
4. Verhindert der Marshall-Plan Deutschlands nationale Unabhängigkeit und seine wirtschaftliche Entwicklung zur Sicherung eines wachsenden Wohlstandes unseres Volkes.

Der Marshall-Plan schaltet die deutsche Wirtschaft als Konkurrent im Interesse der amerikanischen Wirtschaft aus. Wir, meine Damen und Herren, stellen fest, daß der Marshall-Plan eine große nationale Gefahr für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Wenn man an die demokratischen Kräfte appelliert, so weiß insbesondere unsere Fraktion und unsere Partei, die mit ihrer ganzen Kraft sich dafür eingesetzt hat, daß alle Kräfte in den Wiederaufbau einbezogen werden, um dem ganzen Volk zu dienen. (Zwischenrufe: „Daher die Resonanz“. — „Wir haben keine Care-Pakete.“) Zum Zwischenrufer: Die verschiedenen Parteien profitieren noch aus der vergangenen Zeit der Nazi-Propaganda gegen den Sozialismus. Die kommende Zeit wird dem deutschen Volk die Augen öffnen, wer seine Interessen vertritt (sehr richtig!). Wenn unsere Partei leider noch nicht die Macht hat, den Lauf der Dinge so zu beeinflussen, wie es notwendig wäre, so ist das zum Schaden des Volkes. Aber die Kommunistische Partei wird morgen die Partei sein, die zum Wohle des Volkes die Fragen entscheiden wird. Wenn man sagt, daß man Frieden schaffen muß mit dem Herzen (Unruhe), so sage ich, wenn Sie damit die Männer und die Frauen meinen, die die Auffassung vertreten, daß man den Marshall-Plan einführen muß, so wollen Sie bedenken, daß bei den Geschäftsreisenden der amerikanischen Industrie an Stelle des Herzens die Kassenschränke entscheidend sind, daß dort jedes Herz ausgelöscht wird durch die Forderung nach Profit. (Care-Profit!) Sie dürften uns, den Männern und Frauen, die auf den Bänken unserer Fraktion sitzen, die im Lande kämpfen, dafür kennen, daß wir, dem eigenen Gewissen verantwortlich sind, und daß wir unserem eigenen Gewissen Rechnung getragen haben, als wir in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Kz. geschleppt wurden, um dem deutschen Volke zu dienen. Hätte es Hunderttausende, ja Millionen solcher Männer gegeben, wäre vieles dem deutschen Volk erspart geblieben. Uns kann man in unserer Haltung weder Unloyalität noch Unsachlichkeit vorwerfen. Wir haben das getan, wozu wir uns verpflichtet fühlten, wir haben die Verantwortung in der Regierung und außerhalb der Regierung mit freudigem Herzen getragen, und es ist manchem von uns nicht leicht gefallen. Aber dem Wohl des Volkes zu dienen, ist der Grundsatz, dem wir huldigen. Also, man kann uns nicht vorwerfen, als machten wir Politik, die nicht für das deutsche Volk ist. Wir Kommunisten vertreten konsequent die Notwendigkeit der Herstellung der nationalen und wirtschaftlichen Einheit. Das ist der Grundgedanke unserer Politik. Wir sehen in der Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands die Voraussetzung, daß Deutschland in der Lage sein wird, seine Selbständigkeit zu entwickeln, um dem Wohle seines Volkes zu dienen. Wir müssen uns vor Augen führen, daß wir in jeder Beziehung überzeugt sein müssen, daß das, was wir tun, auch vor dem Volk verantwortet werden kann. Jeder Mensch muß das, was er

tut, verantworten (sehr richtig - Zuruf von der KPD). Und jeder wird eines Tages für sein Tun zur Rechenschaft gezogen. (Zuruf: Auch die SED für ihren Terror!) Ich spreche nicht vom Standpunkt seiner physischen Verantwortung, sondern vom Standpunkt seines eigenen Gewissens. Millionen von Menschen haben eingesehen, daß ihre politischen Handlungen, die sie in der Vergangenheit begangen haben, Verbrechen am deutschen Volk und der gesamten Welt waren. Entscheidend sind die Auswirkungen einer solchen Politik. Das zeigt sich leider immer erst später. Wir Kommunisten, die wir als Marxisten darauf Anspruch erheben, die Entwicklung der deutschen nationalsozialistischen Bewegung vorausgesehen zu haben, die wir vorausgesehen haben den Niedergang der deutschen Wirtschaft, die Katastrophe, die Barbarei und, worin das enden würde, warnen heute das deutsche Volk vor dem Marshall-Plan und dessen Maßnahmen. Wir warnen das Volk, weil unsere Erfahrung uns sagt, daß wir damit das Schwerkste auf uns nehmen müssen. Und ich möchte Ihnen zum Schluß die Worte sagen, die der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, gesagt hat:

„Jeder von uns wird einmal Rechenschaft darüber ablegen müssen, wie er sich zu der großen Lebensfrage Deutschlands verhalten hat. Die Geschichte ist ein unerbittlicher Richter. Lasse sich niemand dahin drängen, wo die Grenzen des objektiven Landesverrats beginnen. Wir rufen zur Besinnung alle politischen Kräfte Deutschlands auf. Fassen wir die für eine friedliche Demokratie und für ein einiges Deutschland kämpfenden Kräfte zusammen und richten wir immer wieder den gemeinsamen Appell an die Welt, daß man auch dem deutschen Volk die Selbstentscheidung über seine staatliche Einheit überlassen muß.“

Wenn der Herr Ministerpräsident von einem Zustand gesprochen hat, der eine Gefahr für unser Gebiet darstelle, und er dabei die Tschechoslowakei in Erwägung gezogen hat, möchte ich folgendes sagen: Ich achte und ehre den Ministerpräsidenten Dr. Benesch, und Sie haben alle das Recht dazu, ihn als einen großen Demokraten zu betrachten. Dr. Benesch hat die tschechische Regierung berufen, die am Ruder ist (Lachen!). Dr. Benesch war es, der gekämpft hat gegen das Münchener Abkommen, gegen die Folgen, die sich daraus ergeben haben. Er gibt die Gewähr dafür, daß die Regierung in der Tschechoslowakei vom Willen des Volkes getragen ist, Dr. Benesch ist der Garant dafür (Zuruf: Dr. Wuermeling: „Der fällt auch noch aus dem Fenster“) - Lachen.

In Gebieten Osteuropas gibt es eine Demokratie. Dort bestimmen die Völker, dort bestimmt kein Marshall-Plan über diese Völker. Dort kämpft das Volk mit blutenden Händen um seine eigene nationale Wirtschaft, und ich glaube für uns als deutsches Volk, wäre es besser, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, mit eigenen Händen die Wirtschaft zu entwickeln und Mittel abzulehnen, die politische und wirtschaftliche Forderungen enthalten, die für Deutschland den Untergang und die Versklavung bedeuten. Wenn wir mit allen Mitteln und mit aller Kraft an unsere Wirtschaftskräfte appellieren, sind wir überzeugt, daß wir nach einigen Jahren schwerer Arbeit in der Lage sein werden, unsere nationale Wirtschaft zu entwickeln und unserem Volk Frieden, Wohlstand und Freiheit zu garantieren!

Präsident Diel:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung. Wir kommen damit zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag der CDU. Ich darf ihn nochmals verlesen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Einbeziehung Deutschlands in die Organisation und das Wiederaufbauprogramm des Marshallplanes. Der Landtag erwartet, daß die damit eingeleitete wirtschaftliche Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder die Überwindung der Wirtschafts- und Ernährungsnot des deutschen Volkes und eine Abwehr aller totalitären Bestrebungen ermöglicht.“

Ich darf diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag zustimmen wollen, bitten, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich danke - ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht) - mit allen gegen sieben Stimmen der Kommunistischen Partei angenommen.

(Zuruf Abg. Betz: Ich bitte die Stimmenthaltungen festzustellen!)

Ich darf diejenigen Damen und Herren, welche sich der Stimme enthalten haben, bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Niemand!

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zu der bereits angekündigten Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers über die Ernährungslage.

Abgeordneter Dr. Zimmer - zur Geschäftsordnung: Ich bitte um eine Pause von einer Viertelstunde.

Präsident Diel:

Erhebt sich Widerspruch? Ist nicht der Fall. Dann wird die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

(Pause von 11.30 bis 12.00 Uhr.)

Präsident (nach Wiedereröffnung der Sitzung):

Ich eröffne die Sitzung. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Abgeordneter Dr. Zimmer, hat das Wort.

Abg. Dr. Zimmer:

Meine Damen und Herren! Bei der Stellungnahme meiner Fraktion zu der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten haben wir klar zum Ausdruck gebracht, um welche Entscheidung es sich handelt. (Zuruf des Abg. Buschmann: Hat an Klarheit leider gefehlt!) Darüber kann man verschiedener Meinung sein, Herr Kollege Buschmann, aber die Klarheit kann ja nachträglich noch zutage gefördert werden. (Zuruf Buschmann: Wir hoffen es!) bei dem, bei dem sie bisher noch nicht gekommen ist. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, daß es eine gewisse politische Logik gibt, eine politische Logik, die darin liegt, daß man unmöglich gleichzeitig Regierung machen kann und gleichzeitig grundsätzliche Opposition. Es ist zum Ausdruck gekommen, daß der Marshallplan so oder so das Kernstück der kommenden Politik Deutschlands, unseres Landes, ist. Wir sehen daher keine Möglichkeit, daß ein Minister im Kabinett bleibt, der gleichzeitig in der Regierung sitzen soll und gleichzeitig die grundsätzliche Politik dieser gleichen Regierung bekämpfen muß. Wir halten deshalb ein weiteres Verbleiben des Ministers Feller im Kabinett nicht mehr für möglich.

Meine Partei hat mich deshalb beauftragt, dem Landtag folgenden Antrag vorzulegen:

„Der Minister für Wiederaufbau, Feller, besitzt nicht mehr das Vertrauen des Landtages.“

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag der CDU-Fraktion gehört. Wird zur Besprechung das Wort verlangt? Das Wort hat der Minister Feller.

Staatsminister Feller:

Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Fraktion möchte ich zu dem Mißtrauensantrag Stellung

nehmen. Wir haben in der Regierung bewiesen, daß uns das Wohl unseres Volkes höchstes Gesetz ist. (Zuruf KPD.: Sehr gut!) Wir haben Tag und Nacht gearbeitet, um für unsere notleidende Bevölkerung Wohnungen zu schaffen. (Zwischenruf: Man sieht aber nichts davon!) Sie sehen aber noch die Wirkungen von der Hilfe, die schon einmal über Deutschland hereingebrochen war, und diese Wirkungen wollten wir in mühseliger Arbeit beseitigen durch den Neubau und die Reparatur von Wohnungen. Wir haben neuerdings ein Wohnungsprogramm aufgestellt, nach dem wir in diesem Jahr 10 000 Wohnungen reparieren und instandsetzen wollen, um Frauen und Kinder aus den elenden Kellerlöchern zu bringen. Wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand, um den Ärmsten der Armen, den Ausgebombten, zu helfen. Sie haben gegen uns kein sachliches Argument, daß wir unsere Pflicht gegenüber unserem Volke nicht erfüllt hätten. (Zuruf KPD.: Sehr gut!) Sie haben nur ein einziges Argument: Wir sind gegen den Marshallplan. (Zuruf KPD.: Und sie für Franco!) Sie treffen keine deutsche Entscheidung, sie treffen eine amerikanische Entscheidung. (Zuruf KPD.: Sehr gut!) Das ist nichts neues, denn Sie setzen damit nur die antikommunistische und antidemokratische Linie fort, die in Düsseldorf begann. Sie haben die höhere Anweisung, daß alle wahrhaften Antifaschisten, alle aufrechten Deutschen, die ihr Vaterland nicht nur mit Worten lieben, sondern sich in der Tat für die deutsche Einheit einsetzen, aus den Länderregierungen entfernt werden müssen. Wenn man schon von „Fernlenkung“ spricht, so ist hier der Ausdruck angebracht. Der Dollar befiehlt, und man gehorcht. (Zwischenrufe Abg. Gänger: Ist Moskau kein Ausland?) (Weiterer Zwischenruf: Moskau ist kein Ausland, wenigstens für die Kommunisten nicht!) Lieber Herr Kollege Gänger! Wenn Moskau nicht ungeheure Opfer zur Niederschlagung des Hitler-Faschismus gebracht hätte, säßen Sie heute nicht hier! (Beifall bei der KPD.) Das wollte ich Ihnen sagen.

Wir haben auch gegen Hitler gekämpft, als andere Leute sich über die Grenze verdrückten. (Zwischenrufe: Weil es gefährlich war!) (Weiterer Zwischenruf: Sagen Sie das gegen Ihren Fraktionsvorsitzenden?)

Herr Kollege Bögler: Heute stellen Sie sich in eine Front mit Franco. (Lachen.) (Beifall bei der KPD.) Wir wollen hier feststellen, daß das amerikanische Repräsentantenhaus zweimal beschlossen hatte, daß der Bluthund Franco Marshall-Hilfe bekommt. Ich weiß nicht, welche Gesellschaft würdiger ist. Mit Marshall-Franco für oder mit den Kommunisten und Antifaschisten gegen den großkapitalistischen Marshallplan. Wir lehnen es ab, uns mit Franco in eine Front zu stellen, denn gegen Franco sind deutsche Sozialisten gefallen, die dort auch Berlin verteidigten und dort für die Befreiung des deutschen Volkes kämpften. Wir treffen eine deutsche Entscheidung. Wir machen eine deutsche und unabhängige Politik (Lachen) in engster Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Welt... (Unruhe, Glocke des Präsidenten.)

Präsident:

Herr Minister Feller, Sie dürfen den übrigen Parteien nicht den Vorwurf machen, daß sie keine deutsche Politik machen.

Minister Feller (fortfahrend):

Der Herr Ministerpräsident hat uns vorgeworfen, daß wir eine ferngelenkte Politik machen würden. (Zwischenruf: Von Moskau!). Darauf müssen und werden wir antworten. Wir haben im Dritten Reich den

Mut aufgebracht und haben die Wahrheit verkündet, wir werden auch heute die Wahrheit sagen über das, was hier vor sich geht. Wir haben heute einen Weg beschritten, der für unser Volk verhängnisvoll werden wird. Mein Kollege Müller hat schon darauf hingewiesen, daß wir 1933 unser Volk schon gewarnt hatten. „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und Hitler bedeutet Krieg!“ Heute sagen wir zu unserem Volke: „Wer sich zum Marshall-Plan bekennt, geht wieder den Weg einer neuen Katastrophe.“ Deshalb müssen wir aus deutschem Gewissen heraus diesen großkapitalistischen Marshall-Plan ablehnen. Und wir werden von unserem Volk einst die Freisprechung dafür bekommen, daß wir uns in der schwersten Stunde nicht vergangen haben an unserem Volk, daß wir unser Volk nicht ausländischen großkapitalistischen Interessen geopfert haben.

Sie haben diesen Mißtrauensantrag eingebracht und werden ihn beschließen. Sie werden die Vertreter des konsequenten Antifaschismus damit aus der Regierung ausschalten, um höheren ausländischen Befehlen zu gehorchen. (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Wir kennen nur einen Befehl, nur den Befehl unseres Volkes! (Unruhe.) Und der besagt: Es wird der Tag kommen, wo wir wieder in die Regierung gehen werden. Dann werden wir eine wahre demokratische Volksregierung bilden. (Zwischenruf: Wie im Osten!) Diese Regierung wird dann Gericht halten über alle Handlanger des Dollars. (Zuruf: Aha!)

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Es ist ein zweiter Mißtrauensantrag eingegangen von der kommunistischen Fraktion, der lautet: Der Landtag entzieht der Landesregierung das Vertrauen. (Lachen.) Meine Damen und Herren! Beide Anträge bedürfen der Unterstützung. Darf ich diejenigen Damen und Herren, welche den Ur-Antrag der CDU-Fraktion unterstützen wollen, bitten, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschicht.) Danke, das ist die überwiegende Mehrheit. Die Unterstützung reicht aus.

Abg. Buschmann:

Ich bitte, die Stimmenenthaltungen festzustellen!

Präsident Diel:

Das ist in diesem Falle nicht erforderlich. Ich habe lediglich festzustellen, ob eine ausreichende Zahl von Abgeordneten den Antrag unterstützt. Das ist keine Abstimmung, sondern nur eine Feststellung der Unterstützung.

Ich darf nunmehr die Damen und Herren, welche den Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion unterstützen wollen, bitten, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschicht.) Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben... Nach der Geschäftsordnung bedarf es zur Einbringung des Ur-Antrages der Unterzeichnung oder Unterstützung durch acht Abgeordnete. Ich stelle fest, daß die Unterstützung nicht ausreicht. Der Antrag der kommunistischen Fraktion kann daher nicht angenommen und behandelt werden.

Wird das Wort zu vorliegendem Mißtrauensantrag noch verlangt? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Besprechung.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren! Nur wenige Worte! Herr Minister Feller hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß ich im Verlaufe meiner Ausführungen der kommunistischen Partei den Vorwurf der „fern-

gelenkten Politik“ gemacht hätte. Ich stelle fest, daß ich diesen Vorwurf an die Adresse der SED. gerichtet habe und stelle ausdrücklich fest, daß in diesem Falle Herr Minister Feller die KPD. identifiziert hat mit der SED. (Zuruf: So wie Sie mit Regensburg!)

Weiterhin, meine Damen und Herren, muß ich von dieser Stelle aus Einspruch erheben, wenn Herr Minister Feller die Behauptung in das Haus schleudert, daß die Regierung eine amerikanische Politik beziehungsweise eine amerikanische Entscheidung herbeizuführen sich bemühe. Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß ich mit den Mitgliedern der Landesregierung weder eine amerikanische Entscheidung noch, Herr Minister Feller, eine russische Entscheidung fälle, sondern, daß wir bei unserer Einstellung zum Marshall-Plan uns einzig und allein leiten lassen von dem Gefühl, für unser Volk tätig zu sein, für unser Volk in dieser Notzeit das Beste herauszuholen und daß uns darüber hinaus der eine Gedanke und das eine Ziel leitet, durch die Mitarbeit am Marshall-Plan eine Befriedung Europas und der Welt herbeizuführen. (Beifall.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt (SPD.):

Abg. Schmidt:

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur auf zwei Bemerkungen des Herrn Minister Feller eingehen, auf die erste, wir gehorchten einem fremden Befehl, und die zweite, sie würden sich vorbehaltlos, eines Tages über uns zu Gericht zu sitzen. (Zuruf der KPD.: Ihr habt wohl Angst!) (Zuruf Abg. Bögler, SPD.: Angst vor euch?)

Die sozialdemokratische Partei leitet ihre politischen Entscheidungen nur von ihrem eigenen Gewissen ab, getreu der alten demokratischen Tradition. Für uns ist weder der Befehl noch der Wunsch einer fremden Macht entscheidend. Wir sind immer der Auffassung gewesen, daß wir weder Nutznießer noch Willensvollstrecker einer fremden Besatzungsmacht in Deutschland zu sein haben. (Zuruf Abg. Bögler, SPD.: Und haben es bis heute bewiesen!) Wir haben ausschließlich unsere politischen Handlungen von den Interessen der von uns zu vertretenden Volkskreise abgeleitet. Wenn man aber von Fernlenkung spricht, darf man doch wohl feststellen, daß keine politische Partei in ihrer Willensbestimmung so abhängig ist wie die kommunistische Partei (Sehr richtig!), da sie ausschließlich in allen Fragen nur nach Befehl Moskaus handelt. (Zwischenruf KPD.: Das haben die Nazis auch schon einmal gesagt!), was so weit geht, daß sie die selbstverständlichen menschlichen Prinzipien, die wir doch zu verteidigen haben, nicht mehr auf ihr Panier schreibt.

Wann haben Sie einmal Ihre Stimme in der Frage der Kriegsgefangenen erhoben? Wann haben Sie Ihre Stimme in der Frage der so verhängnisvollen Ostpolitik erhoben? (Sehr richtig!) Wann haben Sie einmal gefragt, welche verhängnisvollen Auswirkungen die Tatsache für unser Volk bedeutet, daß die bisherigen landwirtschaftlichen Versorgungsgebiete ohne Akt internationaler Gerechtigkeit einfach abgetrennt worden sind? (Anhaltender Beifall.) (Zwischenruf Abg. Bögler, SPD.: Woher kommt die Frage der Kollektivschuld?)

Wann haben Sie einmal Ihre Stimme erhoben gegen die Mißachtung jeder persönlichen Freiheit? Wann sind Sie in die Schanzen getreten, als in den deutschen Ostgebieten wieder die Polizei-Nachkolonnen in Erscheinung traten? (Zwischenruf der KPD.: Oho!) Wir haben

vergeblich auf eine Stimme in Ihrem Lager gehofft, wo auch die Prinzipien der persönlichen Freiheit verteidigt werden. (Unruhe und Glocke des Präsidenten.)

Wir nehmen in Anspruch: Wir lassen unsere politischen Handlungen von dem Gesichtspunkt leiten, wie wir sie im Interesse des deutschen Volkes für richtig erachten. Von dieser Grundhaltung wird uns auch keinerlei Drohung abbringen, denn wir wissen, daß Sie, meine Herren, schon seit Monaten mit der Entwicklung einer politischen Furcht in Deutschland arbeiten. Es ist uns schon lange bekannt, daß Sie mit denen spekulieren, die heute bereits in Ihrem Lager wieder eine Art politische Rückversicherung suchen, genau so wie die gleichen Kreise 1933 in anderen Lagern eine politische Rückversicherung suchten. (Unruhe.)

Es ist bekannt, daß Ihre nachgeordneten Funktionäre unseren Funktionären gegenüber seit Monaten mit dem Hinweis arbeiten: Wenn die Sowjet-Armeen ihre Pferde im Rhein tränken, werden wir mit euch abrechnen! (Zuruf Abg. Buschmann, KPD.: Das wird von Ihnen verbreitet!) Ich habe eine Bestätigung in der Erklärung des Herrn Ministers Feller gefunden, in der er darauf hinweist, wir würden zur Rechenschaft gezogen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren von der kommunistischen Partei! Dieser Rechenschaft sehen wir zu jeder Stunde entgegen. (Zwischenruf Abg. Buschmann, KPD.: Na, schön!) Es wird Ihnen schwer fallen, uns nur eine Minute nachweisen zu können, daß wir jeweils im Dienste einer fremden Macht gestanden hätten. (Zwischenruf der KPD.: Franco!) Wenn hier das Wort Franco eingeschaltet wird: Die Stunde ist zu ernst und die Zeit nicht ausreichend genug, um über gewisse Fragen der Vergangenheit sprechen zu können. Es war Ihr größter politischer Irrtum, als man die Parole ausgab: Hitler gleich Severing, Severing gleich Hitler! (Zuruf KPD.: Das haben wir nicht gesagt!) Sie haben diesen Irrtum bezahlt, als Tausende von Funktionären in die KZ. gegangen sind. Es war Ihr größter politischer Irrtum, als Sie 1932 Arm in Arm mit den Nazis an die Wahlurne gingen, um das demokratische Preußen zu stürzen. (Beifall.)

(Zwischenruf Abg. Müller, KPD.: Bei wem haben Sie Ihren Geschichtsunterricht gehört?)

Es wäre gut, wenn Sie Ihren Geschichtsunterricht nicht nur aus einer Fibel herholen würden! (Sehr richtig! Zwischenruf Abg. Bögler, SPD.: Sie beziehen Ihren Geschichtsunterricht aus Moskau!) (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) (Weiterer Zwischenruf: Aber ich werde Ihnen demnächst Ihre Sünden aufzeichnen!) (Erneuter Zwischenruf: Kann man nicht die Herren Abgeordneten auffordern, sich zu Wort zu melden?) (Weiterer Zuruf: Dazu fehlt Ihnen der Mut!)

Ich wollte nur feststellen, daß wenn die SPD.-Fraktion heute der Politik, wie sie der Herr Ministerpräsident hier aufgezeigt hat, ihre Unterstützung leiht, daß diese Unterstützung lediglich eine Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Bemühungen darstellt, die bisher seitens der Kommunistischen Partei unterstützt wurde. Wenn Ihr Fraktionsredner heute morgen fragt: Woher nimmt der Herr Ministerpräsident das Recht, im Namen der Regierung eine Erklärung abzugeben?, darf ich darauf hinweisen, daß Sie bei der Beratung des Etats dem Herrn Ministerpräsidenten das Vertrauen ausgesprochen haben, wie wir als SPD. es nicht in diesem Ausmaße ausgesprochen hätten, weil wir gewohnt sind, immer politische Vorsicht walten zu lassen. Der Herr Ministerpräsident war daraufhin berechtigt, für seine weiteren politischen Handlungen

auch Ihrer Partei keine andere Erklärung abzugeben, wie er sie früher schon in seinen politischen Vorträgen dargelegt hat. Nur ist heute der Punkt gekommen, wo man eine bestimmte Konsequenz ziehen muß. Ich habe vergeblich darauf gehorcht, ob es Ihren Rednern möglich wäre, uns einen Plan zu entwickeln, wie Deutschland und wir in unserem Land heute aus der Situation herauskommen sollen. Das allein ist entscheidend. Entscheidend ist nur die Frage: Welche Möglichkeiten gewinnen wir, um einen neuen Aufstieg vorzubereiten? Wenn Sie uns einen Plan hätten entwickeln können, wie ohne Beziehungen auf ausländische Hilfe die Not zu überbrücken wäre, wir Sozialdemokraten hätten mit freudigem Herzen diesem Plan unsere Zustimmung gegeben. Nachdem wir zur Erkenntnis kommen müssen, daß wir ohne Hilfeleistung keinen Ausweg finden, müssen wir die Hilfeleistung annehmen, die sich uns bietet. Wir lehnen es ab aus Gründen eines politischen Abhängigkeitsverhältnisses, unser Volk auch nur eine Minute länger hungern zu lassen, als es notwendig ist. Nur allein das ist entscheidend für unsere Entscheidung. Es ist unsere Hoffnung, daß sich ein Weg öffnet, der uns allmählich zu besseren Lebensmöglichkeiten führt. Wenn Sie uns diesen Weg in anderer Form gezeigt hätten, wir hätten darüber diskutiert. Aber weil Sie das nicht taten, müssen Sie uns gestatten, daß wir den Weg mitgehen, der uns diese Hoffnungen erfüllen läßt. (Beifall.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Müller (KPD.):

Abg. Müller:

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die letzten Ausführungen des Abgeordneten Schmidt doch einiges sagen: 1. Er fragt uns, was wir Kommunisten in der Frage der Kriegsgefangenen getan hätten. Herr Abgeordneter Schmidt! Wir haben auf dem 14. Parteitag der Kommunistischen Partei von Rheinland-Pfalz eine Entschliebung gefaßt, die verlangt hat, daß sobald wie möglich sämtliche Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückgeführt werden. (Zwischenruf: Aus allen Ländern!) 2. Wir Kommunisten haben niemals eine Kollektivschuld des deutschen Volkes anerkannt, niemals! Wir haben immer differenziert und haben Unterschiede gemacht. 3. Wir haben niemals in einer Anweisung an unsere Partei oder irgendeine Stelle auch nur ein Wort davon gesagt, daß eines Tages die Sowjet-Armee am Rheine stehen würde. Das ist eine Lüge. Es existiert dafür kein Dokument und keine Unterlage.

Präsident Diel:

Herr Abgeordneter! Den Ausdruck „Lüge“ dürfen Sie nicht gebrauchen. (Zwischenruf Abg. Buschmann, KPD.: Angstträume!)

Abg. Müller:

Ich möchte betonen, daß es mir fernliegt, irgendeinen Abgeordneten der Lüge zu bezichtigen. Nun die Frage, ob wir einen Wirtschaftsplan vorgelegt haben. Wir haben in diesem Hause schon des öfteren darauf hingewiesen, daß in Deutschland die Entwicklung der Wirtschaft durch die Volksinitiative entwickelt und alle Kraft eingespannt werden muß. Dazu ist notwendig, daß man die zerstörenden und hemmenden Kräfte in der Wirtschaft beseitigt, die Kräfte, die in der Wirtschaft sabotieren, weil sie nicht wünschen, daß sich die Demokratie in Deutschland entwickelt. Wir haben verlangt, daß die Konzerne aufgelöst werden und die Bodenreform durchgeführt wird, die den Bauern die Möglichkeit gegeben hätte, den Boden zu bearbei-

ten, stattdessen der Boden von Spekulanten weggenommen wird. Wir haben darauf gefordert, daß ein deutscher Wirtschaftsplan entwickelt werden muß, in dem wir alle deutschen Wirtschaftskräfte uns zunutze machen und alle Voraussetzungen in Erwägung ziehen, die dazu die Möglichkeit bieten. Wir Kommunisten sind diejenigen, die das Volk warnten, einer Kriegspsychose zum Opfer zu fallen. Wir sind diejenigen, die es wagen, zu sagen: Es hängt vom Willen des Volkes ab, Kriege zu verhindern, weil Sowjet-Rußland den Frieden wünscht. Wir Kommunisten haben in allen Fragen die Interessen des Volkes vertreten. Wir sind nicht ferngelenkt, unsere politische Haltung wird entschieden von unserer Organisation.

Präsident Diel:

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Besprechung.

Meine Damen und Herren! Nach den Bestimmungen der Verfassung, Artikel 99, kann über einen Minister oder das Kabinett erst abgestimmt werden am zweiten Tage nach Schluß der Aussprache. Die Abstimmung kann also erst erfolgen am kommenden Freitag, übermorgen, falls nicht der Mißtrauensantrag sich in der Zwischenzeit durch den Rücktritt des Herrn Ministers erledigt hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, nunmehr in die Mittagspause einzutreten. Wie lange soll sie sein? - Also anderthalb Stunde. Ich darf die Damen und Herren bitten, um vierzehn Uhr pünktlich hier wieder zu erscheinen.

Wiedereröffnung der Sitzung nach der Mittagspause um 14 Uhr.

Präsident Diel:

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Stübinger:

Staatsminister Stübinger:

Meine Damen und Herren! Wenn heute das Parlament von Rheinland-Pfalz nach eineinhalb Jahren seiner Tätigkeit sich einmal wieder wie in fast jeder Tagung mit dem Problem der Ernährung beschäftigt, so geschieht das in einem Zeitpunkt, der als sehr ernst und kritisch zu bezeichnen ist. Denn vor uns liegen noch drei schwere Monate, die überwunden werden müssen, bis wir den Anschluß an die neue Ernte geschafft haben, Monate, die auch in normalen Zeiten schon z. B. in der Kartoffelversorgung zu Stockungen Anlaß gaben. Umso mehr wird dies 1948 der Fall sein, in einem Jahre, dem nicht nur der verlorene Krieg, sondern auch eine Mißernte voranging, wie wir sie vielleicht seit Jahrhunderten nicht erlebt haben.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich Ihnen zunächst in großen Zügen einen Überblick über den derzeitigen Stand unserer Ernährungslage gebe. Die Situation auf dem Sektor der Ernährung ist als ernst zu bezeichnen, insbesondere dadurch, daß Rheinland-Pfalz fast ausschließlich auf Lebensmittelzufuhren von außen angewiesen ist. Denn die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Die Lage auf den einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugungsgebieten ist folgende:

Getreide: Bei einer Gesamtanbaufläche von 197 320 Hektar an Weizen, Roggen und Gerste betrug das Gesamtablieferungssoll für das laufende Getreidewirtschaftsjahr insgesamt 54 000 t Brotgetreide. Erfaßt wurden bis zum 1. April 1948 87 598 t. Die Mehrablieferung resultiert jedoch zum größten Teil aus den von der Militärregierung ursprünglich für Futterzwecke vorgesehenen Gerstenmengen von insgesamt 22 250 t,

die infolge der ungünstigen Ernährungslage nicht dieser Bestimmung zugeführt werden konnten, sondern ebenfalls für die Brotversorgung in Anspruch genommen wurden. Auf alle Fälle ist heute festzustellen, daß das Ablieferungssoll in Brotgetreide von unserer heimischen Wirtschaft mustengültig erfüllt wurde. (Bravorufe.) Mit den zur Zeit vorhandenen Getreide- und Mehlbeständen beim Handel, in den Mühlen und Bäckereien von insgesamt 10 000 t ist die Brotversorgung bei den derzeitigen Rationen, das heißt bei einem durchschnittlichen Monatsbedarf von 14 000 t, für etwa 20 Tage gesichert. Die Brotversorgung wird auch weiterhin bis zum Anschluß an die neue Ernte nur durch Importe aufrecht erhalten werden.

Milch und Fett: Die Milchablieferung ist in der zweiten März-Dekade um 124 000 kg auf 4 244 000 kg zurückgegangen. Der Rückgang erklärt sich aus den ihnen ja allgemein bekannten Gründen, wie Kraftfuttermangel, Mangel an Futtermitteln überhaupt, bedingt durch die schlechte letztjährige Ernte, vor allen Dingen aber durch die schlechte Qualität unseres gewaltig gesunkenen Milchviehbestandes. Wir haben die Hoffnung, daß durch das günstige Frühjahrswetter wir in wenigen Tagen zum ersten Grünfutter kommen und dadurch unsere Milchleistung wieder steigern können.

Mit der Milchversorgung aufs engste verknüpft ist das schwierigste Problem unserer Ernährungswirtschaft, die Fettversorgung. Der durchschnittliche monatliche Bedarf beträgt bei einer Zuteilung von 250 g an Normalverbraucher 850 t. Hiervon können im Augenblick durch Eigenerzeugung nur rund 330 t abgedeckt werden, während die restliche Menge in Höhe von 520 t durch Einfuhren getätigt werden muß. Durch solche Freistellungen der Militärregierung konnte die Märzration für das gesamte Land noch vor den Osterfeiertagen ausgegeben werden. Das Land Württemberg hat für den Monat April dem Land Rheinland-Pfalz 130 t Butter zu liefern. Der gesamte Auslieferungsrückstand von Württemberg beträgt zur Stunde 264 t. (Hört, hört!) Auch die stockende Versorgung mit Käse ist nur darauf zurückzuführen, daß das Land Württemberg mit 253 t im Rückstand ist, die es neben seiner Aprillieferung in Höhe von 262 t noch zu erfüllen hat.

Vieh und Fleisch: Auch trotz der Aufhebung des Großviehschlachtverbotes ist die Durchführung der Fleischversorgung äußerst schwierig. Nur mit größter Anstrengung konnten die aufgerufenen Rationen aktiviert werden. In einzelnen Kreisen wie zum Beispiel Mainz, Worms und Ludwigshafen ist uns dies nicht vollständig gelungen. In diesem Zusammenhang macht uns, wie ich schon eingangs erwähnt habe, der katastrophale Rückgang unserer Milchviehbestände die ernstesten Sorgen. Sie werden überrascht sein, wenn ich Ihnen sage, daß nach der letzten Viehzählung vor einem Vierteljahr unsere Milch- und Fahrkuhbestände im Vergleich zu 1938 einen Rückgang von 25 Prozent aufweisen (Hört, hört!), der in Baden 17 Prozent und in Württemberg nur 11 Prozent beträgt. Der von der Militärregierung in Baden-Baden aufgestellte Fleischplan für das Wirtschaftsjahr 1948 ist für das Land Rheinland-Pfalz undurchführbar, da er unsere Viehbestände derartig dezimieren würde, daß der Zusammenbruch unserer heimischen Landwirtschaft kaum mehr aufzuhalten wäre. Bei der Erfüllung der Märzauflage waren wir bereits gezwungen, sehr stark in unsere Zuchtbullen- und Fahrtierbestände einzugreifen. Die Hauptursache dafür ist die Auflage von A- und B-Tieren, die infolge der schlechten Futterverhältnisse des letzten Jahres in diesen Qualitäten fast nicht mehr zu finden sind. Bezüglich der Auflage für den Monat April stehe ich auf dem Standpunkt, daß

ich keine Verantwortung für die Erfüllung dieser Auflage übernehmen kann. Auch die Militärregierung kennt diese Schwierigkeiten und hat daher für morgen eine Besprechung der drei Länderminister in Baden-Baden mit Herrn General Lillien angesetzt, bei der eingehend nochmals der Fleischplan 1948 zur Debatte steht. Ich werde bei dieser Gelegenheit an die Militärregierung die dringende Bitte richten, unsere Notlage zu berücksichtigen und die Erfüllung unserer Aufgaben uns durch Ermäßigung der Auflagen zu erleichtern. Kann die Befreiung von der Auflage nicht hundertprozentig erreicht werden, so mögen wenigstens die Qualitätsanforderungen in A- und B-Tieren auf ein erträgliches Mindestmaß reduziert werden.

Wir kommen zur Kartoffelversorgung: Auf die Lieferrückstände von Württemberg in Höhe von 10 835 t ist in der vergangenen Woche ein Waggon für Pirmasens eingetroffen. (Hört, hört!) Auf unsere Veranlassung begibt sich der Leiter des Referats Kartoffeln im Laufe dieser Woche noch nach Tübingen, um die Verladungen in Württemberg zu beschleunigen. Außerdem sind Vertreter der Städte Pirmasens und Kaiserslautern in den württembergischen Lieferkreisen für die Verladung tätig.

Für die Versorgung der Zivilbevölkerung und Zuglompfänger werden heute noch rund 46 000 t Kartoffeln benötigt. Gegen Speisekartoffeln sollen 5000 t Saatkartoffeln umgetauscht werden. Darüber hinaus wurde uns am Freitag durch die Militärregierung mitgeteilt, daß 5000 t Speisekartoffeln aus Belgien und weitere 1760 t für die Kartoffelversorgung in den nächsten Tagen importiert werden sollen. Nach Mitteilung der Militärregierung sind diese Importe nur für die Prioritätsstädte vorgesehen. Der Ministerrat, der gerade tagte, als diese Mitteilung eintraf, faßte den einstimmigen Beschluß, unter allen Umständen den Herrn Generalgouverneur darum zu bitten, daß bei der Verteilung auch die Landkreise berücksichtigt werden müssen, da hier in Einzelfällen besonders krasse Rückstände zu verzeichnen sind.

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, daß ich in diesem Zusammenhang ein Problem berühre, das mir besonders am Herzen liegt, und zwar das Problem der Saatkartoffeln. Bedingt durch die scharfen Erfassungsmaßnahmen bei der Speisekartoffelversorgung ist ein sehr großer Teil unserer Saatkartoffelreserven angegriffen worden. Nach dem Anbauplan, der im vorigen Herbst entsprechend der Anordnung der Militärregierung an die Landwirtschaft herausgegeben wurde, soll im Jahre 1948 die Kartoffelanbaufläche gegenüber dem Vorjahr, in dem das Anbausoll 88 000 ha betrug, auf 140 000 ha vergrößert werden. Für die 110 000 ha sollte das Saatgut aus der eigenen Ernte zurückgestellt werden. Für 30 000 ha war eine Einfuhr von 60 000 t Saatkartoffeln vorgesehen. Infolge der ungewöhnlich niedrigen Erträge des Vorjahres konnte der bis jetzt erreichte Stand der Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unvermeidlich nur zum großen Teil auf Kosten der in den Betrieben lagernden Saatgutbestände erfolgen. Nach den bei mir vorliegenden Berichten ist mehr als die Hälfte des selbsterzeugten Saatgutes als Speisekartoffeln erfaßt worden. Die Einfuhr beträgt nach den neuesten Mitteilungen der Militärregierung 92 700 t, von denen bis jetzt rund 35 000 t eingetroffen sind. Angesichts dieser Lage ist es gänzlich unmöglich, an eine Ausweitung des Kartoffelanbaues zu denken. Es wird voraussichtlich kaum möglich sein, die vorjährige Anbaufläche zu erreichen. Meine nachgeordneten Dienststellen wurden angewiesen, auf eine möglichst sparsame Saatgutverwendung hinzuweisen. Ich selbst bin

fest davon überzeugt, daß die Landwirte von sich aus schon alles tun werden, um auf der Flächeneinheit mit weniger Saatkartoffeln auszukommen, als es in normalen Jahren üblich ist. Zu meinem großen Leidwesen sind die wiederholten Versuche, noch weitere Saatkartoffelmengen, die von auswärtigen Stellen angeboten wurden, hereinzubekommen, bis jetzt fehlgeschlagen. Es ist äußerst bedauerlich, daß die in europäischen Ländern noch verfügbaren Saatkartoffeln nicht dorthin gelenkt werden können, wo sie infolge der Hungernernte des Vorjahres dringend benötigt würden. Es bleibt uns nur die eine Hoffnung, daß der Herrgott uns 1948 günstigere Witterungsverhältnisse bescheren möge als im Jahre 1947.

Ich glaube wohl, daß infolge der geringen Lebensmittelzuteilung in wenigen Wochen in unseren Städten und Landgemeinden der größte Teil der zur Verfügung gestellten Speisekartoffeln aufgegessen sein wird. Ich habe bei der letzten Verhandlung im Zentralauschuß für Ernährung, die hier in Koblenz zusammen mit den Spitzen der französischen Militärregierung abgehalten wurde, auf den äußerst großen Ernst der Situation für die nächsten drei Monate hingewiesen, den wir hier in der städtereichen nordfranzösischen Zone viel stärker empfinden werden und müßten als in Baden und Württemberg. Aus diesem Grunde müßte aber in erster Linie, wenn eine Zentralverwaltung in Baden-Baden überhaupt einen Sinn hätte, dafür gesorgt werden, daß in der gesamten französischen Zone gleichmäßige Rationen ausgegeben werden. (Sehr richtig!) So sei es nicht angängig, meine Damen und Herren, daß Württemberg seinen Normalverbraucher auf dem Lande drei Zentner und in den Städten 360 Pfund Kartoffeln zuteilen würde (Hört, hört!), dabei aber seit Monaten nicht daran denke, seine Lieferrückstände an Kartoffeln, die heute noch über 10 000 t betragen, zu aktivieren. Als verantwortlicher Ernährungsminister für Rheinland-Pfalz habe ich daher zunächst einmal die Forderung erhoben, den fehlenden Kalorienrückstand, den wir gegenüber Württemberg und Baden zu verzeichnen haben, durch Sonderzuteilung an Mehl, Hülsenfrüchten oder Teigwaren auszugleichen. Darüber hinaus wäre es dringend notwendig, die Brotration bis zum Anschluß an die neue Ernte auf 300 g zu erhöhen. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Es ist im allgemeinen nicht damit getan, daß wir hier in der Landtagssitzung eine laufende Reihe von Anträgen stellen über die Erhöhung der Zulagen für einzelne Kategorien und sie zum Fenster hinausreden. Wir müssen uns darüber im klaren sein: Wir müssen endlich einmal auf eine Ration kommen, auch für die Ärmsten der Armen, für die Normalverbraucher, die tragbar ist (Sehr richtig!), und das muß unsere erste Forderung sein. Im übrigen, um noch einmal auf den Ausgleich innerhalb unserer Zonen zu kommen, möchte ich noch einmal folgendes feststellen: Sollte es dem Zentralauschuß für Ernährung in Baden-Baden nicht möglich sein, in dieser Hinsicht seine Aufgabe zu erfüllen, so weiß ich nicht, wozu Rheinland-Pfalz jährlich für eine derartige Institution 150 000 RM. bezahlen soll.

Meine Damen und Herren! Es ist kein rosiges Bild, daß ich Ihnen über die Ernährungslage unseres Landes entrollt habe. Ich bin mir dessen wohl bewußt. Ich will auch keine Versprechungen machen. Die Situation ist ernst und die kommenden Wochen werden alles an Kraft, an gutem Willen und Arbeit von uns verlangen, wenn wir die Lage meistern wollen. Eines jedenfalls ist gewiß: Aus eigener Kraft und aus eigener Scholle können wir es nicht. Substanz ist nicht mehr vorhanden. Wir richten unseren Blick über das Land hinaus und rufen den Völkern zu, sich der Notleidenden

unseres Volkes anzunehmen. Wir wollen mithelfen am Bau des neuen Europa und eines neuen Geistes in der Welt. Vorausbedingung aber ist die Befreiung aus der Not. Ist es den Völkern tatsächlich ernst mit dem Aufbau, so haben sie die heilige Verpflichtung vor der Welt und ihrem Gewissen, den Darbenden Hand und Hilfe zu reichen. Unsere Arbeit wird es der Welt einst danken. (Bravo und Händeklatschen.)

Präsident Diel:

Ich eröffne die Besprechung über die Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers in Verbindung mit den genannten Punkten der Tagesordnung. Das Wort hat Abgeordneter Demmerle (CDU).

Abg. Demmerle:

Meine Damen und Herren! Der Landwirtschafts- und Ernährungsminister, Herr Stübinger, hat uns ein Bild gezeichnet, das erschütternd ist. Für 20 Tage haben wir noch Getreide, aber zu Befürchtungen sei kein Anlaß. Mir scheint, daß der Vorrat doch etwas zu wenig ist. In Milch und Fett sieht es viel trüber aus. Wir können nur ein Drittel selbst erzeugen. Das andere müssen wir einführen, und das Land Württemberg-Baden ist uns noch ganz schöne Rückstände schuldig. Vieh und Fleisch: Unsere Milchtiere sind seit 1938 um 25 Prozent zurückgegangen und die, welche noch dastehen, sind mager geworden, sie haben noch Haut und Knochen, weil sie ja kein Leistungsfutter, noch nicht einmal Erhaltungsfutter erhalten können, denn Stroh ist kein Erhaltungsfutter. Deshalb können sie uns die Milch nicht liefern, die Milchleistung geht noch zurück, und um das Fleisch aufzubringen, müssen wir die doppelte Kopfzahl an Tieren abliefern, so daß wir sehr rasch ans Ende unserer Viehbestände kommen. Wenn uns der Herr Minister sagt, daß er gegen das Fleisch-Soll Protest eingelegt hat, so muß derselbe unterstützt werden. Nein!, wir können nicht mehr, wenn unsere Viehbestände nicht restlos vor die Hunde gehen sollen. Es muß endlich hier in den Verhandlungen einmal klipp und klar gesagt werden, daß wir am Ende unserer Kraft sind. Bezüglich der Kartoffeln haben wir gehört, daß noch 46 000 t Speisekartoffeln fehlen. Es seien uns nun etwa 17 000 t zugesichert, es fehlen noch 10 000 t aus der südlichen Zone, mit welchen aber nicht mehr zu rechnen ist, so daß immer noch 30 000 t Speisekartoffeln fehlen. Das kann nur wettgemacht werden, wenn man dem Volk Ersatz gibt in gleichwertigen Nahrungsmitteln, vor allen Dingen an Brot. Ich glaube nicht, daß die Erhöhung auf 300 g täglich ausreichen wird, wir müssen schon eine Erhöhung auf 500 g täglich fordern. Und dafür müßte das Getreide eingeführt werden. Ebenso bräuchten wir Hülsenfrüchte und Teigwaren, sowie mehr Fische als Ersatz für Fleisch.

Schlimmer sieht es jedoch noch aus auf dem Gebiet der Saatkartoffeln. Wenn wir im vergangenen Jahr 88 000 ha mit Kartoffeln bepflanzt hatten, dürften wir von den 140 000 ha, die wir anpflanzen sollen, gar nicht reden. Dieses Jahr, so haben wir gehört, können wir diese 88 000 ha noch nicht pflanzen, weil das Saatgut fehlt. Wir werden höchstens 65 000 ha erreichen. Ich möchte die Zahlen nennen, um die es geht. Aber auch hier ist es so, daß dieses Saatgut im gesamten Rheinland-Pfalz sehr schlecht verteilt ist. Es gibt Kreise, die bis zu 70 bis 80 Prozent Saatgut haben, während es Kreise gibt, die noch keine 20 Prozent haben und nicht wissen, wo es herkommen soll. Ich kann da von meinem Kreis selbst reden, der noch keine 20 Prozent Saatkartoffeln hat. Der Nebenkreis Kirchheim-Boland ist genau so ausgepowert und dort sieht es auch so aus. Diese Frage duldet keinen Aufschub mehr, denn wenn nicht bald

Gewißheit wird, daß Saatgut kommt, müssen entweder die Felder mit Getreide, soweit noch Saatgut vorhanden ist, eingesät werden, oder sie bleiben brach liegen. Hier ist also höchste Eile notwendig. Selbst Hafer fehlt sozusagen restlos.

Wir haben dann noch die Schlußbemerkung des Herrn Ministers gehört. Das ganze zusammengefaßt, ist ein Notschrei an die Welt. All die Anträge, welche wir heute hier in unserer Tagesordnung und morgen zu bewältigen haben, welche mit der Erklärung des Ministers verbunden worden sind - der Herr Minister erklärt, es seien Reden zum Fenster hinaus -, ich möchte sagen, sie sind etwas anderes. Es sind Verzweiflungsanträge, die wenigstens Teilen unseres Volkes noch da und dort eine Besserung zu verschaffen suchen, deshalb sind die Anträge berechtigt. Wir müssen die Ernährung auf einen Nenner bringen, eine gleichmäßige, gerechte Verteilung bei genügender Zuteilung der Nahrungsgüter.

Wenn wir die Ernährungslage von heute zusammenfassen, wirft sich die Frage auf: Trifft die Landesregierung an diesem Zustand von heute eine Schuld? Ich sage nein. Denn nach der Verordnung des Generals Koenig Nr. 95 kann ja die Landesregierung nicht selbständig handeln. Sie kann weder Ausführen noch Einführen tätigen, und von der Einfuhr hängt jetzt die Überbrückung bis zur neuen Ernte ab, denn bei den Bauern ist nichts mehr zu holen. Das Land Rheinland-Pfalz konnte sich auch in normalen Friedenszeiten nicht selbst ernähren. Es war auf Einfuhr angewiesen. Dazu kommt der verlorene Krieg, dazu kommt das Katastrophenjahr 1947, das uns eine sehr schlechte Ernte beschert hat. Durch die Zwangswirtschaft ergaben sich auch Fehlleitungen, die sehr oft vermeidbar wären. Wir brauchen also mehr Vollmachten für unsere Landesregierung, daß sie selbständig handeln kann.

Wie sieht es nun auf dem Lande und in den Städten, besonders aber heute auf dem Lande bei den Normalverbrauchern, aus? Täglich werde ich bestürzt als Bürgermeister und ebenso aus allen Teilen der Pfalz als Abgeordneter. Es ist ein einziger Notschrei des Volkes, und der heißt Hunger. Das Volk ist gleichgültig geworden gegen alles. Von Politik will es nichts mehr wissen. Die Demokratie nennen sie Hungerdemokratie. Am meisten aber ist das Volk über die ungleiche Verteilung der Lebensmittel in Stadt und Land aufgebracht. „Ihr habt doch den Antrag im Landtag eingebracht, daß nun gleichmäßig verteilt wird. Warum geschieht es nicht?“ so wird die Frage gestellt. „Wenn eure Beschlüsse nicht durchgeführt werden, was schafft ihr in Koblenz? Bleibt doch zu Hause. Wir wollen endlich, drei Jahre nach Friedensschluß, uns satt essen können. Ihr redet von Demokratie und Europa-Union. Was sollen wir damit? Kann es eine Union geben zwischen Satten und Hungernden?“ (Zuruf: Niemals!) Ich habe erlebt, daß aus glühenden Pazifisten durch den Hunger Nationalisten geworden sind. Es schwelt unter der Oberfläche, es geht nicht mehr. Unser Volk ist am Ende seiner Kraft, und es will leben, will wiedergutmachen und arbeiten. Dazu muß es aber Nahrung haben, Nahrung, um Kraft zu sammeln für die Arbeit. Wir brauchen endlich gleichmäßige und ausreichende Nahrungsmittel für unser Volk in Stadt und Land. In vielen Versammlungen habe ich dem Volk gesagt, wir sind am Ende mit unserer eigenen Kraft, hier kann nur noch der Herrgott helfen. Der Herrgott aber braucht nur die Lenker der Überschußstaaten zu erleuchten und ihnen den klugen Gedanken einzugeben, daß sie unser Volk nicht verhungern lassen dürfen, wenn sie vor der Geschichte bestehen wollen. Vor

etwa 2400 Jahren, man kann das in der Geschichte nachlesen, haben die Griechen und die Spartaner Krieg miteinander geführt. Die Griechen haben den Krieg verloren. Sie bekamen Hungersnot, und in der Hungersnot, in ihrer Verzweiflung, nahmen sie leere Säcke und gingen zu den Spartanern. Sie hielten ihnen die Säcke vor und sagten: „Wir haben nichts mehr zu essen, gebt uns zu essen.“ Die Spartaner, welche sehr wortkarg waren, erwiderten ihnen: „Dazu hätte es der vielen Worte nicht bedurft, das Vorzeigen der leeren Säcke hätte genügt.“ Sie gaben ihnen Lebensmittel und die Griechen brachten diese nach Hause. Das kann man also heute noch in der Geschichte lesen, wie ein unterlegenes Volk von dem Siegerstaat Lebensmittel erhielt, daß es nicht restlos verhungere. Und so mögen auch unsere Siegerstaaten aus dieser Geschichte lernen, daß auch von ihnen nach 2000 Jahren noch geschrieben werden kann, wie edel sie die Besiegten behandelt haben und nicht verhungern ließen. (Zuruf Betz: Heute gibt es keine Säcke mehr! - Lachen.)

Noch eine Bitte haben wir zum Herrgott, daß er uns 1948 ein gesegnetes Jahr schenken möge. Nicht Erfassung und Verteilung sind das Primäre, sondern die Erzeugung. Neben dem Gottesseggen für das Gedeihen brauchen wir Düngemittel. Gebt uns mehr Düngemittel! Wir brauchen aber auch Saatgut, Saatkartoffeln in erster Linie. Sie müssen beschafft werden, denn mit nur 65 000 ha Anbaufläche könnte die Katastrophe in diesem Jahr noch größer werden.

Ich habe Ihnen vorhin gesagt, wie es in den einzelnen Kreisen bereits aussieht. In einem Kreis sind mehr, im anderen weniger vorhanden. Schnell muß meines Erachtens gehandelt werden. Schon gibt es eine Masse von Brachäckern. Wenn nun der Bauer das Feld bestellt hat, ist es ein fürchterliches Ereignis, wenn er am nächsten Morgen das Feld ungewöhnt findet. Ich habe es erlebt in meiner Gemeinde, daß im Herbst die Felder, die mit Roggen bestellt waren, zum Teil über Winter von den Wildschweinen umgestürzt wurden. Sie wurden neu mit Hafer und Gerste bestellt. Schon wieder von den Wildschweinen umgestülpt! Was sollen die Bauern aussäen? Es ist aus in diesen Gegenden. Heute haben wir große Strecken gefährdeten Feldes, die von den Wildschweinen, die in unzähligen Mengen heute vorhanden sind, umgewöhnt werden. Wenn man kein Pulver und kein Blei mehr hat, um sie zu vernichten, dann gebt uns Gift, damit sie endlich ausgerottet werden. Denn die Wildschweine sind die größten Schädlinge, der größte Feind unserer Volksernährung von heute. Es muß nun ernstlich etwas geschehen, um dieser Wildschweinplage endlich Herr zu werden. Worte sind darüber wirklich genug gewechselt worden. Stumpfsinn hat unser Volk erfaßt. Sorgen Sie, meine Herren der Landesregierung, und sagen Sie es den Herren der Militärregierung, daß auch sie dafür sorgt, diesen Stumpfsinn durch äußerste Anstrengung zu beseitigen, durch rasche Anstrengung, sonst könnte dieser Stumpfsinn in Verzweiflung ausarten. Und diese Verzweiflung könnte unser gesamtes Aufbauwerk restlos zerstören. (Beifall.)

Präsident Diel:

Das Wort hat der Abgeordnete Lorenz (SPD).

Abg. Lorenz:

Meine Damen und Herren! Als man dem deutschen Volke vor drei Jahren nach dem Zusammenbruch die Frage vorlegte, „arbeiten oder verhungern“, da entschied es sich zu 55 Prozent für die Arbeit, und zwar aus der Erkenntnis, daß nur der restlose Einsatz eines jeden zur Überwindung der furchtbaren Katastrophe beitragen kann. Drei Jahre dauert nun dieser verzwei-

felte Kampf, ständig begleitet von Hunger, Not und Elend. Und wie sieht das Ergebnis aus? Heute geht es nicht mehr um die Frage „arbeiten oder verhungern“, heute geht es um „arbeiten und dennoch verhungern“. Diese Tatsache lastet wie ein Alpdruck auf allen Schaffenden und prägt sich in den Gesichtern derselben aus. Verschärft werden die Verhältnisse noch dadurch, daß die im Wirtschaftsjahr 1946/47 leicht erkennbare Aufwärtsentwicklung durch das schlechte Erntergebnis des hinter uns liegenden Jahres zunichte gemacht wurde. Die Bemühungen der militärischen und zivilen Stellen, die Bevölkerung mit drei Zentner Kartoffeln zu versorgen, konnten leider nicht in vollen Umfange verwirklicht werden. Nach Angaben des Ernährungsministers sind die Prioritätsstädte mit 85 Prozent und die Landgemeinden mit 50 Prozent versorgt. Für die restlose Belieferung einschl. der Schwerarbeiterkarten wären noch zirka 80 000 Tonnen notwendig. Nach Angaben der Regierung kann die Erfassung als abgeschlossen betrachtet werden, sodaß eine weitere Versorgung nicht mehr in Frage kommt. Wenn man bedenkt, daß selbst die mit 85 bis 100 Prozent versorgten Gebiete in Ermangelung anderer Nahrungsmittel ihre Vorräte längst aufgezehrt haben und die schlecht versorgten Landkreise schon über drei Monate ohne Kartoffeln sind, so erblickt man darin das furchtbare und grausame Bild der Ernährungskatastrophe. Selbst die im vergangenen Jahre bestandene Möglichkeit, im Zuge von Kompensationen sich zusätzlich mit etwas Kartoffeln zu versorgen, besteht in diesem Jahre nicht, da die totale bzw. brutale Erfassung bei den Erzeugern uns auch diese Möglichkeit geraubt hat. Diese Katastrophe wird noch verschärft durch die Tatsache, daß man diesem hungernden Volke seine letzte Hoffnung, mit dem Anschluß an die neue Ernte eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen, genommen hat. Die zur Verfügung stehenden Saatgutmengen reichen kaum aus, um den vom Landwirtschaftsministerium vorgesehenen Anbauplan von 140 000 ha mit 50 Prozent zu erfüllen. Sollte es den verantwortlichen Stellen nicht gelingen, die noch fehlende Menge Saatgut zu bekommen, so wäre die Katastrophe für das kommende Ernährungsjahr heute schon Tatsache. Wir fragen den Herrn Minister, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um das dadurch evtl. entstehende Brachland im Interesse der Volksernährung nutzbar zu machen.

Was das Kapitel Fettversorgung anbelangt, muß festgestellt werden, daß alles getan wurde, um die von 320 g auf 220 g herabgesetzte Fettration zur Ausgabe zu bringen. Ich möchte bitten, diese Bemühungen dahingehend fortzusetzen, daß die ohnehin kärgliche Ration von 320 g wieder erreicht wird. Wir verkennen nicht, daß durch die im vergangenen Jahre aufgetretene Trockenheit nicht nur zu einer Ernährungskatastrophe für die Menschen führte, sondern auch die Viehbestände in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der ungeheure Rückgang in der Milchbelieferung ist auf diesen Umstand zurückzuführen. Es ist aber notwendig, daß auch die Dorfleistungsausschüsse ihre ganze Aufmerksamkeit auf eine restlose Ablieferung der Erzeugnisse richten. Die Anschaffung von Kraftfutter im Interesse des Viehbestandes wäre am Platze. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die ungeheueren Lieferungen aus Württemberg erwähnen, mit denen das Land noch im Rückstand ist.

Auf der gleichen Linie bewegt sich auch die Fleischversorgung, die in den letzten Monaten als sehr ungenügend bezeichnet werden kann. Wenn im vergangenen Jahre die Viehbestände innerhalb der einzelnen Ställe sehr gut erholt hatten, so haben dieselben durch den durch die Dürre hervorgerufenen Futtermangel wiederum einen ungeheueren Rückgang

erlitten. Gewichtsabnahmen pro Kuh von 50 kg sind heute keine Seltenheit mehr. Der Bedarf an Fleisch müßte in Zukunft nur durch Einfuhr gedeckt werden. Die Militärregierung hat angeordnet, daß für das Wirtschaftsjahr 1948/49 für die Fleischversorgung folgende Viehbestände aufzubringen sind:

Rindvieh . . .	19 323 Tonnen
Kälber . . .	2 712 Tonnen
Schafe . . .	1 618 Tonnen.

Für Schweine soll die Auflage noch erteilt werden. Diese Auflagen würden einen ungeheueren Eingriff in die Viehbestände bringen, sodaß die zukünftige Milch- und Fettversorgung unseres Landes noch weiter in Mitleidenschaft gezogen würde. Die Anordnung, daß pro Schaf 15 kg an Fleisch zur Ablieferung gelangen müssen, soll selbstverständlich dahingehend ausgelegt werden, daß diese Auflage nur die großen Schafhalter treffen soll.

Die Brotversorgung ist nach Aussagen des Herrn Ministers, dank der Unterstützung der Militärregierung, bis zum Anschluß an die neue Ernte gesichert. Unsere Voraussagen haben sich bewährt, daß mit den eigenen Erzeugnissen der Anschluß an die neue Ernte kaum erreicht werden konnte. Die für dieses Jahr geplante Anbaufläche soll um 75 000 ha höher liegen als im vergangenen Jahre. Leider ist ein Teil der zu erwartenden Ernte infolge der im Winter aufgetretenen Hochwasserschäden vernichtet worden, und es war bedauerlich, daß diese notwendige Menge an Sommergerste und -weizen nicht im entsprechenden Umfange zur Verfügung gestellt werden konnte. Die bisher zur Ausgabe gelangten 200 g Brot pro Tag reichen bei weitem nicht aus, den Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen. Wir bitten erneut den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft, die Frage der Erhöhung der Rationen auf den vorherigen Stand einer Prüfung zu unterziehen.

Große Unruhe in der Bevölkerung hat die geplante Brotpreiserhöhung von 55 auf 78 Pfg. hervorgerufen. Wenn man zur Begründung dieser Maßnahme eine bessere Qualität des Brotes in den Vordergrund stellt, so fragen wir, welche Preisregulierung wurde vorgenommen, als das zum Verkauf gelangte Brot eine schlechtere Qualität aufwies? Bei dem heute herrschenden Lohn- und Preisstopp und der allgemeinen Verarmung und Verelendung des Volkes müssen wir gegen diese Maßnahme mit allen Mitteln protestieren. Wir hoffen, daß die Regierung ihren Standpunkt einer Korrektur unterzieht.

Noch einmal kurz zur Eierfrage. Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung zur Frage der Eierauflage Stellung genommen und einstimmig dem Antrag meiner Fraktion auf Gewährung eines Freihuhnes zugestimmt. Auf Anweisung der Militärregierung wurde zur Erreichung einer Auflage von 72 Millionen Eier dieser Beschluß nicht sanktioniert und eine verschiedene Abstufung in der Eierablieferung festgelegt. Wir sind heute schon der Auffassung, daß diese Verordnung nicht den gewünschten Erfolg bringen wird, und wir verlangen von der Regierung, daß sie sich nochmals bei der Militärregierung dafür einsetzt, daß der von diesem Hohen Hause sanktionierte Beschluß auch zur Durchführung kommt.

Was die Gemüseversorgung anbelangt, so wäre es nicht nötig, hierüber viele Worte zu verlieren, weil ja durch die Mißernte des Jahres 1947 der Ertrag äußerst gering war. Gewisse Vorgänge in der letzten Zeit veranlassen uns, auf bestimmte Dinge hinzuweisen, die gegenwärtig das darben- und hungernde Volk mit großer Sorge erfüllen. In letzter Zeit sind verschiedene Anbauverträge mit einzelnen Stellen der Besatzungsbehörden abgeschlossen worden. Uns

wird dadurch nur die Hoffnung geraubt, daß die Versorgung der Bevölkerung für 1948 etwas besser werden würde als im Vorjahre. Wenn auch bei den gesamten Besatzungsbehörden der Westzonen in letzter Zeit Anzeichen vorhanden sind, die Militärauflagen auf das allergeringste Maß einzuschränken, so dürfen derartige Verträge nicht als Lückenbüßer akzeptiert werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eine Frage an den leider abwesenden Herrn Ernährungsminister bzw. Herrn Ministerialdirektor Schmidt richten, und zwar: Ist es wahr, daß in letzter Zeit wieder Auflagen an Frühgemüse ergangen sind mit der Begründung, daß dieselben als nicht erfüllte Auflage des vergangenen Jahres an Gemüse zu bewerten sind? Ich hätte gegen derartige Maßnahmen keine Bedenken, wenn man uns auch die dafür ausgefallenen Kalorien im Verhältnis zu der versprochenen Höhe von 1500 Kalorien ebenfalls noch nachträglich geben würde.

Meine Damen und Herren! Der von mir kurz skizzierte Überblick über den Stand der gegenwärtigen Ernährungslage, verbunden mit den Aussichten für das kommende Jahr, sind wenig erfreulich. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz steht vor der Frage: Was gedenkt die Regierung zu tun, um die noch vor uns liegenden drei bis vier Monate bis zum Anschluß an die neue Ernte zu überbrücken und damit die Lebensexistenz des Volkes zu sichern? Wir wissen, daß die Antwort nicht leicht ist. Wir wissen aber auch, daß die bis jetzt zur Ausgabe gelangten kaum 1000 Kalorien das schaffende Volk an das Ende seiner Kräfte gebracht hat. Drei volle Jahre waren sie bestrebt, durch unermüden Einsatz durch ihrer Hände Arbeitsfleiß die Werte zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, eine zweckmäßige und gesunde Lebensgrundlage zu schaffen. Enttäuscht und verbittert stehen sie heute vor der Tatsache, daß all ihr Wollen und Hoffen vergebens war. Selbst die bisher in den einzelnen Werken eingerichteten Werkküchen sind heute nicht mehr aufrecht zu erhalten, da ja keine Kartoffelzuteilungen erfolgen und Fett und Nährmittel nur auf Abruf gegeben werden, vorausgesetzt, daß der Schaffende nicht in der glücklichen Lage der Prioritäts-Stufen-Empfänger ist. Gerade diese Tatsache hat in den Kreisen der Schaffenden schon sehr viel Unwillen hervorgerufen. Wenn man schon die Normalverbraucher in zwei Klassen einteilt, was wir als ein bitteres Unrecht bezeichnen und Abhilfe unbedingt geboten ist, so ist auch die Einteilung der Werktätigen in verschiedene Klassen zu verurteilen. Wenn heute die Einteilung in diese Prioritätsstufe von den Aufträgen für die Besatzungsbehörde abhängig gemacht wird und als deren glücklichere Bezieher nur eine geringe Anzahl von Betrieben zu bezeichnen ist, so glauben wir doch, daß die Zuteilung entweder für alle oder für keinen Betrieb gegeben werden sollte, denn letzten Endes arbeiten wir alle direkt oder indirekt für die Besatzungsbehörden. Unbedingt notwendig wäre es, daß man endlich einmal das System der Schwerarbeiterkarten-Berechtigten einer Prüfung unterzieht. Es ist als ein bitteres Unrecht zu bezeichnen, daß heute die Angestellten und Beamten von diesem Bezug ausgeschlossen sind. Gerade die Kreise der geistig Schaffenden sind durch den ungeheueren Fettmangel heute in ihrer Arbeitsleistung so gehemmt, daß man in dieser Hinsicht von einer Gefahr für die geistig Schaffenden sprechen kann. Vielleicht würde die Regierung einmal den Gedanken einer allgemeinen einheitlichen Versorgung einer Prüfung unterziehen, und zwar dergestalt, daß man die Rationssätze so festlegt, daß den Menschen mindestens das Lebensrecht gesichert ist. Dadurch würde viel Uneinigkeit, Zank und Hader innerhalb des Volkes beseitigt werden. Mit den heute zur Ausgabe gelangenden Zuteilungen ist der schaff-

fende Mensch unmöglich in der Lage, das ihm zugewiesene Aufgabengebiet zu bewältigen. Die Ernährungsfachleute der Welt haben ausgerechnet, daß der Mensch eine Kalorienmenge von 2700 täglich, also fast das Dreifache von heute, als Vollnahrung benötigt. Die Folgen der heutigen Ernährungsweise ist Rückgang der Arbeitsleistung eines großen Teiles des Volkes. Vor allem ältere Leute und gesundheitlich schwache gehen dabei allmählich zugrunde. Die Erzeugnisse unserer heimatischen Landwirtschaft decken nicht den Bedarf dieser Hungerrationen. So trostlos sieht zur Zeit unsere Ernährungswirtschaft aus und das ganze Volk schaut auf den deutschen Bauern, ob er auch alles tut und ob er außer dem ihm zustehenden Eigenverbrauch wirklich alles zur Ernährung des Volkes abliefern. Wir alle wissen, daß nicht von jedem Hof das letzte Pfund Korn, das letzte Liter Milch abgeliefert wird. Aber letzten Endes sind es doch nur wenige Prozent, die nicht erfaßt werden. Wo aber bleiben die nicht erfaßten Nahrungsmittel? Verteilen sie sich nicht wieder auf die breiten Massen des hungernden Volkes? Der hungernde Städter bringt Mangelware, die der Bauer in Hof und Stall dringend bedarf, aufs Land und tauscht sich dafür einige Pfund Kartoffeln, Mehl oder dergleichen ein und die hungernde Familie in der Stadt freut sich, daß sie sich einige Tage wieder satt essen kann. So verbrecherisch gewerbsmäßige Großschiebereien mit Lebensmitteln und Wirtschaftsgegenständen sind, die unserer Auffassung nach nicht hoch genug bestraft werden können, so wenig können diese aus der Not in Stadt und Land geborenen kleinen Geschäfte als unmoralisch bezeichnet werden. Wenn jeder Hungernde, der bei dem Bauer um eine kleine Gabe bettelt, hartherzig von dessen Schwelle gewiesen würde, so würde noch viel mehr Haß geerntet werden als schon ohnehin vorhanden ist. Wer heute noch glaubt, mit neuen und schärferen Methoden die Erfassung der deutschen Ernährung bessern zu können, beweist nur, daß er nicht auf den Grund der Dinge sieht. Es geht nicht mehr um die Steigerung der Erfassung, es geht nur noch um die Steigerung der Erzeugung. (Sehr richtig) Gewiß tauchen in letzter Zeit immer mehr Vorschläge auf. Die einen sehen das Heil in einer starken Ausweitung des Hackfrüchteanbaues, die anderen wollen die Veredelung der Landwirtschaft bis aufs Äußerste drosseln. Wir die wir als Arbeiter in den Betrieben stehen und uns früher um landwirtschaftliche Produktion, Wetter und dergleichen überhaupt nicht kümmerten, betrachten all diese Dinge heute von einer ganz anderen Warte aus und sind zu der Überzeugung gekommen, daß nur durch eine bessere Nahrung des Bodens eine bessere Ernährung zu erzielen ist. Mit Schrecken müssen wir feststellen, daß der Mineraldüngerverbrauch der deutschen Landwirtschaft - gemessen an der Zuweisung des Jahres 1938 - im Jahre 1944/45 nur noch 17 Prozent an Stickstoff, 6 Prozent an Phosphorsäure und 16 Prozent an Kali betrug. Durch diese geringe Belieferung blieben im Jahre 1945/46 ganze Gebiete ohne Düngerversorgung. Im Jahre 1946/47 ist die Zuteilung noch weiter gesunken und beträgt an Stickstoff nur noch 8 Prozent, an Phosphorsäure 12 Prozent und an Kali 38 Prozent. Gleichzeitig ist durch den Rückgang des Viehbestandes auf rund 60 Prozent des Vorkriegsbestandes, verbunden mit dem starken Absinken der Strohernten und dem dadurch entstandenen Mangel an Einstreu, die Stallmisterzeugung auf rund die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen. Diese kleinen Zahlen zeigen eindrucksvoll, auf welch katastrophalen Tiefstand die Nährstoffversorgung unseres Bodens zurückgegangen ist. Die jetzige Katastrophe in der Ernährungswirtschaft ist zum Teil eine unmittelbare Folge der zusammengebrochenen Dün-

gewirtschaft. Die in den Westzonen vorhandenen Stickstoffanlagen könnten nicht nur die in diesen Gebieten benötigten Stickstoffmengen erzeugen, sondern noch einiges mehr. Die Herstellung derselben hängt ausschließlich davon ab, ob den Werken die dafür erforderlichen Kohlenmengen überlassen werden. Wenn so entscheidend die Höhe der Ernten und damit die Ernährung des Volkes jetzt und in aller Zukunft von der ausreichenden Belieferung der Landwirtschaft mit Stickstoffdünger abhängt, ist es kaum faßlich, daß diese Kohlenmengen nicht freigegeben werden. Hier geschieht einem Volke das größte Unrecht aller Zeiten.

Wir haben schon immer dem Problem „Landwirtschaft“ unsere ganze Aufmerksamkeit geschenkt, weshalb auch einer der wichtigsten Industriezweige, die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu bewerten ist. Wenn auch die Herstellung von Aschenbechern, Kerzenhaltern usw. einen nicht unbeträchtlichen Gewinn abwirft, so ist doch die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten viel wertvoller, da diese im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unbedingt notwendig ist.

Bei den Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Volksernährung habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß gerade neben der Planung und Anbauleitung die totale Erfassung innerhalb der Landwirtschaft in demselben Umfange und demselben Maße behandelt werden muß, wie die Erzeugung innerhalb der Landwirtschaft. Es ist bedauerlich, daß der Wirtschaftsminister heute nicht anwesend ist, noch bedauerlicher ist es, daß noch keine Maßnahmen ergriffen worden sind, um einen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und allgemeiner Wirtschaft zu erreichen. Es hängt viel davon ab, daß wir den Zustand erreichen, daß wir die für die Versorgung der Bevölkerung unbedingt notwendigen Bedarfsgegenstände auch erhalten. Wir sind ohne weiteres bestrebt, alle Wege zu beschreiten, die notwendig sind, um eine Besserung unserer Lebensgrundlage zu erreichen. Wir wissen aber auch, daß es uns unter Einsatz unserer letzten Kraftreserven nicht möglich sein wird, all das zu vollbringen. Wir brauchen dazu auch die Hilfe der Besatzungsbehörde. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß die durch unserer Hände Arbeit erzeugten Produktionsgüter auch im eigenen Exportverfahren im Ausland Verwendung finden, damit wir wenigstens diese Erzeugnisse gegen Lebensmittel eintauschen können. Unbedingt wichtig ist auch der Hinweis, daß, wenn man schon eine Sicherung der Ernährung trifft, dem Problem der Wildschweine mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir haben oftmals das Gefühl, als würden sogenannte Wildschweingehege künstlich gezüchtet, um dann als Ausstoß gegen die allgemeine Ernährungsgrundlage in Bewegung zu setzen. Hier wäre es wirklich am Platze, daß mit einer allgemeinen Ausmerzung dieser Landplage begonnen wird. Wir sind dadurch auch in der Lage, ein Stück zur Volksernährung beizutragen.

Im Zuge der Behandlung der Probleme über Ernährung und Wirtschaft ist es notwendig, unsere Gedanken auch der allgemeinen zonalen Verwaltung zuzuwenden. Wenn gegenwärtig Staatsmänner der Welt sich zusammensetzen, um eine neue europäische Union zu schaffen und einen allgemeinen Zusammenschluß der europäischen Staaten zu erklären, dann, meine Damen und Herren, ist es Gebot der Stunde, daß die Welt in erster Linie die Zonengrenzen beseitigt, damit ein allgemeiner Zusammenschluß überhaupt durchgeführt werden kann. Durch die heutige Ernährungssituation sind wir auf einer Stufe angelangt, wo man eine an sich schon übernervöse Menschheit allzu leicht

einer tieferen Verzweiflung zutreiben kann. Eine Hoffnung ist uns in dem von seiten des amerikanischen Weißen Hauses zur Vorlage gebrachten europäischen Hilfswerks gegeben. Wir sind uns darüber klar, daß dieser Plan nicht in Form eines Quäkergelstes oder eines Schweizer Hilfswerkes zu uns kommen wird. Wir kennen den Ausspruch: „Hilf dir selber“, und so wissen wir, daß nur der restlose Einsatz des schaffenden Volkes zur Überwindung der Krise unbedingte Notwendigkeit ist. Uns stehen zwei Wege offen, der eine steigt zwar steil empor, bringt uns aber vorwärts, der andere führt in einen gähnenden Abgrund. Wir lassen uns in dieser Entscheidung weder von Drohungen, noch viel weniger von der Verdächtigung der Abhängigkeit eines Einzelstaates leiten, sondern einzig und allein von dem Gewissen, das von uns verlangt, daß wir unserem hungernden, darbenden und verelendeten Volk unbedingt Hilfe zuteil werden lassen müssen. Und in dieser ersten und geschichtlichen Stunde, in der wir uns heute befinden, glauben wir, den entscheidenden Moment zu sehen, der uns das bringt, was wir in den drei Jahren schon erhofft haben. Hier kann man auch sagen: „Ihr kommt spät, aber ihr kommt“.

Meine Damen und Herren! Wenn man das Ernährungsproblem von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß man ohne weiteres zugeben, daß das Ernährungsproblem nicht nur allein eine soziale Frage ist, sondern zu gleicher Zeit mit der politischen verknüpft ist. Die gegenwärtige Situation läßt uns zu der Auffassung kommen, daß wir in der Vergangenheit recht gehandelt haben, und zwar in dem Bestreben, der Demokratie eine Grundlage zu geben, die vor allen Dingen in Europa eine Gewähr zur Besserung der Verhältnisse bietet. Nachdem nun das deutsche Volk in den hinter uns liegenden 3 Jahren treu zur Demokratie gestanden hat, um ihr wieder eine Grundlage zu schaffen, dann glaube ich, daß wir heute nicht mehr zu bitten brauchen, sondern wieder einmal verlangen dürfen, weil auch wir dazu beigetragen haben, Europa wieder das Gleichgewicht zu geben. Wenn heute geschichtlich feststeht, daß die Festigung der demokratischen Auffassung in Deutschland geglückt ist und die Totalitätsansprüche der absoluten Ablehnung verfallen sind, so rufen wir der Welt zu: Gebt uns ein Lebensrecht, gebt uns mehr Freiheit, damit wir arbeiten können, arbeiten für die Demokratie in Deutschland, zur Sicherung der Demokratie in Europa, die allein in der Lage ist, den Frieden in Europa und den Frieden in der Welt zu sichern. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Diehl:

Meine Damen und Herren! Eine Wortmeldung seitens der Demokratischen Fraktion liegt noch nicht vor. Dagegen hat sie einen Abänderungsantrag eingereicht, zu dem Antrag der CDU, Ziffer 25, der Tagesordnung. Die Fraktion der DP schlägt vor, einzufügen die Worte „gemäß Feststellung des Dorfleistungsausschusses“, so daß der Antrag folgenden Wortlaut hat:

„Die Landesregierung wird ersucht, anzuordnen, daß in den bäuerlichen Betrieben, die das Ablieferungssoll gemäß Feststellung des Dorfleistungsausschusses auf allen Gebieten erfüllt haben, Hofkontrollen nicht mehr durchgeführt werden.“

Der Abänderungsantrag kommt zur Abstimmung in Verbindung mit dem Antrag. Das Wort hat nunmehr der Vertreter der Kommunistischen Fraktion, der Abgeordnete Baumgärtner.

Abg. Baumgärtner:

Meine Damen und Herren! Wenn heute wieder das Ernährungsproblem zur Debatte steht, so gilt es, die

Debatten zu überprüfen, die in der Vergangenheit hier im Hause geführt worden sind. Vergleicht man die Stenogramme, so haben wir vor zwei Jahren dasselbe zum Ausdruck gebracht, was wir heute hier zum Ausdruck bringen. Ob nun heute der Schluß der einzelnen Ausführungen mit dem Marshallplan oder mit dem Hilfeschrei an die Siegerstaaten beendet wird. Die Not ist geblieben; sie ist größer geworden. Die Hausfrau steht in der Küche und sie befindet sich mitten in einer Katastrophe, wo nicht länger mehr Hilfe versagt werden kann. Betrachtet man die Tatsachen, wie sie heute morgen in der Diskussion herausgestellt wurden, und wie meine Vorredner es behaupteten, daß der Landwirtschaft die Voraussetzungen fehlen, um ihre Produktion zu steigern, so frage ich mich, warum bleiben die Kohlen, die durch Ludwigshafen gefahren werden, nicht dort und werden in der Anilinfabrik abgekippt, dann könnten wir die Düngemittel, die der Landwirtschaft fehlen, herstellen. Dazu braucht man keinen Marshallplan, dazu wäre nur notwendig Wille und Vernunft entscheiden zu lassen. Eine weitere Frage war die der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft, da ihr die Geräte und alle anderen Hilfsmittel, die sie braucht, fehlten. Was hindert denn unsere Industrie, der Landwirtschaft das zu geben oder ihre Produktion darauf einzustellen? Niemand beantwortet diese Frage. Unsere Industrie hindert doch niemand. Sie stellt sich nicht darauf ein, der Not des Volkes und der Landwirtschaft zu steuern. Im Vordergrund bei ihr steht der Profit, nicht der Einsatz der Rohstoffe, die uns geblieben sind, um der Landwirtschaft zu helfen. Man spricht von ungenügenden Reparaturwerkstätten für die Landwirtschaft, von ungenügenden landwirtschaftlichen Maschinen und so mehr. Dabei sind die Industrieeinrichtungen vorhanden, um sie der Landwirtschaft zu geben. Man geht diesen Weg nicht und deshalb komme ich immer mehr zu der Erkenntnis, daß in unseren eigenen Reihen ein ungenügendes Wollen vorhanden ist, um der Not mit den Möglichkeiten zu steuern, die uns gegeben sind. Durch unseren eigenen Einsatz und unsere eigene Kraft mehr zu tun. Darüber dürfte kein Zweifel mehr bestehen.

Eine andere Frage: Ich hätte von dem Herrn Minister auch gern gehört, wenn er zur Ernährungslage Stellung nimmt, das Ergebnis seiner Maßnahmen gegen den Schwarzhandel und das Schiebertum. Wer mit offenen Augen und Ohren durch die Straßen geht, der kann diese große Gefahr nicht bestreiten. Ich konnte heute morgen im Bahnhof hören, wie für 12 Flaschen Rotwein 2 Zentner Saatkartoffeln umgesetzt wurden. Das geschah offen im Bahnhof Koblenz. Betrachten wir weiter den Zustand, der durch die Kompensationsgeschäfte, die Schiebergeschäfte und den Schwarzhandel entstanden ist. Hier ist der Regierung geboten, mit allen Mitteln eine Aenderung oder wenigstens eine Linderung herbeizuführen. Hier müßte von der Regierung zu erfahren sein, was sie ihrerseits dagegen tut und welches Ergebnis ihre bisherigen Maßnahmen gezeitigt haben. Man braucht sich heute nur in die Eisenbahn zu setzen und kann Zeuge sein, was und wie hier verschoben und kompensiert wird, welche Waren hier angeboten werden. Der Arbeiter steht im Betrieb am Schraubstock, die Hausfrau steht in der Familie mit den kleinen hungernden Kindern, sie können nicht hamstern fahren. Und hier wird legal und ungestört der Schwarzhandel, das Schiebertum geduldet. Wo ist jemand, der eingreift? Man darf diese Tatsachen nicht übersehen. Das gehört mit zur Sicherung unserer Ernährung.

Eine andere Frage, wie sie vom Ernährungsminister behandelt wurde, findet auch nicht unsere Zustimmung. Wir befinden uns im Frühjahr und hätten vom Herrn Landwirtschaftsminister gerne gehört, wie der Anbau und die Bestellung draußen sich vollzieht; welche Auswirkungen sich ergeben aus dem Nichtvorhandensein genügenden Saatgutes und welche Maßnahmen er eingeleitet hat, diesen Zustand zu überbrücken. Wir stellen fest, daß der Samen ungleichmäßig verteilt wurde, ebenso die Saatkartoffeln. Man hat hier nicht gerecht und zweckmäßig die Dinge organisiert, sondern man hat Sonderinteressen bestimmen lassen. Deshalb wäre es notwendig, besonders in der heutigen Situation, daß das Landwirtschaftsministerium vor dem Volk und vor dem Landtag einen klaren Situationsbericht erstattet hätte. Wenn wir den Bericht des Herrn Landwirtschaftsministers überhaupt betrachten, so ist es eine Zusammenstellung von Zahlen, die uns die Katastrophe demonstrieren, aber nirgends positive Maßnahmen, die erforderlich sind, dieser Katastrophe zu steuern. Dafür findet man keinen Mut oder es fehlen die praktischen Vorschläge.

Das Wesentliche in der Debatte von heute wird sein müssen, wie es die beiden Vorredner andeuteten, wo helfen wir. Sie sprachen von erforderlichen Angleichungsmaßnahmen, von Erhöhung der Brotration. Meine Herren! Ich habe gestern mit der französischen Militärregierung in langer Unterredung über dieses Problem diskutiert. Dort steht man auf dem Standpunkt, in Frankreich bekomme die Bevölkerung nur 200 g Brot und es ist unmöglich, hier in unserer Zone die Rationen auf 300 g und darüber hinaus zu erhöhen. Wir sollten es ablehnen, propagandistische Reden zu halten. Es hat keinen Wert, wenn ich heute sage, ich habe 500 g Brot gefordert, wenn ich von vornherein weiß, daß es sich nicht jetzt verwirklichen läßt. Wer liefert das Mehl dazu, und auf der anderen Seite weiß man, welche Behörden das verhindern müssen, um ihre Interessen damit nicht zu stören. Weiter sagt die Militärregierung, es besteht keine Möglichkeit, die Einfuhren von Mehl so zu erhöhen wegen Zahlungsschwierigkeiten. Nun macht man folgende Rechnung: Die übrigen Gebiete der französischen Zone haben ihre Ablieferung nicht erfüllt. Dies ist auch in der Erklärung des Ernährungsministers zum Ausdruck gekommen, und ist auch mit Zahlen belegt worden. Aber dort herrscht doch föderativer Geist. Man müßte erwarten, daß diese „Überschußgebiete“ zuerst einmal ihre Solidarität mit uns zum Ausdruck bringen würden, bevor man nach Amerika schreit. (Sehr richtig!) Die verhindern, was möglich ist zu tun, genau wie bei uns, der armen Frau im Haushalt zu helfen oder dem Arbeiter im Betrieb. Man wirft folgenden Gedanken in die Debatte: weil diese Gebiete ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllt haben, wird man dort Teigwaren und auch Hülsenfrüchte abziehen und hier einschieben. Das ist ein Weg, den ich grundsätzlich ablehne, weil ich weiß, daß die Arbeiterschaft dort auch noch ungenügend zu leben hat und daß dort genau wie bei uns Unfähigkeit, Schwarzer Markt, Schiebertum und Kompensation regieren. Deshalb werde ich es ablehnen, solche Maßnahmen zu unterstützen, denn damit kann man der Not nicht steuern, in der sich die ländlichen Arbeiter und die Arbeiterschaft in den Betrieben befinden. Wir brauchen eine verstärkte Einfuhr von Mehl. Darüber gibt es keinen Zweifel. Wir brauchen mehr Teigwaren zum Ausgleich für die noch fehlenden Kartoffeln. Weiter muß der Landtag offen Stellung nehmen, daß endlich mit der Prioritätseinteilung Schluß gemacht wird. Man sollte nicht noch

dazu übergehen, die Prioritätseinstufungen zu erweitern, wie uns dies mitgeteilt wurde, um in der Pfalz eine Überbrückung für einige Gemeinden zu schaffen. Wir müssen uns grundsätzlich gegen die Prioritätspolitik wehren, weil sie mit zur Zersetzung und zur gegenseitigen Aufreibung der Arbeiterschaft in den Betrieben und der Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung führen muß.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Zentralernährungsausschuß versagt. Der Herr Abgeordnete Demmerle hat ausgeführt, das müßte einmal ganz klar gesagt werden. Herr Abgeordneter Demmerle! Ich glaube, an Klarheit der Worte hat es in diesem Hause nicht gefehlt, wenn es die Frage der Ernährung betroffen hat. Wie oft haben wir der französischen Vertretung und den von ihr Beauftragten das gesagt, was notwendig ist. Solange die Verordnung 95 besteht und die französische Militärregierung sich die Regelung und Lenkung der Ernährungsfrage vorbehält, werden unsere Reden zum größten Teil in die Luft gehalten und sie werden nicht das erreichen, was wir wünschen. Wieviel Beschlüsse hat der Landtag schon gefaßt. Denken wir nur an einen: die gleiche Verteilung der Rationen in der französischen Zone. Das Ergebnis: Den Zentralernährungsausschuß müssen wir ablehnen: 1. auf Grund seiner Zusammensetzung und 2. weil er gar keine Befugnis hat, genau wie so viele andere Einrichtungen. Der Zentralernährungsausschuß hat genau wie alle anderen Körperschaften nicht die Vollmachten, die ihm gehören, um entscheidend unsere Ernährungspolitik grundsätzlich neu zu gestalten und zu entwickeln. Solange uns diese Vollmachten nicht gegeben werden, sind wir abhängig. Die Wildschweinbekämpfung steht wieder zur Debatte. Meine Damen und Herren! Es ist eine Schande, wie oft stand diese Frage mit all ihren Sorgen vor dem Landtag; hören wir die Proteste der Delegationen. Der französischen Regierung wurden sie vorgetragen. Heute stehen wir wieder hier und müssen feststellen: die Wildschweine werden mehr, der Schaden immer größer und wir können nicht helfen. Können wir uns selbst helfen? (Zuruf: Drei Monate wegen Waffenbesitzes!). Aber irgend ein Schritt muß erfolgen. Ich glaube nicht, daß wir auf andere Weise Erfolg haben werden. Wenn hier die Forderung der gleichen Rationen zum Ausdruck gekommen ist, in der französischen Zone könnte dies ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, die Rationssätze einheitlich zu gestalten. Viel schwieriger zu glauben ist aber auch, daß in unserem eigenen Land Rheinland-Pfalz die Rationen ungleichmäßig sind und ungleich beliefert werden. Wenn schon in unserem eigenen Regierungsgebiet solche Härten eintreten, dann ist es notwendig, daß auch von der Regierung aus für das Gebiet Rheinland-Pfalz versucht wird, die Ernährungspolitik nach einheitlichen Gesichtspunkten zu lenken. Wenn man die Ziffern des Ernährungsministers betrachtet, die hier vorliegen, bezüglich der Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln, so sprechen diese für sich selbst. Genau so trifft das zu für andere Lebensmittel, die zur Verteilung kommen. Deshalb vertreten wir die Auffassung, daß gerade diese Zustände die größte Mißstimmung in der Arbeiterschaft hervorrufen. Die Zulagekarte und die allgemeinen Rationen werden zu spät und dazu noch ungleichmäßig beliefert. Das ist in Rheinland-Pfalz zeitlich üblich.

Nun wurde dabei zum Ausdruck gebracht, man sollte den Versuch machen, gleichmäßige Rationssätze zu finden. Das wird sehr schwer, aber möglich sein. Wichtig zur Stunde ist, einen Weg zu finden, damit wenig-

stens die gegebenen Rationssätze sofort beliefert werden, 2. daß die Zulagekarten abgedeckt werden, 3. daß für die Schaffenden im Betriebe endlich eine wirklich fühlbare Zulagekarte an alle eingeführt wird. Das ist das Wesentliche zur Stunde, um die Arbeitskraft in den Betrieben auf dem Stand zu halten, der notwendig ist, um die Produktion zu sichern und die menschliche Arbeitskraft zu retten.

Die Frage der Fleisch- und Fettversorgung. Unser Viehbestand ist katastrophal. Betrachten wir die Not-schlachtungen, sie sprechen eine Sprache für sich. Betrachten wir auf der anderen Seite das Bestreben des Bauern, seinen Viehbestand zu retten, und betrachten wir zu gleicher Zeit die Tatsache, daß der Bauer bei Abgabe eines Stückes Vieh $\frac{3}{4}$ Jahre warten muß, bis er sein Geld bekommt, dann sehen wir, wie unfähig unsere Verwaltung ist. Wie schwer man es dem Bauern macht, der wirklich bestrebt ist, seine Pflicht zu erfüllen. Hier muß radikal Schluß gemacht werden.

Eine andere Frage: Wenn der Wein, der uns in Rheinland-Pfalz zur Verfügung steht, freigegeben würde, nachdem Frankreich selbst eine reiche Weinernte hatte, so sage ich, wäre es im Handel zu ermöglichen, der Landwirtschaft zu helfen und zugleich der hungernden Arbeiterschaft in den Betrieben. Wir müssen diese Forderung mit allem Nachdruck immer wieder erheben. Ebenso betrachten wir es als eine Beleidigung der Arbeiter und Angestellten, wenn man in den Prioritätsbetrieben und in den Städten der Arbeiterschaft ein Liter Wein anbietet bis zu 8 RM. das Liter.

Genau wie mit dem Wein ist es mit den anderen Dingen. Es erübrigt sich, auf all diese Probleme erneut einzugehen, weil sie wiederholt hier zum Vortrag gekommen sind. Was wir wünschen, ist eine größere Bewegungsfreiheit durch die Besatzungsbehörde, um unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Dort, wo unsere eigenen Kräfte zur Entfaltung kommen, wird es sich zeigen, zu was wir fähig sind und zu was die Arbeiterschaft und der Bauer willig ist. Aber die Arbeiterschaft kann nicht mehr so weiter machen, wie sie jetzt in den Betrieben stehen muß. Man muß sich dazwischen stellen und sehen, welche Krankheiten sich entwickeln, in welchem Zustand der Arbeiter heute seine Arbeit verrichtet, wie der Gesundheitszustand sich verschlechtert. Es ist für die Behörden, gleich wie sie heißen, Zeit zu erkennen, daß es einen Höhepunkt gibt, der auch der Siedepunkt sein wird, der zur Explosion kommt. Man kann nicht nur der Arbeiterschaft zureden, höchst anständig zu sein. Wir wissen, daß sie bis zur Minute allen Fleiß eingesetzt hat. Aber dort, wo die Kraft fehlt, dort, wo die Liebe und das Vertrauen genommen werden, dort gibt es auch keine Möglichkeit mehr, eine Existenz im Volke für das Volk zu schaffen. Für uns Kommunisten steht im Vordergrund die eigene Kraft, das eigene Vertrauen des Volkes. Dort, wo der Wille und die Kraft sich vereinigen, wird mehr gebaut. Wir brauchen unsere Kohlen - Holz - wir brauchen unseren Schrott. Dann werden wir ein freies Volk werden, eine Demokratie schaffen, die auch würdig neben den anderen Völkern bestehen kann. Das erwartet die Arbeiterschaft, sie erwartet Hilfe - Taten, keine Reden mehr. (Beifall.)

Präsident Diel:

Die Rednerliste ist erschöpft. Herr Ministerialdirektor Schmidt hat das Wort.

Ministerialdirektor Schmidt:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Fragen, die an den Herrn Minister gestellt wurden, in

seiner Vertretung beantworten. Zunächst darf ich feststellen, daß in den schwierigsten Fragen, die wohl zur Zeit das Hohe Haus bewegen, die politische Stellungnahme der Parteien, ich möchte sagen, fast einheitlich von uns als Regierungsstelle als sehr objektiv gewertet werden muß, wahrscheinlich als Ergebnis der Einsicht über die ständigen Bemühungen, die seitens des Ministers für Landwirtschaft und Ernährung getätigt werden, alle Mittel anwenden, um in der so schwierigen Ernährungs- und Versorgungslage einen Ausweg zu finden. Ich darf Ihnen versichern: Es ist unsererseits kein Problem bisher unerörtert oder unbearbeitet geblieben, und wir hätten nur den Wunsch, daß das, was wir unternehmen, auch der breitesten Öffentlichkeit des Volkes immer publizistisch bekanntgemacht werden könnte. Ich glaube, das Urteil über die Tätigkeit der Landesregierung hinsichtlich der Ernährungs- und Versorgungslage würde draußen in unserem Lande ein anderes sein. Wir leiden auf seiten unseres Ministeriums daran, daß zwischen unserer Arbeit und der Publikationsmöglichkeit eine ungeheure Diskrepanz vorhanden ist, die auch nicht geschlossen wird durch die zeitweise Einschaltung des Rundfunks. Diese Einschaltung erfolgt manchmal recht ungenügend. Ich erinnere mich an die Behandlung der Gewährung des Freihuhnes im Rundfunk, wo abends durch das Radio die Meldung kam, daß der Landtag einen Antrag angenommen hätte, daß ein Freihuhn gewährt würde. Der Rundfunk verzichtete aber darauf, die von mir vorgetragenen Gründe wiederzugeben, die der Landesregierung die Durchführung dieses Antrages unmöglich machten. Die Bevölkerung aber hat draußen wieder Gelegenheit, zu sagen, daß die Landesregierung nichts taugt. Wenn man schon die Dinge in der Öffentlichkeit behandelt, soll man aber auch das sagen, was die Landesregierung ihrerseits zu den Dingen zu bemerken hat, oder aber man soll auf eine derartige Wiedergabe verzichten. Der Verzicht würde dann im Interesse unserer politischen Arbeit besser sein.

Wenn der Herr Kollege Demmerle die Frage der Saatgut-Verteilung in den Mittelpunkt gestellt hat, dann mit Recht. Es gibt zur Zeit zwei Probleme, die uns bewegen. Das ist erstens die Saatgutfrage und zweitens die Frage der Fleischversorgung. Der Herr Minister hat in seiner Erklärung keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir überzeugt sind, daß die Saatgutfrage leider nicht so geklärt ist, wie es wünschenswert wäre. Meine Damen und Herren! Ich darf wohl offen feststellen, daß die Entwicklung in dem sogenannten Kartoffelkrieg der seitens unseres Ministeriums ab Herbst vergangenen Jahres ununterbrochen vertretenen Auffassung recht gegeben hat. Heute zeigt sich, daß eine Fehlrechnung vorhanden war, in der Tatsache, daß Eingriffe in die Saatgutmengen in einem nicht vertretbaren Umfange erfolgt sind. Es ist die Frage: Wie soll das vorhandene Saatgut verteilt werden? Es erscheinen täglich Deputationen und Delegationen von Bauern und Kleinstbauern. Bei den Bauern ist es so, daß hier die Wünsche der einzelnen Kreise, je nach der Zuteilung, verschieden temperiert, vorgetragen werden. Auf Anordnung der Militärregierung muß das vorhandene Saatgut, soweit es die Importe betrifft, planmäßig gelenkt werden in die Kreise, die in erster Linie im Herbst wieder als neue Versorgungskreise für die Winterversorgung in Frage kommen, eine Planung, der man an sich zustimmen muß, denn wenn wir heute den tausend Wünschen der Kleinstverteiler entgegenkommen wollten und die wenigen Saatgutmengen in diese Kleinstbetriebe steuern, würden wir im Herbst vor der Tatsache stehen, daß

jede Möglichkeit einer einigermaßen tragbaren Winterversorgung genommen wäre. Ich darf Ihnen versichern, es berührt uns außerordentlich schmerzlich, gerade den Wünschen der Kleinstantbauern widersprechen zu müssen, denn diese Kleinstbauern sind Personen und Personenkreise, die sich auf Grund der Ernährungsnot im vergangenen Jahr besonderer Mühe in der Rodung gewisser Brachfelder unterzogen haben, in der Hoffnung, damit in etwa einen kleinen Beitrag für ihre Ernährung sichern zu können. Die Tatsache, daß man gerade diesen Personen heute in ihren Hoffnungen nicht entgegenkommen kann, muß jeden schmerzlich berühren, der noch einigermaßen ein menschliches Empfinden hat. Aber die Landesregierung kann in dieser Frage der höheren Planung nicht untreu werden. (Hört, hört!) Unsere Sorge geht in Erkenntnis der vorhandenen Lücke seit Monaten um die Vermehrung der Saatgut-Einfuhr. Wir haben nicht nur jetzt, sondern schon im Januar die Militärregierung unterrichtet, daß wir in der Saatgutfrage in die größten Schwierigkeiten geraten würden. Und ich möchte es hier auch offen aussprechen: Es wäre noch viel zu gewinnen, wenn uns jetzt die Militärregierung das Recht einräumen würde, alle die wirtschaftlichen Mittel und Möglichkeiten zu mobilisieren, die wir mobilisieren können, um Saatgut, sei es einerlei woher, noch einführen zu können, zumal uns bekannt ist, daß erhebliche Angebote an Saatgut bei uns vorliegen. (Hört!) Ich darf Ihnen also versichern, daß unsererseits gerade dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, und daß wir es besonders bedauern, daß wir aus Mangel an Saatgut die Durchführung des Anbauplanes nicht ermöglichen haben.

Denn, meine Damen und Herren, wenn es überhaupt einen Ausweg aus der derzeitigen Ernährungskrise geben kann, dann wird dieser Ausweg nur über die Vermehrung der Hackfruchtanbaufläche erfolgen können.

Die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Regierung wurde vom Herrn Kollegen Demmerle angeschnitten. So begrüßenswert wie für uns als deutsche Regierung und auch als Landwirtschaftsministerium eine Erweiterung der derzeitigen Verwaltungsrechte wäre, im Augenblick würde eine derartige Erweiterung ein zweifelhaftes Geschenk sein. Sie wäre nur dann sinnvoll, wenn man gleichzeitig der gesamten deutschen Regierung Vollmachten, auch auf anderen Wirtschaftsgebieten, übertragen würde. Ohne diese anderen Vollmachten vermögen wir jetzt mit der Aufhebung der Ordonnanz 95 als Landwirtschaftsministerium nichts anzufangen, sondern da gehört mehr dazu; wir glauben, daß in einer Periode der höchsten Spannungen auf dem Gebiete der Ernährung alle diejenigen Stellen, die bisher die Dinge gesteuert haben, sich auch in den kommenden Monaten dieser Steuerung nicht entziehen dürfen.

Zur Frage der Düngemittel sei gesagt, daß nach uns gemachten Mitteilungen die Düngemittel-Versorgung hinsichtlich Stickstoff bis zum 1. Juli dieses Jahres hundertprozentig gesichert ist. Meine Damen und Herren! Es wäre mir lieber, wir hätten mitgeteilt bekommen, die Versorgung mit Grunddüngemitteln wäre mit 100 Prozent gesichert. Denn, was unserem Boden fehlt, sind Kalk, Phosphat und Kalisalze. In Kalk müßte den Wünschen des Landwirtschaftsministers unbedingt entgegengekommen werden, daß von dem vorhandenen Kalk gewisse Teile für die Landwirtschaft abgezweigt würden. Seitens unseres Ministeriums werden Versuche gefördert, sogenannte kohlen-saure Kalke in der Industrie zu gewinnen. Es wäre nur ein Ausweich-Kalk, aber wir sind der Meinung, daß auch der ge-

ringste Beitrag in Anbetracht der Kalkarmut unseren Böden von Vorteil wäre. Aber darüber hinaus wünschen wir dringend, daß uns in der Kalkfrage unter die Arme gegriffen wird. Die Phosphatversorgung ist mit 20 Prozent vorgesehen, Kali mit 30 Prozent, Phosphate und Kali sind aber in Anbetracht des Rückgangs der Stalldüngung die erste Voraussetzung, um wieder zu einer Gesundung unserer Böden zu kommen.

Die Frage der Gefährdung der Saaten hat ebenfalls, seitdem das Problem gestellt ist, unsere besondere Aufmerksamkeit gefunden. Ich darf Ihnen sagen, daß wir hier zwei große Sorgen haben, durch die zur Zeit unsere Saatgutbestände, die jetzt aufgebracht und noch in Zukunft aufgebracht werden, bedroht sind. Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch, wenn ich beide Dinge hier zwar nicht miteinander vergleiche, aber zugleich behandle.

Die erste Sorge ergibt sich aus dem Tatbestand, daß nach den bei uns vorliegenden Meldungen bereits die ersten Frühkartoffelsaaten ausfallen, weil sie über Nacht von hungrigen Menschen wieder ausgegraben worden sind. (Hört!) Wenn das Schicksal macht und nicht unterbunden wird, wird, von diesem Vorgang aus gesehen, auch ein Teil der kommenden Ernährungsnot wieder bedingt. Wir haben seitens unseres Ministeriums an das Innenministerium die dringende Bitte gerichtet, der Frage der Verhinderung der Felddiebstähle erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die zweite Gefährdung, die wir leider durch eigene Maßnahmen nicht abwenden können, ist mit der Wildschweinplage verbunden. Wir haben beim letzten Schneefall eine Zählung durchführen lassen. Sie hat ergeben, daß in unserem Lande schätzungsweise 22 000 Wildschweine vorhanden waren. (Hört!) Nehmen wir nur die geringsten Vermehrungsziffern, so dürfte im Sommer der Wildschweinbestand auf über 50 000 Stück gestiegen sein. Meine Damen und Herren! Das führt dazu, daß ganze Bezirke unseres Landes in der Frage der Aufbringung der neuen Saaten größte Besorgnis haben. Bei uns sind täglich Deputationen der Bauern, die darauf hinweisen, daß sie eigentlich eine Sisyphus-Arbeit verrichten und sie gar nicht die Mittel haben, um der Verheerung der Felder durch die Wildschweinplage entgegenzutreten. Die Wildschweinfrage ist eine Sicherheitsfrage für unsere Volksernährung geworden. Deshalb muß sie so oder so gelöst werden.

Die Frage des Abgeordneten Lorenz, welche Maßnahmen wir zur Verminderung der Brachflächen getroffen haben. Meine Damen und Herren! Die Bearbeitung von Brachflächen hat zwei Voraussetzungen nötig: Erstens, daß an Stelle des fehlenden Saatgutes Saatgut von anderen Wirtschaftsarten vorhanden wäre. Wir haben an unsere Landwirtschaft einen Appell gerichtet, soweit wie möglich das fehlende Kartoffelsaatgut durch eigene Getreidesaatgutmengen auszugleichen. Inwieweit das möglich ist, wird sich nach Abschluß der Bestellungsarbeiten erweisen. Im übrigen fehlt unsererseits leider die Voraussetzung, diese entsprechende Lenkung auszugleichen, weil uns auch die Saatgut-mengen der anderen Wirtschaftsarten nicht zur Verfügung stehen.

Lediglich einen Lichtblick hatten wir, daß in Anbetracht der großen Ausfälle an Winterraps wir von Hamburg 20 t Sommerraps einführen konnten, die in diesen Tagen zur Austeilung gelangten. Hierdurch ist eine ausreichende Versorgung für Sommerraps gesichert.

Bei der Frage der Fleischversorgung ist nicht nur die Tonnanzahl, die uns als Auflage auferlegt ist, beachtenswert, sondern die größte Sorge ergibt sich aus der

Gewichtsverschiebung. Wenn wir im Herbst noch für 1 t Fleisch 5-6 Stück Vieh brauchten, brauchen wir heute zur Erfüllung 8-10 Stück Großvieh. (Hört!) Die erhöhte Auflage und der Gewichtsverlust bedeuten einen Eingriff in unseren Viehbestand, den wir unter keinen Umständen mehr verantworten können.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Anbauverträge für Gemüse möchte ich dahingehend beantworten, daß wir unsrerseits eigentlich dem Vorgang nicht unsympathisch gegenüberstehen, sofern sich unsere Hoffnung erfüllt, daß, wenn die Militärregierung für ihre Economats die Gemüseversorgung gesichert hat, sie uns als deutsche Regierung über die übrigen Gemüseerträge die freie Verfügungsmöglichkeit geben würde. Wenn dies erfolgt, dürften die Anbauverträge keine schlechte Maßnahme sein. Irrig ist die Meinung des Abg. Lorenz, daß das fehlende Gemüse vom Vorjahr durch Nachforderungen ausgeglichen werden muß. Die Nachforderung bestand in 5000 t Kartoffeln, die inzwischen abgedeckt worden sind.

Die Frage der Beschaffung der Bedarfsartikel für die Landwirtschaft hat in den letzten Wochen wiederholt zur Aussprache zwischen dem Wirtschaftsministerium und unserem Ministerium geführt. Wir sind inzwischen soweit gekommen, daß der Wirtschaftsminister sich bereit erklärt hat, diejenigen Betriebe unseres Landes, die nach seiner Überprüfung für landwirtschaftliche Bedarfsgüter Produktionsanlagen haben, wieder in ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm einzuspannen und hierfür in Baden-Baden die Deblockierung der Rohstoffe zu beantragen. Unsererseits wird diese Maßnahme unterstützt. Wir hoffen eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Bedarfsgüter dadurch zu erreichen. Wir glauben, daß eine völlige Abdeckung der landwirtschaftlichen Bedarfsgüter erst dann erfolgen kann, wenn man Wirtschaftspolitik einmal über die engen Zonen Grenzen hinaus betreiben kann.

Zur Frage der Prioritätsstädte schließt sich das Landwirtschafts- und Ernährungsministerium der Mehrheitsauffassung des Landtages an, daß hier eine Änderung erfolgen muß. Wir sind der Meinung, daß die derzeitige Prioritätsordnung in sich ein Unrecht ist. Aber auch hier sind wir letzten Endes als Regierungsstelle auf die Ordonnanz 95 angewiesen.

Zur Frage der Vermehrung der Schwerarbeiter-Zulagen darf ich darauf verweisen, daß hier eine Anordnung besteht, daß wir innerhalb der Personengruppen Verschiebungen vornehmen dürfen, daß wir aber, wenn wir eine neue Gruppe hineinnehmen, dafür eine andere herausnehmen müssen. Meine Damen und Herren! Nun können Sie sich vorstellen, da die Grenzen schon so eng sind, daß uns diese Verschiebung außerordentlich schwer fällt, wie überhaupt die Besserung unserer Ernährungslage keine Frage der Änderung von Anordnungen, sondern eine Frage der Vermehrung der Erzeugung ist. Zu den Nahrungsmitteln, die wir verteilen können im Vergleich zu den Kompensationsgeschäften und zum schwarzen Markt, möchte ich, Herr Kollege Baumgärtner, eines betonen: Wir haben bisher festgestellt, daß in unserem Lande der Schwarze Markt im Vergleich zum Schwarzen Markt in den anderen Zonen sehr gering war. Es war für mich überraschend, daß neulich Berliner Herren, die in unserem Ministerium dienstlich zu tun hatten, am zweiten Tage zu mir kamen und mich baten, ihnen doch einige Zulagekarten auszuhändigen. Auf die Frage: Warum haben Sie sich denn nicht mit Marken versorgt? gaben sie mir zur Antwort: In Berlin kann man auch ohne Marken leben, aber hier in Koblenz ist das scheinbar

unmöglich. Ich weiß, daß auch hier Einzelercheinungen vorhanden sind, aber ich glaube, wer hier den Versuch machen wollte, nur vom Schwarzen Markt zu leben, hätte sich der Gefahr ausgesetzt, verhungern zu müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist doch kein Zweifel, daß die Erfassung in unserem Lande am besten organisiert ist. Sehen wir nicht nur die schwarze Seite, sondern auch die andere. Haben wir schon den Mut, zu bekennen, daß in unserem Lande die einzelnen Dienststellen im Interesse unserer Verbraucher in Verbindung mit der guten Moral, die bisher in weiten Landwirtschaftskreisen vorhanden war, mit Erfolg gewirkt haben.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, zu bekunden, daß ich über die gute Moral unserer Landwirte erfreut bin, schlechte gibt es überall. Aber ich bin erfreut, wenn ich festgestellt habe, daß die Erklärung vieler Landwirte: Im Frühjahr bauen wir nicht mehr an, als wir selbst brauchen, falsch war; daß ich recht hatte, als ich sagte: Wenn die Sonne wieder über die Fluren geht, denkt Ihr wieder anders. Dann seid Ihr wieder besorgt, eure Felder bestellen zu können. Und die Tatsache, daß Delegationen zu mir kamen und sagten: Gebt uns Saatgut, auch wenn der Ztr. Saatkartoffeln 8 RM. kostet, auch wenn wir sie für 3,50 RM. abgegeben haben, ist ein Beweis für unsere Landwirte und nicht gegen sie. Wir sind auch als Regierung der Meinung, daß wir uns gemeinsam überlegen müssen, wie wir in der Bewirtschaftung zu anderen Methoden kommen. Man kann nach 10jähr. Zwangswirtschaft nicht mehr auf den gleichen Wegen marschieren, die man 10 Jahre gegangen ist. Es ist das Problem einer Reorganisation gestellt und die Landesregierung hofft, daß in Verbindung mit einer von uns erhofften Wirtschaftsbelebung die Möglichkeit gegeben ist, mehr zu planen als zu bürokratisieren. Meine Damen und Herren! Es gibt viele, die Planung mit Bürokratisierung verwechseln. Wir alle können nur den baldigen Abbau der Überbürokratisierung anstreben, müssen uns aber klar sein, daß die Planung auf lange Jahre hinaus unvermeidbar sein wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Feststellung treffen. Herr Kollege Baumgärtner sagte: Die gleichen Probleme, die Sie heute hier erörtern, haben wir schon vor 3 Jahren erörtert. Es ist richtig, die gleichen Probleme haben uns in der Beratenden Landesversammlung vor 2 Jahren bewegt. Es ist aber gegenüber der damaligen Erörterung eine Änderung eingetreten, nämlich, daß die gegenseitige Verpflichtung der Landesteile heute wirksam geworden ist. (Zuruf: Wo?) Wenn Ludwigshafen heute seine 3 Ztr. Kartoffeln erhalten konnte, dann dank dieser inneren Verpflichtung unseres gesamten Landes. Wenn in einzelnen anderen Gebieten der von der Regierung aufgestellte Versorgungsplan nicht durchgeführt werden konnte, dann geschah es, weil andere Anordnungen getroffen wurden. Hätte man uns gewähren lassen, hätte man, bevor der 3. Zentner ausgegeben worden ist, die restlose Ausgabe des 2. Zentners gesichert. Wenn wir vor 3 Jahren schon vor dem Problem gestanden haben, wollen wir heute, wo wir vor dem schwersten Problem stehen, uns daran erinnern, daß wir im Herbst mit den gleichen Problemen vor dem Winter gestanden haben. Und eine offene Frage an Sie:

Wer hätte gerechnet, daß wir diesen Winter so verhältnismäßig gut überleben würden? Ich glaube, in der Tatsache, daß wir bis zu dieser Stunde ohne größere Erschütterungen gekommen sind, liegt ein sehr großer Beweis für den Arbeitsfleiß begründet, den

alle Dienststellen bis herunter ins kleinste Dorf bekundet haben in Durchführung ihrer Aufgaben. Ich glaube, daß die von uns eingerichteten Dorfleistungsausschüsse mehr Kleinarbeit geleistet haben, als ihnen jemals gedankt werden wird. Ich bin der Meinung, daß dieses Instrument auch in der kommenden Versorgungsperiode von entscheidender Bedeutung sein kann.

Ich möchte nochmals betonen: Die Landesregierung hat nur den einen Wunsch, daß die Selbstverwaltung in den Gemeinden so funktioniert, daß jeder Polizist bei den Erfassungsmaßnahmen überflüssig wird.

Es wird eigenste Aufgabe unserer Landwirte sein, die von uns getroffenen Maßnahmen richtig zu verstehen und dafür zu sorgen, daß die großen Sünder in ihrer Mitte dem Berufsstand keinen Schaden zufügen können.

Aber wenn wir heute in einer Stunde stehen, wo die Sonne wieder höher steigt und wo das Leben in sich zu einer neuen Hoffnung Berechtigung gibt, dann, meine Damen und Herren, möchte ich heute der Meinung Ausdruck geben, wie ich es im Herbst in der schwersten Situation tat, als wir uns damals zusammenfanden, daß durch internationale Maßnahmen uns doch ein Ausweg gezeigt wird. Das Gewissen der Welt wird heute auch in der Ernährungsfrage geprüft. Ich hoffe, daß die Welt diese Prüfung besteht und daß sie uns den Beweis dafür gibt, das ist unsere innigste Hoffnung als Demokraten, daß Demokratie mehr ist als nur eine politische Struktur, daß in der Demokratie gleichzeitig die Sicherung gegeben ist, daß die Menschen nicht zu verhungern brauchen, sofern sie gewillt sind, ihre besten Kräfte für die eigene Lebenssicherung einzusetzen. Das, Herr Kollege Baumgärtner, wird im Zusammenhang mit den heute früh erörterten Problemen die Prüfung sein, und wir glauben und hoffen, daß sich eine neue Lösung für uns anbahnt. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, um eines bitten, draußen immer klar zu betonen, wo die Verantwortlichkeit der deutschen Stellen liegt, darüber hinaus aber festzustellen, daß die deutschen Dienststellen in den kommenden Monaten alles versuchen werden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Für uns gibt es dabei nur eine Aufgabe: zu verhindern suchen, daß auch nur einer in unserem Volke verhungert. Wenn wir im kommenden Sommer feststellen können, daß wir dieses Ziel auch unter den größten Schwierigkeiten erreicht haben, dann sollte das der wertvollste Beitrag für den Wiederaufbau gewesen sein, den wir zu erstatten hatten.

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die mit der Debatte verbundenen Anträge.

Zunächst **Punkt 12 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der CDU, betr. Ingangsetzung der Marmeladenherstellung (Drucksache II/282)**. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich danke - bitte um die Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den **Antrag der SPD, Punkt 14 der Tagesordnung, betr. Rückgabe des Altenteiles an durch das Erbhofgesetz geschädigte Bauern (Drucksache II/284)**. Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Antrag dem Rechtsausschuß und dem Agrarpolitischen Ausschuß zu überweisen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Vorschlag des Ältestenrates zustimmen wollen, die Hand

zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der Fraktion der CDU, Punkt 18 der Tagesordnung betr. Zuteilung von Fett und Nährmittel an werdende und stillende Mütter (Drucksache II/304)**. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Danke - das ist die überwiegende Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich komme zurück auf **Punkt 16, Antrag der Fraktion der SPD, betr. Sofortmaßnahme zur Lieferung von Rebschädlingsbekämpfungsmitteln (Drucksache II/238)**. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit - der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der SPD, Punkt 20 der Tagesordnung (Drucksache II/306), betr. Zuteilung an Teilselbstversorger**. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die überwältigende Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem **Antrag der CDU, Punkt 21 betr. Saatkartoffeln an Kleinstanbauer (Drucksache II/307)**. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die überwältigende Mehrheit - der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der CDU, Punkt 23 der Tagesordnung betr. Sonderzuteilung an Normalverbraucher über 70 Jahre (Drucksache II/309)**. Wer dem Antrag zustimmen will, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die überwältigende Mehrheit.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der CDU, Punkt 25 der Tagesordnung betr. Hofkontrollen auf Höfen, die das Ablieferungssoll erfüllt haben (Drucksache II/311)**. Hierzu liegt der Antrag der demokratischen Fraktion vor, diesen Antrag in folgender Form anzunehmen: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird ersucht anzuordnen, daß in den bäuerlichen Betrieben, die das Ablieferungssoll gemäß Feststellung des Dorfleistungsausschusses erfüllt haben, Hofkontrollen nicht mehr durchgeführt werden. Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag in dieser Form zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich danke - das ist die überwältigende Mehrheit. Damit ist durch die Neuformulierung der ursprüngliche Antrag der CDU erledigt.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der CDU, Punkt 27 der Tagesordnung betr. Bestimmungen zu den Art. IV bis VI des Kontrollratsgesetzes Nr. 45 (Drucksache II/314)**. Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Auch das ist die überwältigende Mehrheit. (Zuruf: Überweisung an den Rechtsausschuß.) Es wird Überweisung an den Rechtsausschuß beantragt. Sind die Antragsteller damit einverstanden? (Zuruf: Ja.) Ich stelle fest, daß Überweisung an den Rechtsausschuß erfolgen soll. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe das überschen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den **Antrag der Fraktion der SPD Punkt 32 der Tagesordnung betr. zusätzliche Viehlieferungen in den Monaten November und Januar und Anrechnung auf die Ablieferungsaufgaben (Drucksache II/323)**. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich die Hand zu erheben. Ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zum **Antrag der SPD betr. Lieferung von gleichwertigen Lebensmitteln bei Ausfall von Kartoffeln und Gewährung von Schwerarbeit**

terzulagen an Landwirte, Punkt 33 der Tagesordnung (Drucksache II/324). Es wird beantragt, Überweisung an den Ernährungsausschuß. Ich bitte diejenigen, die dem zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Der Antrag ist an den Ernährungsausschuß überwiesen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 36 der Tagesordnung. Antrag der Fraktion der CDU betr. Senkung der Gebühren bei Notschlachtung (Drucksache II/331). Wer diesen Antrag annehmen will, bitte ich die Hand zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Es kommt nunmehr noch der Antrag der CDU über die Urbarmachung brachliegenden Geländes, Punkt 38 der Tagesordnung (Drucksache II/332). Der Antrag soll dem Agrarpolitischen Ausschuß überwiesen werden. Wer der Überweisung zustimmen will, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die überwältigende Mehrheit, es ist so beschlossen.

Punkt 30 der Tagesordnung ist noch rückständig, Antrag der CDU betr. Kartoffelerfassungskosten (Drucksache II/315). Der Ältestenrat schlägt Überweisung an den Finanzausschuß vor. Die Antragsteller stimmen zu. Ich bitte diejenigen die Hand zu erheben, die die Überweisung beschließen wollen. Das ist die überwältigende Mehrheit.

Die Große Anfrage der SPD betr. Viehwirtschaft, Punkt 29 der Tagesordnung, ist durch die Besprechung und die Erklärung des Herrn Ministers und des Herrn Ministerialdirektors Schmidt erledigt.

Ich erteile nunmehr, bevor wir zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen, zur Abgabe einer Erklärung gemäß § 59 der Geschäftsordnung das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion der Demokratischen Partei, Herrn Abgeordneten Dr. Neubronner.

Abg. Dr. Neubronner:

Meine Damen und Herren! Ich habe in der heutigen Vormittagssitzung bereits die Erklärung abgegeben, daß durch die Abstimmung über den Entschließungsantrag zum Marshall-Plan für uns eine neue politische Lage entstanden ist, zu der wir uns die Entschlüsse vorbehalten müssen. Ich habe hierzu folgende Erklärung abzugeben:

„Durch die Abstimmung über die Entschließung zum Marshall-Plan und den hierdurch veranlaßten Mißtrauensantrag gegen den Herrn Minister Feller wird eine Partei aus der Vierparteienkoalition ausscheiden. Damit ist das zwischen den vier Parteien geschlossene Koalitionsabkommen hinfällig geworden. Die demokratische Partei zieht hieraus die Folgerung und scheidet aus der Regierungskoalition aus.“

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Das Haus hat die Erklärung des Vorsitzenden der Demokratischen Fraktion zur Kenntnis genommen. Diese Erklärung bedarf der Ergänzung durch die persönliche Erklärung des Herrn Ministers gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten. Nach den Bestimmungen der Verfassung wird der Herr Minister Dr. Neumeyer die Geschäfte weiterzuführen haben, bis der Herr Ministerpräsident entsprechend den ihm zugehenden Antrag einen Nachfolger oder die anderweitige Vertretung bestimmt hat. Der Herr Ministerpräsident wird alsdann dem Hohen Haus zu gegebener Zeit mitteilen, welche Regelung getroffen ist. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung: 1. Beratung eines Gesetzes über die Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz (Drucksache II/290). Zur Begründung erteile ich das Wort dem Herrn Innenminister. (Zuruf: Fünf Minuten Pause.)

Es tritt eine kurze Pause ein.

Präsident Diel (nach der Pause):

Vor Punkt 2 der Tagesordnung hat zur Begründung des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz Herr Staatsminister Steffan das Wort.

Staatsminister Steffan:

Meine Damen und Herren! In der Drucksache II/290 hat die Landesregierung den Entwurf zum Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise unseres Landes vorgelegt. Über die Notwendigkeit dieser Vorlage braucht wohl kein Wort gesprochen zu werden, da bei wiederholten Besprechungen der Wunsch ausgedrückt wurde, alsbald die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise gesetzlich geregelt zu sehen. Der Ihnen vorgelegte Entwurf ist zustandegekommen unter Berücksichtigung der Eigenart der Bezirke unseres Landes. Seither galt die Deutsche Gemeindeordnung von 1935, die preußischen Selbstverwaltungsgesetze, die Hessische Gemeindeordnung, vor allem die Bayerische Gemeindeordnung für die Pfalz. Aus allen diesen verschiedenen Gesetzen hat der Entwurf das herausgestellt und zusammengefaßt, was Ihnen in der Drucksache II/290 vorgelegt wurde.

Die Regierung erhofft nach der Annahme dieser Vorlage, daß es den Gemeinden möglich sein werde, unter Betonung der Selbstverwaltung die Ordnung in die Verwaltung hineinzubringen, ohne die es in einem geordneten Gemeinschaftsleben nicht geht. Und, wenn die Regierung dabei erklärt, daß sie bestrebt war, bei der Ausarbeitung dieser Vorlage den demokratischen Gedanken der Selbstverwaltung ganz besonders zu unterstreichen, so ging sie dabei von der Annahme aus, daß alle diejenigen, die in der Selbstverwaltung tätig sind, durchdrungen sein müssen von dem Gefühl, daß sie damit auch zugleich die Selbstverantwortung zu übernehmen haben. Wir wünschen, daß in der kleinsten Zelle des Staates, in der Gemeinde, der demokratische Gedanke Eingang findet und daß dieser demokratische Gedanke lebendig gestaltet wird. Denn die Betonung der Selbstverantwortung und die Betonung der demokratischen Gestaltung wäre sinn- und wertlos, wenn alles das nicht aus dieser lebendigen Gestaltung geschaffen werden könnte. Ich kann es mir versagen, auf Einzelheiten der Vorlage in besonderen einzugehen. Die Vorlage war wiederholt Gegenstand von Beratungen in dem dafür zuständigen Ausschuß. Soweit aber auf den sachlichen Inhalt der Vorlage von Seiten der Regierung besonders eingegangen werden muß und hierzu im einzelnen noch Ausführungen zu machen sind, wird mein Vertreter, Herr Staatssekretär Dr. Wuermeling, Stellung nehmen.

Ich wünsche im Namen der Landesregierung, daß die Verabschiedung alsbald erfolgt und daß sie, nachdem sie Gesetz geworden ist, sich zum Segen unserer Gemeinden und Kreise im Lande auswirken kann.

Präsident Diel:

Zur Ergänzung der Ausführungen des Herrn Innenministers hat Herr Staatssekretär Dr. Wuermeling das Wort.

Staatssekretär Dr. Wuermeling:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im Ministerium des Innern lebhaftes Interesse daran, daß die wesentlichen Probleme, die im Selbstverwaltungsgesetz stecken, ausgiebig in der gesamten Öffentlichkeit und nicht nur in den Fachkreisen und in den Büros der Ministerien und Verwaltungen erörtert werden. Das Selbstverwaltungsgesetz soll nicht zustande kommen in trockener Büroluft, sondern in der leben-

digen Wirklichkeit unseres Volkes und in engster Zusammenarbeit mit allen Schichten unserer Bevölkerung und mit allen Landesteilen.

Solche Diskussionen der Hauptfragen haben in den letzten Wochen schon in ziemlichem Umfange stattgefunden, in Fachkreisen einerseits, in den kommunalpolitischen Organisationen und den gemeindlichen Spitzenverbänden, auch im Rundfunk und - leider wenig bisher - in der Presse andererseits.

Vor allem hat sich der Hauptausschuß des Landtages in mehrtägigen Beratungen eingehend mit dem Gesetzentwurf befaßt und bereits eine Neufassung des Entwurfes in der Ihnen zugegangenen im Abzugsverfahren vervielfältigten Drucksache fertiggestellt. Ich darf davon ausgehen, daß der allgemeine Inhalt Ihnen aus den Drucksachen und Diskussionen bekannt ist. Ich möchte der in Gang gekommenen Diskussion einen neuen Auftrieb dadurch geben, daß wir einige wesentliche Probleme des Gesetzentwurfes hier einmal im Plenum des Landtags vor den gesamten Abgeordneten und vor allem aber auch vor der gesamten Bevölkerung erörtern. Ich will mir Mühe geben, diese Erörterung im Rahmen reiner Sachlichkeit und Nüchternheit vorzunehmen, nicht mit irgendwelchen politischen Erwägungen. Diese Art der Behandlung wird um so leichter sein, als sich im Hauptausschuß gezeigt hatte, daß diese Probleme vielfach gar nicht parteipolitisch gesehen und behandelt werden, sondern daß die Verschiedenheit der Meinungen häufig direkt quer durch die einzelnen Parteien geht.

Wenn ich zu einigen Grundfragen Stellung nehme, bitte ich zunächst vier Grundlinien des Gesetzentwurfes herausstellen zu dürfen:

1. Der Gesetzentwurf will keine grundsätzliche Strukturänderung in der gemeindlichen Selbstverwaltung gegenüber dem Zustand, wie er vor 1933 bestanden hat, herbeiführen.
2. Der Gesetzentwurf will eine neuzeitliche Formulierung eines demokratischen Rechtszustandes auf der Grundlage des Selbstverwaltungsgedankens.
3. Der Gesetzentwurf will besonders die Berücksichtigung historischer und bewährter Gegebenheiten und Traditionen der einzelnen Landesteile von Rheinland-Pfalz, also keine schematische Gleichmacherei über das ganze Land hinweg.
4. Will der Gesetzentwurf alle nationalsozialistischen und zentralistischen Gedankengänge aus unserem Selbstverwaltungsrecht entfernen, eine selbstverständliche Konsequenz aus der Beseitigung des vergangenen Systems.

Das waren die Grundzüge und Grundlagen unserer Gedankengänge bei Schaffung des Gesetzentwurfes. Nun einige Einzelprobleme, die in besonderem Maße bisher in den Fachkreisen und auch in der Öffentlichkeit behandelt worden sind.

1. Da taucht zunächst das Problem des hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Bürgermeisters auf. Es besteht allgemein Einmütigkeit darüber, daß die derzeitige Regelung, die seit 1946 besteht, derzufolge alle Bürgermeister auch in den größeren Städten ehrenamtlich sein sollen, sich nicht bewährt hat, weil eine vollamtliche Inanspruchnahme einer Persönlichkeit durch ein Amt auch bedingt, daß eine hauptamtliche Vergütung für diese vollamtliche Tätigkeit gezahlt wird. Dieser Gedanke ist besonders wichtig, gerade auch, meine Damen und Herren, vom demokratischen Gesichtspunkt aus. Denn wenn wir ehrenamtliche Bürgermeister dort einführen oder behalten würden, wo hauptamtliche Beanspruchungen stattfinden, diesen Persönlichkeiten aber durch eine bloße Aufwandsentschädigung nicht

die Sicherung des Lebensunterhaltes für die geleistete Arbeit gestatten, würden wir den Kreis der für die Bürgermeister in Frage kommenden Persönlichkeiten auf die wirtschaftlich starken Volksschichten beschränken. Das können und dürfen wir gerade aus demokratischen Gesichtspunkten heraus nicht. Wir müssen jedem, ganz gleich, ob er Examen gemacht hat oder nicht, wenn er die Eignung besitzt, den Zugang auch für Oberbürgermeisterstellen offen lassen. Die Aufwandsentschädigung deckt nur gewisse Ausgaben und soll kein Ersatz für ein Gehalt sein. Sie kann die Aufgabe, die wirtschaftliche Existenz zu sichern, nur dann erfüllen, wenn sie in ein Gehalt, also hauptamtliche Anstellung, umgewandelt wird. Nun taucht in diesem Zusammenhang die Frage auf: Wo zieht man die Grenze zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeistern? Der Entwurf der Regierung sah vor, daß in allen Gemeinden über 5000 Einwohner hauptamtliche Bürgermeister angestellt werden müßten. Man ging dabei davon aus, daß schon bei 5000 Einwohnern die Beanspruchung der betreffenden Persönlichkeit durch die geleistete Tätigkeit so stark ist, daß irgendeine andere Tätigkeit daneben nicht mehr möglich ist. Im Ausschuß war man grundsätzlich auch dieser Auffassung, glaubte jedoch, der Selbstverwaltung etwas mehr Spielraum geben zu sollen, indem man auch den Gemeinden zwischen 5000 und 10 000 Einwohnern ermöglichte, ehrenamtliche Bürgermeister einzustellen, wenn sie es wünschen. So wurde im Ausschuß die Grenze für das „muß“ zum hauptamtlichen Bürgermeister bei 10 000 Einwohnern festgelegt, während bei 2000 bis 10 000 Einwohner ehrenamtliche oder hauptamtliche Bürgermeister eingesetzt werden können. In Gemeinden unter 2000 Einwohner sollen nach der Auffassung des Hauptausschusses nur ehrenamtliche Bürgermeister tätig sein. Es ist die Anregung gegeben worden aus Kreisen von Hessen-Nassau, wo auch in kleineren Gemeinden unter Umständen die Notwendigkeit eines hauptamtlichen Bürgermeisters besteht, die Grenze noch weiter herabzusetzen. Darüber kann gesprochen werden, dagegen bestehen keine Bedenken. Wir wollen aber, meine Damen und Herren, wenn wir die Notwendigkeit des hauptamtlichen Bürgermeisters für die großen und mittleren Gemeinden nicht herausstellen, ohne gleichzeitig ein grundsätzlich starkes Bekenntnis zu der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Gemeinde-Selbstverwaltung abzulegen. Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Gemeinde-Selbstverwaltung ist etwas, was sich gerade in unserem Land in langen Jahrzehnten außerhalb der nationalsozialistischen Epoche aufs beste bewährt hat. Wir wollen auch nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den gerade heute in mühevoller Arbeit in der Gemeinde-Selbstverwaltung ehrenamtlich tätigen Kräften, die die schwere Last als unterste Organe des Staates zu tragen haben, unseren Dank und unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen.

2. Meine Damen und Herren! Das zweite Problem wäre die Wahldauer des Bürgermeisters. Der Entwurf sah vor, daß die ehrenamtlichen Bürgermeister auf vier Jahre und die hauptamtlichen Bürgermeister auf zehn Jahre gewählt werden. Für die vierjährige Amtsdauer sprach der Umstand, daß im Zuge der Neuwahl der Gemeindevertretung ein Wechsel in der Volksstimmung zum Ausdruck kommen kann, und daß diese andere Volksstimmung auch in der Person des Gemeindeoberhauptes zur Auswirkung kommen muß. Aus diesem Grunde hat man den Ablauf der Wahlperiode bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern mit dem Ablauf der Wahlperiode der Gemeindevertretung für richtig ge-

halten. Dagegen sprach die Erwägung, daß die Kontinuität der Verwaltung besser gesichert ist, wenn eine längere Wahldauer eingeführt wird. Das ist bei kleineren Gemeinden aber nicht so wichtig. Anders liegen die Dinge bei den hauptamtlichen Bürgermeistern größerer Gemeinden. Dort ist die Kontinuität der Verwaltung und Planung auf lange Sicht wesentlich wichtiger als in kleineren Gemeinden. Schon aus diesem Grunde liegt der Gedanke nahe, hier die Wahldauer länger festzusetzen. Hinzu kommt, daß tüchtige Berufsbürgermeister, die ja vielfach aus höheren oder weniger hohen Staatsstellungen kommen, nur zu gewinnen sind, wenn man ihnen einigermaßen angemessene Bedingungen, auch hinsichtlich der Zeit ihrer Tätigkeit, bieten kann. Aus diesem Grunde ist der Ausschuß über die Regierungsvorlage hinausgegangen und hat die altbewährte Amtsdauer von 12 Jahren wiederhergestellt. Wichtig ist diese lange Amtsdauer auch deshalb, weil man ja nach kurzfristiger Amtszeit eine angemessene Versorgung von Seiten der Gemeinden nicht bieten kann. Sonst würden die Gemeindefinanzen zu sehr belastet. Andererseits sind die tüchtigen Kräfte ohne Pensionszusicherung nicht zu haben, wenn sie aus dem pensionsberechtigten Staatsdienst kommen.

3. Die dritte Frage, die ich behandeln wollte, wäre die der Wahl des Bürgermeisters durch die Gemeindevertretung oder durch die Bürgerschaft. Meine Damen und Herren! Diese Frage ist an sich durch Artikel 50 unserer Verfassung beantwortet. Es heißt da:

„In allen Gemeinden und Gemeindeverbänden sind von den Bürgern Vertretungskörperschaften nach den Grundsätzen des Artikels 76 zu wählen. Diesen steht die Wahl der leitenden Beamten zu.“

Es muß wohl anerkannt werden, daß man bei der Schaffung dieser Bestimmung eigentlich mehr an die hauptamtlichen Bürgermeister gedacht hat. Es ist andererseits aber nicht zu bestreiten, daß die Bestimmung so allgemein formuliert ist, daß auch die ehrenamtlichen Bürgermeister darunter fallen. Demgegenüber sind nun Wünsche aus der Pfalz und Rheinhessen an uns herangetragen worden, man solle die früher dort bestens bewährte Volkswahl des Bürgermeisters, jedenfalls in den kleinen Gemeinden, etwa in den Landgemeinden bis 2000 Einwohner wieder herstellen. Dafür spricht meines Erachtens die Konsequenz, daß der vom Volk gewählte Bürgermeister gegenüber seiner Gemeindevertretung eine stärkere Position und größere Autorität hat als der aus der Gemeindevertretung gewählte Bürgermeister. Dafür spricht weiter der Gedanke, daß der sogenannte „Klüngel des Gemeinderats“ durch die Volkswahl ausgeschaltet wird. Gegen die Volkswahl spricht der schon zitierte Artikel der Verfassung, und andererseits, nüchtern betrachtet, auch der Gedanke, daß dieser Klüngel, der im Gemeinderat möglich ist, in den Verhältnissen einer kleinen Gemeinde natürlich genau so zwischen den Familien der Gemeinde möglich ist, so daß die Gefahr, die man im Gemeinderat sieht, unter Umständen auch in der Gesamtbevölkerung vorhanden sein könnte. Wesentlich scheint mir die grundsätzliche Beantwortung der Frage: Wo rechnen wir mit dem größten Verantwortungsbewußtsein und der größten Sachkunde für die Beurteilung der Frage, wer die Leitung der Gemeinde übernehmen soll. Wenn man so fragt, liegt der Gedanke nahe, zu sagen, daß die verantwortlichen, vom Volk gewählten Gemeindevertreter mindestens im gleichen Ausmaß, wahrscheinlich mehr, dieses Verantwortungsbewußtsein haben als jeder einzelne Bürger, der sich ja nicht so stark mit öffentlichen Problemen und den Fragen der Gemeindeverwaltung befaßt. Immer-

hin möchte ich erklären, daß die Frage der Wiedereinführung der Volkswahl in den kleinen Gemeinden für den Süden des Landes eine durchaus diskutierbare Angelegenheit ist, über die im Hauptausschuß noch zu sprechen wäre. Wir müssen uns jedoch bewußt sein, daß gegebenenfalls eine formelle Verfassungsänderung notwendig würde, um diese Regelung treffen zu können.

4. Die vierte Frage ist die Frage der Vereinbarkeit des Amtes als Gemeinde-Bediensteter mit der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung, also die Frage, ob jemand, der auf dem Rathause arbeitet, gleichzeitig in der Gemeindevertretung Sitz und Stimme haben kann. Der Regierungsentwurf hat diese Frage verneint. Der Hauptausschuß hat mit sehr großer Mehrheit die Frage bejaht. Lassen Sie mich die Gesichtspunkte des Für und Wider hier einmal kurz darlegen. Gegen diese Vereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Verwaltung und der Gemeindevertretung spricht die Tatsache, daß die Gemeindevertretung das Kontrollorgan der Gemeindeverwaltung ist, und daß der Kontrollierte nicht gleichzeitig Kontrolleur sein soll, was in den engen Verhältnissen, zumal in kleineren Gemeinden, von besonderer Wichtigkeit ist. Es kommt hinzu das Bedenken, das sich praktisch gelegentlich bewahrheitet hat, daß Gemeindeverwaltungs-Mitglieder dienstliche Zwistigkeiten mit ihrem Bürgermeister in ihrer Gemeindevertretung öffentlich mit dem Bürgermeister austragen oder solche Austragungen androhen, wodurch das gute und einträchtige Verhältnis zwischen dem Bürgermeister und den Mitgliedern der Gemeindeverwaltung gestört würde. Auch könnten Gemeindeverwaltungs-Mitglieder ihre Eigenschaft als Mitglieder der Gemeindevertretung mittelbar oder unmittelbar dazu benutzen, um etwa eigene Wünsche auf Regelung ihrer persönlichen Verhältnisse zu verwirklichen.

Eine Parallele für den Ausschluß von der Ausübung des Rechts als Mitglied der Gemeindevertretung liegt vor, wenn wir daran denken, daß Gemeinderatsmitglieder, die durch verwandtschaftliche Beziehungen irgendwie als befangen anzusehen sind, trotz der Gleichheitsbestimmungen der Verfassung nicht berechtigt sind, an der Beschlußfassung mitzuwirken und die Versammlung verlassen müssen. Wir haben eine weitere Parallele, die in der Verfassung selbst verankert ist, daß Mitglieder der Hauptwirtschaftskammer ausgeschlossen sind von der Wahl zum Landtag, weil die Zugehörigkeit zu diesen beiden Körperschaften von der Verfassung nicht gleichzeitig zugelassen ist. Schließlich sprach gegen diese Regelung die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, die sich ziemlich einstimmig dahin ausgesprochen haben, daß die Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung nicht vereinbar sei mit der gleichzeitigen Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung.

Dafür, daß man auch die Gemeindeverwaltungs-Mitglieder in den Gemeinderat wählen lassen kann, spricht der Grundsatz der Verfassung, daß vor dem Gesetz alle gleich sind und jeder zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen ist. Die Stellungnahme der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe geht dahin, daß man die Gemeindeverwaltungs-Mitglieder nicht zu Staatsbürgern zweiten Ranges machen darf, und hat zweifellos gewisse Überzeugungskraft. - Aus diesem Grund hat sich der Hauptausschuß auch veranlaßt gesehen, die Vereinbarkeit der beiden Ämter wiederherzustellen. Der Hauptausschuß hat dabei in keiner Weise die Bedenken verkannt, die sich daraus ergeben, und hat der Erwartung Ausdruck verliehen, daß die

Parteien durch die Gestellung entsprechender Kandidaten die Gewähr schaffen, daß irgendwelcher Mißbrauch mit der Doppelzugehörigkeit zur Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung vermieden wird.

Letzlich, meine Damen und Herren, muß diese Frage vom Landtag endgültig entschieden werden.

5. Eine weitere wichtige Frage, die sehr stark umstritten ist in den kommunalen Organisationen und auch in der Öffentlichkeit, ist die, ob der Bürgermeister in der Gemeindevertretung das Stimmrecht hat. Der Entwurf der Regierung hat das Stimmrecht des Bürgermeisters in der Gemeindevertretung verneint, und zwar aus folgenden Gründen: Der Bürgermeister ist nicht Mitglied der Gemeindevertretung, sondern steht als Exekutivorgan der Vertretung, also dem legislativen Organ gegenüber. Der Gesichtspunkt der Gewaltenteilung sollte eine Vereinbarkeit der beiden Ämter als Bürgermeister und als Mitglied der Gemeindevertretung nicht ermöglichen.

Dieser Standpunkt ist auch eine Konsequenz der demokratischen Volkswahl auf der Basis des Verhältniswahlrechtes, denn Sitz und Stimme im Gemeinderat werden durch die Volkswahl ausschließlich nach dem Verhältniswahlrecht verteilt, und es träte eine Verschiebung, um nicht zu sagen, eine Verfälschung des demokratischen Wahlergebnisses ein, wenn ein nicht aus dieser Gemeinderats-Volkswahl hervorgegangener Bürgermeister nun eine zusätzliche Stimme in dieser demokratisch gewählten Gemeindevertretung bekommt. Der Gegenstand, die Autorität des Bürgermeisters würde durch das Fehlen des Stimmrechtes beeinträchtigt, schien eigentlich nicht besonders überzeugend. Denn der Bürgermeister soll in der Gemeindevertretung nicht durch seine Stimme wirken, sondern durch seine Sachkunde, durch die Überzeugungskraft seines Wortes, durch die Fähigkeit, die Gemeinderatsmitglieder von der Richtigkeit seiner eigenen Auffassung zu überzeugen - und schließlich ist auch in der Regel die eine Stimme, die der Bürgermeister abgeben kann, nicht von entscheidender Bedeutung, weil es auf die eine Stimme meistens nicht entscheidend ankommt.

Meine Damen und Herren! Der Hauptausschuß hat sich der Stellungnahme der Regierung insoweit angeschlossen, als er den Grundsatz gebilligt hat, daß der Bürgermeister, der nicht gewähltes Mitglied der Gemeindevertretung ist, auch kein Stimmrecht haben soll aus den eben angegebenen Gründen.

Da aber die Vereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung mit dem Amt des Bürgermeisters vom Hauptausschuß beschlossen wurde, hat nach der Ausschlußfassung selbstverständlich der Bürgermeister, der gewähltes Mitglied der Gemeindevertretung ist, als solches Stimmrecht wie jedes andere gewählte Gemeinderatsmitglied auch.

Das wird in den kleineren Gemeinden, in ländlichen Verhältnissen dazu führen, daß die Bürgermeister, die ja meist aus der Zahl der Gemeindevertreter gewählt werden, auf diese Weise praktisch in der Regel Stimmrecht haben. Problematisch wird die Sache allerdings, wenn wir etwa zu einer Volkswahl der Bürgermeister in den südlichen Landesteilen kämen. Dann ist wohl zuzugeben, daß die Position des durch Volkswahl gewählten Bürgermeisters selbst dann, wenn er nicht Mitglied der Gemeindevertretung ist, durch diese Volkswahl, demokratisch gesehen, so stark ist, daß man eventuell über das wahlformale Bedenken der Zusätzlichkeit seiner Stimme hinwegsehen und ihm dann als Volksbürgermeister das Stimmrecht geben könnte. Man könnte sogar erwägen, noch darüber hinauszugehen

und entsprechend der Tradition der einzelnen Landesteile dem ehrenamtlichen Bürgermeister, der ja genau so ehrenamtlich tätig ist wie die Gemeindevertretung, allgemein Stimmrecht geben. Das ist bisher noch nicht beschlossen, aber es scheint, daß man darüber noch diskutieren kann.

6. Ein weiteres Kapitel, dem ich ganz außerordentliche Wichtigkeit beimessen möchte und auf dessen Darlegung ich hier großes Gewicht lege, ist die Frage der Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung. Die Staatsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände hat nach der Verfassung sicherzustellen, daß die Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird. Mehr nicht! Alles andere ist Sache der durch Artikel 49 der Verfassung garantierten Selbstverwaltung, in deren Bereich die Staatsaufsicht im übrigen keinerlei Anweisung erteilen kann. Die Aufsicht soll nach § 111 des Entwurfes so gehandhabt werden, daß die Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit der Gemeindeverwaltung gefördert und nicht beeinträchtigt wird. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist gut, wenn ich hier in diesem Zusammenhang gerade vom Ministerium des Innern aus einmal vor aller Öffentlichkeit erkläre: Es ist notwendig, daß sich alle Angehörigen aufsichtsführender Dienststellen diese verfassungsmäßige Begrenzung der Staatsaufsicht auf die Sicherung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung immer wieder vor Augen führen, um sich noch mehr als bisher von bürokratischen, zentralistischen oder gar nationalsozialistischen Führerstaats-Reminiszenzen und entsprechenden Praktiken freizumachen. Und ich möchte von dieser Tribüne des Landtages aus eine entsprechende Bitte und Aufforderung an alle Mitglieder der Staatsaufsichtsbehörden richten: Die Selbstverwaltung ist die Grundlage der Gemeindeverwaltung, nicht eine Gängelung durch staatliche Aufsichtsbehörden.

Die Mittel der Staatsaufsicht sind die, die aus dem früheren Recht bekannt sind, das Informationsrecht, das Beanstandungsrecht bei Gesetzeswidrigkeit, die Ersatzvornahme durch die Aufsichtsbehörden und im alleräußersten Fall die Entsendung eines Beauftragten der Staatsaufsichtsbehörde mit entsprechenden Befugnissen. Schließlich wird die Staatsaufsicht ausgeübt durch Erteilung aufsichtsbehördlicher Genehmigungen, die aufs äußerste Maß beschränkt worden sind. Sie mußten aber aufrechterhalten werden, insbesondere auch hinsichtlich des Stellenplanes, weil angesichts der schwierigen Finanzlage hier eine Mitwirkung der Staatsaufsicht geboten ist. Auch die Satzungen der Gemeinden und Gemeindeverbände bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Diese Genehmigung ist insbesondere deswegen vorgesehen, weil man gerade in kleinen Gemeinden sicherstellen will, daß die Formulierung der Satzungen den juristischen Erfordernissen voll und ganz Rechnung trägt.

Eine Hauptfrage, meine Damen und Herren, bezüglich der Staatsaufsicht ist: Wie ist die Selbstverwaltung gegen etwaige Mißbräuche der Staatsaufsicht gesichert? Da geht das Gesetz einen ganz klaren Weg und schafft für alle nur denkbaren Fälle eine Garantie für die Selbstverwaltung gegen etwaige Übergriffe durch die Staatsaufsicht, indem zunächst gegen jede Maßnahme der Staatsaufsichtsbehörde eine Beschwerde an die obere Aufsichtsbehörde vorgeschrieben ist. Und dann ist - das ist entscheidend - als weiterer Rechtszug die Klage im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Verwaltungsgericht, nicht nur etwa bei Beanstandungen, sondern auch bei der Versagung von Genehmigungen gegeben. So ist die Sicherung unserer Selbstverwaltung letztlich nicht etwa in die Hand der Staatsauf-

sichtsbehörden, sondern in die Hand unserer unabhängigen Verwaltungsgerichte, in letzter Instanz des Landesverwaltungsgerichtes, gegeben, das den Rahmen der Selbstverwaltung durch seine Rechtsprechung abgrenzt und die verfassungsmäßigen Selbstverwaltungsrechte sichert.

Meine Damen und Herren! Das sind einige Punkte zur eigentlichen Gemeindeverfassung.

7. Nun, meine Damen und Herren, einige wenige Worte zu dem schwierigen Problem der zwischengemeindlichen Verwaltungseinrichtungen in der Instanz zwischen Gemeinde und Kreis. Die Lösung dieser Frage war für den Entwurf vielleicht das schwierigste Problem, weil die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden gelagert sind und weil wir uns verpflichtet fühlten, den klaren, aus allen Landesteilen an uns gerichteten Wünschen in recht verstandener demokratischer Handhabung der Dinge möglichst Rechnung zu tragen. Es ist Ihnen bekannt, daß wir in den Bezirken Koblenz und Trier die auch in Nordrhein und in Westfalen übliche Amtsverfassung haben, in der die Gemeinden gesetzlich zu eigenen Kommunalverbänden unter Leitung des Amtsbürgermeisters zur Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben zusammengeschlossen sind. Sie wissen weiter, daß sich in der Pfalz die Regelung der Bayerischen Gemeindeordnung bewährt hat, derzufolge mehrere Gemeinden ohne gesetzlichen Zwang einen gemeinschaftlichen Bürgermeister haben können, ohne daß sie damit einen eigentlichen Kommunalverband bilden. Diese Gemeinden stehen unter gemeinsamer Leitung eines gemeinschaftlichen Bürgermeisters mit gemeinsamem Büro bei gemeinsamer Tragung der Verwaltungskosten, deren Niedrighaltung der Zweck dieser Einrichtung ist. Diese gemeinschaftlichen Verwaltungseinrichtungen haben in der Pfalz eine erhebliche praktische Bedeutung, da etwa 45 v. H. der Gemeinden freiwillig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben. In Rheinhessen enthält die Hessische Gemeindeordnung von 1931 ähnliche Vorschriften, wie die Bayerische Gemeindeordnung von 1927, jedoch mit der Maßgabe, daß die gemeinschaftlichen Bürgermeistereien nicht nur auf Grund freiwilliger Entschließung der Gemeinden, sondern im öffentlichen Interesse gegebenenfalls auch auf Anordnung der Aufsichtsbehörde gebildet werden können. Jedoch ist von dieser Möglichkeit in Rheinhessen fast gar kein Gebrauch gemacht worden. Was schließlich den letzten Bezirk Montabaur angeht, so gibt es dort gemeinschaftliche Verwaltungseinrichtungen der hier in Rede stehenden Art überhaupt nicht, so daß wir es also mit 4 verschiedenen Rechtszuständen zu tun haben.

Der neue Gesetzentwurf hat die bisherige Regelung unter Wahrung und Sicherung des organischen Gewachsenen in der neuen Fassung des Hauptausschusses in der Form übernommen, daß die Amtsverfassung für Koblenz und Trier getrennt von der Gemeindeordnung in einer besonderen Amtsordnung für die Bezirke Koblenz und Trier, die den 2. Teil des Selbstverwaltungsgesetzes bildet, geregelt wird. Die gemeinschaftlichen Bürgermeistereien für die übrigen Landesteile wurden hingegen als 3. Teil der Gemeindeordnung selbst gesetzlich geregelt. Diese Trennung, meine Damen und Herren, war materiell wie formell unbedingt nötig, weil die rheinischen Ämter als zwischen Kreis und Gemeinden geschaltete Kommunalverbände grundsätzlich und strukturell etwas ganz anderes sind wie die gemeinschaftlichen Bürgermeistereien als lose Verwaltungsgemeinschaften in den übrigen Bezirken. Und zum zweiten deshalb, weil wir entscheidendes Gewicht

darauf legten, eindeutig klarzustellen, daß weder eine rheinische Regelung dem pfälzischen Gebiet noch eine pfälzische Regelung dem rheinischen Gebiet irgendwie auch nur andeutungsweise aufzuzwungen werden soll. Ich möchte davon absehen, die Einzelheiten der Regelung der Amtsordnung einerseits und der Vorschriften über die gemeinschaftlichen Verwaltungseinrichtungen andererseits hier näher darzulegen, sondern nur darauf hinweisen, daß neue Formulierungen, die im Hauptausschuß gemeinsam mit dem Ministerium erarbeitet wurden, den Damen und Herren des Hauses vorliegen. Ich lege nur Wert darauf, von hier aus in aller Öffentlichkeit nochmals zu betonen und zu unterstreichen, daß eine besondere Einrichtung der Pfalz, nämlich die Gemeindegemeinschaften mit ihren staatlichen Beamten durch die Neufassung, die genau dem früheren Wortlaut entspricht, unverändert erhalten bleibt. (Bravo!) Ich nehme an, daß damit manche Bedenken aus der Pfalz, die gegen den Entwurf der Gemeindeordnung erhoben worden sind, zerstreut sind, möchte aber klar betonen, daß es niemals die Absicht des Ministeriums war, an dieser Einrichtung der Gemeindegemeinschaften zu rütteln.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß zwei Probleme aus der Kreisordnung.

8. Die Kreisordnung kennt die bekannten Organe der Kreisverwaltung, den Kreistag und den Kreisausschuß unter dem Vorsitz des stimmberechtigten Landrates, wie sie von früher her in allen Landesteilen bekannt sind. Die bewährte Doppelstellung des Landrates als staatlicher Beamter und Exponent der Landesregierung einerseits und als Leiter des Kreis-Kommunalverbandes andererseits wird durch den Entwurf aufrechterhalten. Sie mußte im übrigen aufrecht erhalten bleiben, nicht nur, weil sie sich überall bewährt hat, sondern weil bereits die Verfassung durch Artikel 50, Absatz 2, diese Regelung festlegt, jedenfalls inhaltlich festlegt, indem sie sagt, daß der Landrat vor der endgültigen Ernennung der Zustimmung des Kreistages bedarf, d. h., daß er Staatsbeamter ist, und daß die staatliche Ernennung durch den Kreistag bestätigt werden muß.

Die Vertretung des Landrates ist eine Frage, die in den einzelnen Landesteilen verschieden geregelt war. Im Süden, also in der Pfalz und in Rheinhessen, hatte man aus der Tatsache, daß der Landrat staatlicher Beamter ist, die Konsequenz gezogen, die Vertretung des Landrates ausschließlich staatlich zu regeln und der Aufsichtsbehörde zu überlassen, die sie stets staatlichen Beamten übertragen hat. In den rheinischen Landesteilen liegen die Dinge anders. Dort hat man aus der Tatsache der Doppeleigenschaft des staatlichen Beamten und Leiters des Kreis-Kommunalverbandes die Konsequenz gezogen, daß, wenn man schon den Landrat selbst nur Staatsbeamten sein läßt, wenigstens im Falle der Vertretung des Landrates die kommunale Seite des Landratspostens zur Auswirkung kommen soll. Man hat deshalb die Einrichtung der Kreisdeputierten geschaffen, die praktisch dieselben Persönlichkeiten waren, die auch Vertreter des Landrates im Vorsitz des Kreistages sind. Diese Regelung hat sich in den rheinischen Landesteilen sehr eingeführt und verwurzelt, so daß es dem Regierungsentwurf nicht möglich war, darüber hinwegzusehen, denn man hätte das als Rückschritt in der Selbstverwaltung angesehen. Andererseits hatten wir nicht das Bedürfnis, diese Regelung der Pfalz und den übrigen Bezirken aufzuzwingen und haben deshalb eine Formulierung gewählt, die zwar einheitlich ist aber beiden Möglichkeiten Rechnung trägt, nämlich die Formulierung, daß grundsätzlich die Aufsichtsbehörden die Vertretung des

Landrates regeln, daß sie aber, wenn der Kreistag beantragt, daß die Kreisdeputierten den Landrat vertreten sollen, gehalten sind, diese Herren zu Vertretern des Landrates zu bestellen. Damit hat der Norden erhalten, was war und der Süden auch, und obendrein ist die Möglichkeit gegeben, daß der Süden, wenn er will, die rheinische Regelung übernehmen kann.

9. Das letzte Problem, das ich behandeln will, ist die Kreisfreiheit der Städte. Der Regierungsentwurf hat vorgesehen, und zwar in Anlehnung an das, was praktisch im Lande Rheinland-Pfalz die Regel ist, daß alle Städte, die bei Inkrafttreten dieser Kreisordnung mehr als 20 000 Einwohner haben, kreisfrei sind, also nicht mehr dem Verbands eines Landkreises angehören. Das hat zur Folge, wenn es verwirklicht wird, daß 4 Städte, die bisher kreisangehörig waren, aus dem Verband des Kreises ausscheiden. Es sind dies die Städte Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Neuwied und Landau. Wir sind uns darüber klar, daß eine solche Entscheidung über Auskreisung einer Stadt nicht leichtin gefällt werden darf. Zweck des Gesetzentwurfes in dieser Vorschrift war eigentlich zunächst der, die Diskussion über diese Frage bezüglich der 4 Städte einmal in Gang zu setzen und diese Gemeinden und Städte einerseits und die Landkreise andererseits zu veranlassen, nunmehr die von ihnen geltend zu machenden Gesichtspunkte einerseits der Regierung und andererseits dem Landtag vorzubringen. Der Landtag wird nun an Hand dieses Materials demnächst zu entscheiden haben, ob diese Auskreisung ohne Nachteil für den einen oder anderen Teil durchgeführt werden kann oder nicht. Klarheit scheint zu bestehen über den Fall Landau, wo sowohl der Kreis als auch die Stadt darüber einig sind, daß das Ausscheiden aus dem Kreis erfolgen soll. In den anderen 3 Fällen müssen die Verhältnisse noch geprüft werden, ehe man endgültig eine Entscheidung trifft. Aus diesem Grunde hat der Hauptausschuß eine Umformulierung der Vorschrift vorgenommen, die dahin geht, daß unmittelbar durch die Kreisordnung Auskreisungen überhaupt nicht erfolgen sollen, sondern daß die hier gedachten Auskreisungen einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Was man endgültig macht, ist letzten Endes lediglich eine gesetzestechische Frage. Es wird darauf ankommen, ob wir bis zur Verabschiedung der Kreisordnung genügend Klarheit geschaffen haben, oder ob man die Sache bis zu einem eigenen Gesetz zurückstellen muß.

Das wäre, was ich glaubte, Ihnen als Grundlage für eine weitere Diskussion in der Öffentlichkeit vortragen zu sollen. Ich möchte abschließend dem Wunsche Ausdruck geben, daß als Ergebnis der Verhandlungen des Ausschusses wie des Plenums und auch der Diskussion in der Öffentlichkeit unsere bewährte deutsche Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz im Geiste seines genialen Schöpfers, unseres großen Landmannes, des Freiherrn vom Stein, eine wahrhaft demokratische Auferstehung erlebe.

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat schlägt dem Hohen Hause vor, die Generaldebatte über das vorgelegte Gesetz mit der zweiten Lesung zu verbinden und nach Begründung des Gesetzes durch den Herrn Innenminister und den Herrn Staatssekretär das Gesetz dem zuständigen Ausschuß, dem Hauptausschuß, zu überweisen. Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu **Punkt 3 der Tagesordnung: 2. und 3. Beratung des Gesetzes zur Versorgung der Opfer des Krieges (Landesversorgungsgesetz) (Drucksache II/280 und II/325).**

Der Ältestenrat schlägt vor, am heutigen Tage nur die 2. Lesung, die 3. Lesung morgen vorzunehmen als ersten Punkt der Tagesordnung, und zwar mit Rücksicht darauf, daß noch gewisse Änderungen in der Formulierung erfolgen sollen.

Abg. Wolters:

Ich bitte die 3. Lesung nicht an erster Stelle morgen auf die Tagesordnung zu setzen, weil nicht mehr heute abend, sondern erst morgen früh die Ausschußberatung durchgeführt werden kann. Vielleicht morgen im Laufe des Tages oder auch vielleicht Freitag.

Präsident Diel:

Also morgen nachmittag nach der Mittagspause.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Besprechung zur 2. Lesung. Die Generaldebatte ist erledigt, wir kommen zur Einzelbesprechung. Ich rufe auf § 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12.

Abg. Wolters:

Ich schlage vor, daß § 12 insofern erweitert wird, daß es heißt: „Die Kürzungsbestimmungen finden auf Blinde und Doppelamputierte keine Anwendung“.

Präsident Diel:

Sie haben den Vorschlag des Kollegen Wolters gehört. Erhebt sich Widerspruch?

Abg. Breitbach:

Ich verweise auf den Änderungsantrag meiner Fraktion.

Präsident Diel:

Darf ich vorschlagen, diesen Erweiterungsantrag vielleicht morgen diskutieren zu lassen?

Abg. Wolters:

Ich bin bereit, die Änderung zurückzuziehen.

Präsident Diel:

Wir wollen die Änderungsanträge miteinander verbinden.

Wir bleiben also bei der Formulierung der Drucksache II/325, die dem Hohen Hause und dem Sozialpolitischen Ausschuß vorlag.

Ich darf nun fortfahren und rufe auf § 12, 13, 14, 15, 16 und 17, Einleitung und Überschrift.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, abzustimmen über das Gesetz im ganzen in zweiter Lesung. Ich bitte diejenigen, welche dem Gesetz in 2. Lesung ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen, soweit ich übersehen kann. - Die dritte Lesung findet also morgen nach der Mittagspause als erster Punkt statt.

Es kommt nunmehr **Punkt 4 der Tagesordnung**. Es war im Ältestenrat vorgesehen, Punkt 4 in 1., 2. und 3. Lesung ohne Debatte zu erledigen. Eine große Fraktion des Hauses hat den Wunsch, daß dieser Punkt verschoben wird auf morgen vormittag, und daß zu dem Gesetz gesprochen werden kann. Falls die übrigen Fraktionen damit einverstanden sind, würden wir diesen Punkt der Tagesordnung zurückschieben auf morgen früh mit dem Anheimgenben für die einzelnen Fraktionen, dazu zu sprechen. Widerspruch erhebt sich nicht, das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zu **Punkt 5 der Tagesordnung: 1. Beratung des Gesetzes über den 18. Mai 1948 als gesetzlicher Feiertag (Drucksache II/342)**. Mit dem gleichen Punkt verbunden ist die weitere Drucksache II/345, die wir miteinander behandeln können, Entwurf eines

Gesetzes über die Feiertage. Wir verabschieden zunächst den Gesetzentwurf Nr. II/342. Ich eröffne die erste Besprechung und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur zweiten Lesung. Ich rufe auf den einzigen Artikel: „Der 18. Mai 1948 ist in Rheinland-Pfalz gesetzlicher Feiertag“. Darf ich bitten Herr Kollege Jacobs.

Abg. Jacobs:

Meine Fraktion bedauert außerordentlich, daß die Mehrheit des Hohen Hauses den damaligen Antrag, den 18. März als einen einmaligen Feiertag zu erklären, nicht zugestimmt hat. Wenn wir trotzdem heute die Zustimmung dafür geben, daß der 18. Mai diesmal als Feiertag erklärt werden soll, dann darf das nicht als eine Änderung unserer bisherigen Einstellung betrachtet werden, sondern lediglich als der Versuch, diesem bedeutungsvollen Jahr 1848 und seinem Gedenken wenigstens einen bestimmten Tag zu widmen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß der 18. März als der Beginn einer revolutionären Entwicklung historisch gesehen für uns bedeutsamer ist, wie wir glauben, daß es sinnvoller ist anlässlich einer Geburt, statt des Todes zu feiern.

Präsident Diel:

Das Haus hat von der Erklärung des Vertreters der SPD. Kenntnis genommen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung zur zweiten Lesung.

Wir kommen nun zur Abstimmung in der 2. Lesung:

Ich bitte diejenigen, welche dem Gesetz zustimmen wollen, die rechte Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die überwältigende Mehrheit, soweit ich überschauen kann, einstimmig.

Wir kommen zur 3. Lesung des Gesetzes. Ich eröffne die Besprechung und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über das Gesetz im ganzen. Ich bitte diejenigen, die in der Schlußabstimmung dem Gesetz zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschicht.) Ich danke, das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu dem zweiten Gesetzentwurf, Drucksache II/345. Entwurf eines Gesetzes über die Feiertage.

Ich eröffne die erste Lesung des Gesetzes und eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete Hartmann von der CDU.

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Ich vermisse im Entwurf folgendes: Bis dahin war es üblich, daß innerhalb der einzelnen Bezirke der Regierungspräsident über die hier im § 1 vorgesehene allgemeinen staatlichen Feiertage noch bis zu 3 Feiertage im Jahre zulassen konnte, soweit sie in den Bezirken üblich waren. Beispielsweise bei uns war der Heilige-Drei-Königs-Tag (6. Januar) immer gesetzlicher Feiertag. Ich möchte bitten, daß eine derartige Vorschrift auch hier wieder vorgesehen wird.

Präsident Diel:

Herr Abgeordneter Hartmann! Würden Sie einen formulierten Antrag vorlegen? Soll die dritte Lesung verschoben werden auf morgen? (Abg. Hartmann: Jawohl!) Dann schlage ich dem Hause vor, daß nur die 1. und 2. Lesung heute erledigt wird, und daß die dritte Lesung im Anschluß an das Gesetz über die Flaggen-gesetzgebung morgen erfolgen soll.

Ich eröffne die Besprechung in 1. Lesung und schließe sie, da nunmehr Wortmeldungen nicht mehr vorliegen.

Wir kommen zur 2. Lesung des Gesetzes. Ich eröffne die Einzelbesprechung und rufe auf § 1, 2, 3 und 4, Einleitung und Überschrift. Diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetz in 2. Lesung zustimmen wollen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die überwältigende Mehrheit, der Gesetzentwurf ist angenommen. Die 3. Lesung erfolgt dann also morgen.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Gegenstand, Punkt 6 der Tagesordnung, Antrag der Fraktion der KPD. betr. Beschlagnahmeaktion von Motorrädern (Drucksache II/278). Der Ältestenrat schlägt dem Hohen Haus vor, diesen Antrag dem Verkehrs- und Finanzausschuß zu überwiesen. Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 7 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der CDU. betr. Landesgesundheitsrat. Berichterstattung: Sozialpolitischer Ausschuß. Drucksache II/190.)

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Habighorst (CDU).

Abg. Dr. Habighorst:

Meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 8. Januar 1948 mit dem Antrag der CDU. betreffend Berufung eines Landesgesundheitsrates (Drucksache II/130) beschäftigt. Herr Minister Junglas hatte in einer Landtagssitzung erklärt, daß auf Grund eines Präsidialerlasses vom 20. September 1946 für das Land ein Landesgesundheitsrat berufen wurde. Herr Ministerialdirektor Dr. Ingendaay überreichte in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses eine namentliche Liste der berufenen Mitglieder. Herr Dr. Ingendaay betonte, daß die Rechtsgrundlage für die Berufung ein Präsidialerlaß aus dem Jahre 1946 sei. Dieser Landesgesundheitsrat besteht aus nicht ganz drei Dutzend Mitgliedern, in der Hauptsache aus leitenden Professoren der medizinischen Fakultät der Universität Mainz, den Ministerialreferenten der einzelnen Regierungen und Vertretern der Standesorganisationen. Es handele sich demnach um ein rein medizinisches Fachkollegium, das bisher noch nicht zusammengetreten sei. Nach einer langen Aussprache, ob es zweckmäßig sei, einen neuen Ausschuß unter Hinzuziehung von Fachleuten zu berufen, ging die allgemeine Ansicht dahin, von der Neubildung eines besonderen Ausschusses abzusehen. Die heute so dringende Frage der Gesundheit und Gesunderhaltung unseres Volkes sollte im Sozialpolitischen Ausschuß unter Hinzuziehung von Fachleuten aus dem bereits berufenen Landesgesundheitsrat bestellt werden. Es wurde allgemein die Wichtigkeit dieser Ausschußtätigkeit im Hinblick auf die schlechte Ernährungs- und Versorgungslage unserer Bevölkerung betont. Besondere Aufmerksamkeit soll den landeseigenen Anstalten geschenkt werden, die durch die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses besichtigt werden sollen. Der Sozialpolitische Ausschuß kam zu folgendem Beschluß:

„Der Sozialpolitische Ausschuß beschließt, von der Bildung eines Landesgesundheitsrates Abstand zu nehmen. Die demselben zugeordneten Aufgaben werden von dem Sozialpolitischen Ausschuß unter Hinzuziehung der notwendigen Sachverständigen aus dem bereits bestehenden wissenschaftlichen Gesundheitsrat übernommen und gelöst.“

Präsident Diel:

Sie haben den Bericht des Berichterstatters gehört. Wir kommen nun zur Abstimmung über den eigentlichen Antrag. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Das ist die überwältigende Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Gegenstand, **Punkt 8a der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der SPD. betr. Landespolizeiverwaltungsgesetz (Drucksache II/183).** Berichterstattung: Hauptausschuß. Erfolgt Berichterstattung? (Zuruf: Nein!)

Dann darf ich über den Antrag selbst abstimmen lassen. Der Inhalt des Antrages ist bekannt. Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die überwältigende Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum **Punkt 9 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der SPD. betr. Vergütung bei Ablieferung von Häuten (Drucksache II/156).** Berichterstattung: Wirtschafts- und Verkehrsausschuß. Erfolgt Berichterstattung? (Zuruf: Nein!)

Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag selbst ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu **Punkt 10 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der CDU. betr. Versorgung der berufstätigen Frauen und werdenden Müttern (Drucksache II/111).** Berichterstattung: Wirtschafts- und Verkehrsausschuß. Abgeordneter Kuhn (SPD.) als Berichterstatter.

Abg. Kuhn:

Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß hat sich am 15. Dezember vorigen Jahres mit der Vorlage der CDU beschäftigt und kam zu folgender Entscheidung:

„Dem Wirtschaftsministerium wird vorgeschlagen: 1. Der Geschäftsschluß an Samstagnachmittagen ist durch Landesverfügung aufzuheben. 2. Die berufstätigen Frauen, die mindestens 36 Stunden wöchentlich arbeiten, erhalten betriebsseitig einen Ausweis, der sie dazu berechtigt, sich bei ihrem Einzelhändler in eine Liste der Berufstätigen einzutragen. Die Eintragung verpflichtet den Einzelhändler zur Bereitstellung der zugeleiteten Waren und zur Regelung der Abholungszeit. 3. Die Kartenstellen erhalten Anweisung, werdende Mütter an besonderen Abfertigungsstellen zu bedienen.“

Meine Damen und Herren! In wieweit die zuständigen Minister davon Gebrauch gemacht haben, durch Verfügungen entsprechend dieser Weisung zu verfahren, ist mir nicht bekannt.

Präsident Diel:

Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses gehört. Ich bitte diejenigen, welche diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zu **Punkt 11 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der DP. betr. Requisitionen (Drucksache II/63).** Berichterstattung: Hauptausschuß. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ritterspacher (CDU.) als Berichterstatter.

Abg. Dr. Ritterspacher:

Meine Damen und Herren! Wenn der Antrag der Demokratischen Fraktion, Drucksache II/63, ganz allgemein von Requisitionen spricht, so könnte die Meinung aufkommen, daß darunter nur die Leistungen zu verstehen seien, die von deutschen Stellen im Auftrage oder für Zwecke der Militärbehörden angefordert werden. Nach der Begründung des Antrages ist aber davon auszugehen, daß er auch solche Requisitionen umfaßt, die von deutschen Stellen für deutsche Zwecke durchgeführt werden. Diese Meinung wurde

auch vom Hauptausschuß geteilt. Deshalb hat er in zwei Sitzungen ganz allgemein zu allen Fragen der Requisitionen Stellung genommen. Das Problem, das den Hauptausschuß beschäftigte, hat eine rechtliche und eine praktische Seite. Der Hauptausschuß hat sich bemüht, in beiden Richtungen zu brauchbaren Vorschlägen zu kommen. Soweit sich die Requisitionen für die Besatzungsmacht nach bestimmten Rechtsregeln richten, handelt es sich um Vorschriften, die entweder von den Militärbehörden erlassen wurden oder dem Völkerrecht angehören. Im Hauptausschuß wurde hervorgehoben, es sei kein Zufall, sondern unterstreiche die Wichtigkeit der behandelten Materie, wenn in dem Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 29. Juli 1899, bekannt unter dem Namen: „Haager Landkriegs-Konvention“ ein besonderer Abschnitt der militärischen Gewalt auf besetztem Gebiet gewidmet ist. Die vertragschließenden Teile, im ganzen 27 an der Zahl, waren von dem Wunsche beseelt, durch die erlassenen völkerrechtlichen Bestimmungen den Gesetzen der Menschlichkeit und den sich immer steigenden Forderungen der Zivilisation zu dienen, wie es in der Konvention heißt, den Krieg und die Besetzung eines Landes zu humanisieren und auf eine feste, allgemein gültige Rechtsgrundlage zu stellen. Es ist deshalb in der Konvention davon die Rede, daß diese Bestimmung den Kriegführenden als allgemeine Richtschnur für ihr Verhalten in den Beziehungen untereinander und mit der Bevölkerung dienen sollen. Es wird ferner davon gesprochen, daß bis zum Erlaß eines vollständigeren Kriegsgesetzbuches die Bevölkerung und Kriegführenden unter dem Schutz und den herrschenden Grundsätzen des Völkerrechts bleiben, wie sie sich aus den unter gesitteten Staaten geltenden Gebräuchen und den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens herausgebildet haben. In dem Abschnitt, der sich auf die militärische Gewalt auf besetztem Gebiet bezieht, ist bestimmt, daß die Landesgesetze berücksichtigt werden sollen, sofern keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen. Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger sowie das Privateigentum sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden. Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres, demnach nicht für Privatzwecke der Besatzungsangehörigen gefordert werden. Sie müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen. Der Staat, von dem die Besetzung ausgeht, betrachtet sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Anlagen, die dem besetzten Staat gehören und in dem besetzten Gebiet liegen. Die Besetzung ist verpflichtet, den Grundstock dieser Güter zu schützen und sie nach den Regeln des Nießbrauchs zu verwalten.

Zwei Einwendungen können hier entgegengehalten werden: einmal, daß es Deutschland war, das unter der Führung Hitlers sich von den bis dahin gültigen Gebräuchen sowie den Geboten des Rechtes und der Sittlichkeit losgesagt und den Krieg mit steigender Verrohung und Gewissenlosigkeit geführt hat. Weiter wird geltend gemacht, daß Deutschland seine Souveränität durch den gänzlichen Zusammenbruch völlig eingebüßt und daß der Kontrollrat als jetziger Inhaber der Souveränität neue Rechtsregeln für die Beziehungen zwischen der besetzenden Macht und der Bevölkerung aufgestellt habe. Wenn man aber der Meinung ist, daß die Haager Konvention durch diese Entwicklung im ganzen oder in einzelnen Bestimmungen stillschweigend aufgehoben sei und daher nicht mehr gelte, so ist doch

nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die in der Konvention niedergelegten Grundsätze der Menschlichkeit und der allgemeinen menschlichen Zivilisation nach wie vor in Kraft sind, weil sie unabdingbare Regeln des Völkerrechts bilden und daher durch keine Macht der Welt außer Kraft gesetzt werden können. Schon die Münchener Ministerkonferenz hat nach einem Referat von Prof. Carlo Schmid gefordert, daß das Besatzungsrecht neu kodifiziert und Recht und Pflichten der Besatzung und der Bevölkerung in einem Besatzungsstatut niedergelegt werden sollten. Seitdem haben alle Parteien diese Forderung aufgegriffen und zum eigenen Programm erhoben.

Herr Kollege Dr. Zimmer hat in seinen heutigen Darlegungen über die außenpolitische Lage die Frage aufgeworfen, ob ein Besatzungsstatut überhaupt noch angebracht sei. Diese Frage sei durch die in der Zwischenzeit eingetretene außenpolitische Entwicklung und insbesondere durch die in der Entwicklung begriffene westeuropäische Union überholt und es sei deshalb besser, von einem Friedensstatut als von einem Besatzungsstatut zu reden. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß bis zur Verwirklichung dieses Ideals noch viel, noch sehr viel Wasser den Rhein hinunterfließen wird und daß bis dahin der heutige Zustand der Rechtsunsicherheit und der Rechtslabilität durch ein festes Rechtsgebäude in Form eines Besatzungsstatuts abgelöst werden muß, das einheitlich für alle Zonen Geltung haben soll. (Sehr richtig!)

Der Hauptausschuß hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, wie den berechtigten Klagen über Requisitionen für die Besatzungsmacht abgeholfen werden könne. Es wurde mit Dank anerkannt, daß wilde Requisitionen nachgeordneter Dienststellen nach den von der Besatzungsmacht erlassenen Bestimmungen und nach dem Willen der vorgesetzten Dienststellen unterbunden werden müssen, und daß in vielen Fällen Abhilfe geschaffen wurde. Es wurde ferner der beachtliche Vorschlag gemacht, man solle die häufig benötigten Möbel und andere Einrichtungsgegenstände in einem Umfang anfertigen, daß auch plötzlich auftretende Requisitionen in kürzester Frist erledigt werden können. Die lautgewordenen Klagen bezogen sich aber auch darauf, daß einzelne Gemeinden mit besonders großer Einquartierung unter den gestellten Anforderungen schwer zu leiden haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen, sondern auch auf den Umfang der angeforderten Einrichtungen. So wird berichtet, daß in einem Ort des Hunsrücks mit 3500 Einwohnern 98 Wohnungen von 2 bis 6 Zimmern und dazu noch 24 Einzelzimmer, alle mit Einrichtungen, beschlagnahmt worden seien. Dabei hat dieser Ort unter den Kriegseinwirkungen außerordentlich schwer gelitten. 110 Wohnungen sind zerstört. Die 3500 Einwohner müssen sich mit 748 Wohnungen zufrieden geben. Die Einquartierungslasten werden in solchen Fällen umso drückender empfunden, als nicht selten beim Wechsel der Einquartierung neue Truppen aufziehen und die Familien der bisherigen Besatzung vorläufig zurückbleiben. Es wird mit Recht gefordert, daß diese Einquartierungslasten, wie überhaupt die Kriegslasten auf breitere Schultern gelegt, und daß zu diesem Zweck ein Zentralbesatzungsamt für das ganze Land geschaffen wird, das einzelnen, besonders unterstützungsbedürftigen Gemeinden unter die Arme greift.

Meine Damen und Herren! Der Hauptausschuß hat nach dieser Prüfung der völkerrechtlichen Seite der Requisitionen auch die Leistungen überprüft, die für Zwecke deutscher Stellen gefordert werden und auf die

innerdeutsche Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Der Ausschuß kam nach eingehenden Darlegungen des Herrn Finanzministers und des Herrn Wirtschaftsministers zu dem Ergebnis, daß trotz vielfach erhobener Bedenken die Grundlage solcher Leistungen immer noch das Reichsleistungsgesetz bildet, welches mit Zustimmung der Besatzungsbehörden in Kraft ist. Da es aber in seinem Aufbau und in seinen materiellen Bestimmungen durch die neuzeitliche Entwicklung, die nach dem völligen Zusammenbruch entstanden ist, schon längst überholt ist, hat der Hauptausschuß den dringenden Wunsch ausgedrückt, daß es möglichst bald durch ein modernes Sachleistungsgesetz ersetzt wird. Der Herr Justiz-Minister hat mitgeteilt, daß ein entsprechender Gesetzentwurf in den Grundzügen schon fertiggestellt sei, und daß dieser Entwurf dem Landtag in Bälde zugeleitet werde. Lebhaft und häufige Klagen werden darüber vorgebracht, daß die Beschlagnahme von Kraftwagen nicht immer in Einklang stehe mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen. Der Herr Verkehrsminister hat dankenswerterweise schon vor längerer Zeit die nachgeordneten Behörden angewiesen, daß künftig ganz allgemein Kraftwagen nicht mehr wie bisher, zur Verfügung, sondern nur noch zur Beförderung beschlagnahmt werden dürfen. Den Eigentümern bleibt das Eigentum erhalten, nur der Besitz geht in Form eines Miet- oder Leihverhältnisses auf den neuen Besitzer über. Trotz dieser bestimmten Anweisung gehen deutsche Stellen noch vielfach willkürlich und unter Verletzung bestehender Rechtsgrundsätze vor. Nicht selten werden Beschwerden gegen die Praxis der Straßenverkehrsstellen erhoben. Wie kommt es zum Beispiel, daß ausgerechnet der Leiter einer Straßenverkehrsstelle der Pfalz einer der ersten war, der sein kriegsbeschädigtes Haus wieder aufbauen konnte (Hört, hört!), und daß ausgerechnet die Firmen, die ihn mit Baustoffen belieferten oder sonst beim Wiederaufbau beteiligt waren, mit Kraftwagen beliefert worden sind! Wie kommt es, daß alte Mitglieder oder Nutznießer der Partei heute noch ihren Kraftwagen benutzen dürfen, obwohl sie ihn nicht dringend für geschäftliche oder andere Zwecke benötigen, während Geschäftsleute, die nicht bei der Partei waren, trotz vielfacher Vorstellungen bei der Zuteilung von Kraftwagen völlig leer ausgehen, obwohl sie auf die Benutzung eines Wagens unbedingt angewiesen sind. Der zuständige Minister müßte es als eine dankbare Aufgabe betrachten, hier nach dem Rechten zu sehen und den Augiasstall mit eisernem Besen auszukehren.

Meine Damen und Herren! Die Forderungen des Hauptausschusses wurden in einer einstimmig angenommenen Entschliebung niedergelegt. Es heißt darin: „Die Landesregierung wird ersucht, mit der Militärregierung Verhandlungen darüber aufzunehmen, daß 1. die Einschränkung der Requisitionen mit Rücksicht auf die Notlage unseres Landes auf das unbedingt erforderliche Maß vorgenommen wird; 2. die Landesregierung wird weiter ersucht, unverzüglich für eine zweckmäßige Organisation der Requisitionsdienststellen unseres Landes und einen gleichmäßigen Vollzug der Requisitionen zu sorgen, insbesondere wird hier der Erlaß entsprechender Richtlinien angeregt; 3. den Entwurf eines neuen Sachleistungsgesetzes dem Landtag vorzulegen, durch den das bisherige Reichsleistungsgesetz zu ersetzen ist.“

Ich empfehle dem Hohen Hause die einstimmige Annahme dieser Entschliebung.

Präsident Diel:

Sie haben alle den Bericht gehört. Ich bitte diejenigen, welche den Vorschlag des Hauptausschusses an-

nehmen wollen, die rechte Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zu **Punkt 13 der Tagesordnung: 1. Beratung eines Antrages der CDU betr. Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Parteien (Drucksache II/283).**

Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen. Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 15 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der SPD betr. Aufhebung der Verfügung über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft (Drucksache II/285).**

Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt ein Schreiben des Herrn Verkehrsministers vor, in welchem er mitteilt:

„Zu Punkt 15 der heutigen Tagesordnung des Landtages überreiche ich Ihnen anliegend Durchschrift einer Landesverfügung, die ich Sie bitte, dem Hohen Hause mitteilen zu wollen.“

Landesverfügung betr. Aufhebung der Landesverfügung über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft vom 3. 10. 47. Die Landesverfügung über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft vom 3. 10. 47 wird hiermit aufgehoben. Eine gesetzliche Regelung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft wird vorbereitet.

Unterschrift gez.: Neumeyer
Staatsminister.“

Damit, meine Damen und Herren, ist das, was in dem Antrag die Fraktion der SPD verlangt hat, tatsächlich geschehen. (Zwischenruf Abg. Bögl: Als Ergebnis des Antrages, nehmen wir an!)

Präsident Diel:

Ich stelle fest, daß das nun erledigt ist.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zurückzukommen auf **Punkt 4 der Tagesordnung.** Die Fraktion dieses Hauses, die Vertagung gewünscht hat, hat ihren Antrag zurückgezogen; es steht darum nichts im Wege, diesen Punkt der Tagesordnung heute zu erledigen. Anschließend schlage ich dem Hause vor, sich zu vertagen. Ich eröffne also über Punkt 4 der Tagesordnung über das **Gesetz betreffend Ausführung des Artikels 74 der Verfassung** die Besprechung. Ich eröffne die 1. Besprechung und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir kommen zur zweiten Lesung des Gesetzes. Ich eröffne die Einzelbesprechung und rufe auf §§ 1, 2, (Zwischenruf) Herr Minister Haberer!

Staatsminister a. D. Dr. Haberer:

Meine Damen und Herren! Es hat sich in Artikel 2 ein Fehler eingeschlichen, der seinen Grund in der Unkenntnis der heraldischen Gesetze hat. Der Schild wird nämlich nicht betrachtet vom Beschauer her, sondern vom Schildhalter her. Infolgedessen sind die beiden Worte „links“ und „rechts“ in der dritten Zeile des Artikels 2 auszuwechseln, also bei links muß das „rechts“ heißen, wo es rechts heißt, muß es „links“ heißen. (Zwischenruf: Gilt das auch für das Plenum?) (Heiterkeit.)

1. Vizepräsident Röhle:

Ich rufe weiter auf: §§ 3, 4, 5. Abgeordneter Hermans (CDU.) hat das Wort.

Abg. Hermans:

In § 5 Abs. 2 scheint noch eine kleine Ergänzung notwendig zu sein. Ich würde vorschlagen, Abs. 2 fol-

gende Fassung zu geben: „Das kleine Landessiegel führen alle Landesbehörden und die sonstigen von der Landesregierung hierzu ermächtigten Stellen.“

1. Vizepräsident Röhle:

Sie haben den Antrag gehört. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann stelle ich die Annahme mit der von Kollegen Hermans vorgeschlagenen Form fest. Ich rufe weiter auf §§ 6, 7 und 8, Einleitung und Überschrift. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Gesetz im ganzen in zweiter Lesung. Ich bitte diejenigen, welche das Gesetz in der vorgeschlagenen Form annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Wir kommen zur dritten Lesung. Ich eröffne die Besprechung und rufe auf §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8. Einleitung und Überschrift. Der Abgeordnete Wohlleben (DP.) hat das Wort.

Abg. Wohlleben:

Ich bitte doch, bevor über § 8 abgestimmt wird, auch das Datum des Inkrafttretens noch einzusetzen.

1. Vizepräsident Röhle:

Sie haben recht. Welches Datum?

Staatsminister Steffan:

Dieses Landesgesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

1. Vizepräsident Röhle:

Wir kommen nunmehr zur Schlußabstimmung über das gesamte Gesetz in dritter Lesung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetz ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschicht.) Gegenprobe, Stimmenthaltung? Ich darf feststellen, meine Damen und Herren, daß auch dieses Gesetz in dritter Lesung einstimmig angenommen ist. Ich schlage vor, daß wir uns vertagen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer Reihe dringender Fragen, die in den Ausschüssen zu beraten sind, möchte ich dem Haus vorschlagen, morgen vormittag sitzungsfrei zu lassen und morgen um 15 Uhr zu beginnen. Abgeordneter Wolters (CDU.) hat das Wort.

Abg. Wolters:

Als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses hatte ich vor vier Wochen vereinbart, daß in der heutigen Landtagssitzung ein Bericht über die Landesversorgungsanstalt Speyer und über die Heil- und Pflegeanstalt Klingenmünster abgegeben würde. Der Bericht wird noch kurze Zeit in Anspruch nehmen, und ich bitte, ihn vielleicht auf die morgige Tagesordnung zu setzen, soweit das möglich ist.

1. Vizepräsident Röhle:

Meine Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Wolters gehört. Der Bericht wird also nach Punkt 39 der gedruckten Tagesordnung erstattet. Ich hoffe, das Haus ist hiermit einverstanden.

Ich möchte nunmehr dem Hause bekanntgeben, welche Ausschüsse morgen tagen.

Um 9.30 Uhr im Hotel Dierker der Kulturpolitische Ausschuß, um 9.30 Uhr der Sozialpolitische Ausschuß im Rathaus in Bad Ems, um 9.30 Uhr der Ernährungsausschuß im Hotel „Prinz Karl“, und um 10 Uhr der Petitionsausschuß ebenfalls im Hotel „Prinz Karl“. Die Tagesordnung für morgen steht fest. Ich schließe die Sitzung

Schluß der Sitzung 18 Uhr.